



## **Reader Naher Osten**

*Texte des CWI (2014 - 2023)*

## Inhaltsverzeichnis

1. Für eine sozialistische Politik zum Nahostkonflikt (27. August 2014).....	3
2. Krieg in Gaza (13. Mai 2021).....	8
3. Israel/Palästina: Nein zum Krieg! (14. Mai 2021).....	15
4. Solidarität mit den Palästinenser*innen ist kein Antisemitismus (25. Mai 2021).....	17
5. Israel: Eine „gefährliche Regierung“ (08. Februar 2023).....	21
6. Siedler-Randale gegen Palästinenser*innen (09. März 2023).....	27
7. Generalstreik in Israel (27. März 2023).....	31
8. Israel: Historische Krise erschüttert die Gesellschaft (11. Mai 2023).....	33
9. Massenproteste in Israel halten an (01. Juni 2023).....	39
10. 75. Jahrestag der Nakba (15. Mai 2023).....	41
11. Stoppt die Invasion Dschenins durch die israelische Armee! (04. Juli 2023).....	44
12. Israel-Palästina: Dreißig Jahre nach dem Osloer Abkommen (08. Oktober 2023).....	46
13. Eskalation im Nahen Osten (09. Oktober 2023).....	57
14. Stoppt den Israel-Gaza-Krieg! (10. Oktober 2023).....	60
15. Aachen: 400 demonstrieren gegen Gaza-Krieg (16. Oktober 2023).....	65
16. Opposition gegen Israels Angriff ist kein Antisemitismus (16. Oktober 2023).....	69
17. Für Meinungsfreiheit statt Verboten an Berliner Schulen (19. Oktober 2023).....	71
18. Aufruf: Stoppt den Angriff auf Gaza (21. Oktober 2023).....	73
19. Israel-Gaza-Krieg: Mahnwache in Aachen (24. Oktober 2023).....	75
20. ltere Texte.....	78

# Für eine sozialistische Politik zum Nahostkonflikt

(27. August 2014)

## Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung, Existenzrecht Israels und Selbstbestimmungsrecht – zur Haltung von marx21 zum Israel-Palästina-Konflikt

Die Wogen in der Partei DIE LINKE zum Thema Nahost-Konflikt schlagen hoch. In der gemeinsamen Erklärung von Bernd Riexinger, Katja Kipping und Gregor Gysi wird zu Unrecht der Eindruck erweckt, die israelische Regierung und die Hamas seien für den Krieg der letzten Wochen gleichermaßen verantwortlich. Gleichzeitig wird der Antisemitismus-Vorwurf auch von Kräften in der Partei als Keule gegen Palästina-Solidarität und gegen die Parteilinke eingesetzt.

Das ist angesichts des Tods von fast 2.000 Palästinenser\*innen, der Flucht Hunderttausender, der Blockade Gazas und Besetzung von Palästinensergebieten, des fortgesetzten Siedlungsbaus und der aggressiven, nationalistischen und imperialistischen Politik des Netanjahu-Regimes ein schwerer politischer Fehler.

*von Sascha Staničić*

So wichtig es ist, gegen solche Positionen zu argumentieren und dafür zu kämpfen, dass DIE LINKE Teil der Bewegung gegen Israels Angriff auf Gaza wird, so wichtig ist es auch, einen positiven Lösungsvorschlag für den Nahostkonflikt aus sozialistischer Perspektive zu formulieren, der der Spaltung der Arbeiter\*innenklasse in der Region entgegenwirken kann.

In diesem Zusammenhang wird auf der Linken über die Frage nach einer „Ein-Staaten-Lösung“ oder „Zwei-Staaten-Lösung“, dem so genannten „Existenzrecht Israels“ und dem Charakter der israelisch-jüdischen Bevölkerung diskutiert. Gruppen wie marx21 und die International Socialist Tendency (internationale Strömung, der die britische SWP angehört und aus deren Tradition marx21 kommt) sprechen sich explizit für eine „Ein-Staaten-Lösung“ und gegen das so genannte „Existenzrecht Israels“ aus.

Wir sind der Meinung, dass diese Positionen als Absage an das Selbstbestimmungsrecht der israelisch-jüdischen Bevölkerung verstanden werden müssen und deshalb in letzter Konsequenz der nationalen Spaltung nicht entgegenwirken sondern diese sogar vertiefen können.

Wir beziehen uns dabei auf den Diskussionsbeitrag des marx21-Koordinierungskreises vom Juni 2008 mit dem Titel „Der Weg zum Frieden in Nahost“ und den Artikel „Welches Israel?“ von Stefan Bornost aus dem Jahr 2011 .

Wir stimmen mit den Grundaussagen, die in dem marx21-Diskussionsbeitrag zur Lage der Palästinenser\*innen getätigt werden, weitgehend überein. Vor allem stimmen wir damit überein, dass „durch die fortgesetzte Siedlungspolitik jede Aussicht auf eine territoriale Einheit eines palästinensischen Staates (schwindet)“ und dass „unter solchen Bedingungen (...) weder ein gleichberechtigter palästinensischer Staat neben Israel entstehen noch so die Grundlage für eine

dauerhafte Beilegung des Konflikts in der Region gelegt werden (kann)“ und ein möglicher palästinensischer Rumpfstaat „ökonomisch kaum überlebensfähig“ wäre.

Aber von welchen Bedingungen sprechen wir? Der Text benennt als „Ursprungsproblem“ die „ethnische Teilung Palästinas“, welche überwunden werden müsse, um eine Lösung des Nahostkonflikts zu erreichen. Um dann zu schlussfolgern: „Dies ist nur möglich, wenn ein gemeinsamer, weltlicher und demokratischer Staat geschaffen wird, in dem Juden, Muslime und Christen mit gleichen Rechten zusammenleben können.“

Diese Analyse ignoriert die klassenpolitische Dimension des Nahostkonflikts, die aus unserer Sicht das „Ursprungsproblem“ der ethnischen Teilung determiniert. Israel ist ein Vorposten des westlichen Imperialismus im Nahen Osten zur Durchsetzung imperialistischer Interessen. Die israelische Bourgeoisie braucht die nationale Spaltung in der Region und auch die wiederkehrenden militärischen Auseinandersetzungen mit den Palästinenser\*innen, um ihre eigene Herrschaft im Staat Israel gegenüber der „eigenen“ Arbeiter\*innenklasse aufrechtzuerhalten.

Wenn wir über die „Bedingungen“ des Nahostkonflikts sprechen, dürfen wir deshalb nicht nur die ethnische Teilung benennen, sondern müssen die dahinter liegenden Interessen offen legen. In dem gesamten marx21-Diskussionsbeitrag kommen die Begriffe „Kapitalismus“, „Imperialismus“ und „Arbeiterklasse“ nicht vor. Das ist kein Zufall, denn die dort formulierte Perspektive ist keine antikapitalistische bzw. Klassenperspektive. Dabei heraus kommt Wunschdenken: die Illusion, es wäre möglich einen „gemeinsamen, weltlichen und demokratischen Staat“ zu schaffen, in dem „Juden, Muslime und Christen mit gleichen Rechten zusammen leben können“ – ohne als Voraussetzung dafür die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse in Israel und den Palästinensergebieten zu überwinden.

Unsere Organisation geht – wie Sozialist\*innen in Israel und Palästina – davon aus, dass auf Basis der Herrschaft der israelischen Bourgeoisie, aber auch der palästinensischen Eliten aus Großgrundbesitzern, Unternehmern und PLO- und Hamas-Bürokratie eine Lösung des Nahostkonflikts unmöglich ist. Das bedeutet, dass Trägerin einer Lösung die Arbeiter\*innenklassen und unterdrückten Schichten beider Nationen sein müssen, dass also dem Aufbau gemeinsamer Kämpfe, Bewegungen und Organisationen eine zentrale Bedeutung zukommt und dass jeder Vorschlag für eine solche Lösung Teil einer sozialistischen Perspektive sein muss.

Dass der „Lösungsvorschlag“ des marx21-Koordinierungskreises unrealistisch ist, müssen die Genoss\*innen im nächsten Absatz ihrer Erklärung zugestehen: „Viele Gegner eines gemeinsamen Staates befürchten Übergriffe der arabischen Bevölkerung auf die jüdische Bevölkerung. Tatsächlich wird es angesichts der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte dauern, bis die entstandenen Wunden verheilt sind und ein vertrauensvolles Zusammenleben möglich ist. Doch je früher dieser Prozess beginnt, desto größer sind die Chancen, dass er erfolgreich zu Ende geführt wird.“

Wir stimmen darin überein, dass ein Prozess beginnen muss, der ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen im Nahen Osten in Zukunft ermöglichen kann. Aber woraus soll dieser Prozess bestehen und womit soll er beginnen?

Auch diese Frage ist nur zu beantworten, wenn man eine Klassenperspektive einnimmt. Das bedeutet auch die Rolle der israelisch-jüdischen Arbeiter\*innenklasse zu erfassen. Es ist richtig, um mit Marx zu sprechen, dass die Arbeiter\*innenklasse einer unterdrückenden Nation nur selber frei werden kann, wenn sie sich gegen diese Unterdrückung stellt. Voraussetzung für eine Lösung des Nahostkonflikts ist, dass sich in der israelisch-jüdischen Arbeiter\*innenklasse die Anerkennung des

Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser\*innen durchsetzt. Dies zu erreichen ist jedoch schwierig, denn die israelisch-jüdische Arbeiter\*innenklasse ist zwar einerseits Opfer der Klassenherrschaft einer israelisch-jüdischen Bourgeoisie und verschärfter Angriffe auf soziale Rechte, Löhne, Arbeitsbedingungen, aber fühlt sich gleichzeitig in ihrer Sicherheit bedroht durch den nationalen Konflikt. Das Bedrohungsgefühl – verstärkt durch den regelmäßigen Abschuss von Kassam-Raketen auf israelische Städte aus dem Gazastreifen – treibt die israelisch-jüdischen Arbeiter\*innen immer wieder in die Arme ihrer Regierungen, die vorgeben, ihren Schutz zu garantieren. Auch wenn die Raketenbeschüsse letztlich auch Ergebnis der Politik der israelischen Regierung sind und diese das größte Sicherheitsproblem für die israelisch-jüdische Bevölkerung darstellt, muss eine linke Strategie für eine Lösung des Nahostkonflikts dieses Bedrohungsgefühl der israelisch-jüdischen Arbeiter\*innenklasse berücksichtigen.

Eine Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser\*innen in der israelisch-jüdischen Bevölkerung kann deshalb unmöglich erreicht werden, wenn man dieser die Bildung eines „gemeinsamen“ Staates, in dem sie zur Minderheit würden, vorschlägt bzw. zur Bedingung macht. Denn formal gleiche Rechte in einem gemeinsamen Staat bedeuten für eine Minderheit möglicherweise nichts anderes als Benachteiligung und faktische Entrechtung. Das Schicksal der Tamil\*innen auf Sri Lanka ist dafür ein gutes Beispiel.

Um also den Konflikt zu überwinden sind nach unserer Überzeugung zwei Dinge nötig: erstens die gegenseitige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, also auch die Anerkennung des Rechts der israelisch-jüdischen Bevölkerung, einen eigenen Staat zu bilden und zweitens die Betonung der gemeinsamen Klasseninteressen der israelisch-jüdischen und der palästinensischen Arbeiter\*innen und Bäuerinnen\*Bauern und der Aufbau gemeinsamer Organisationen und Bewegungen im Staat Israel. Das ist der notwendige „Prozess“, der in der Zukunft auch ein Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat ermöglichen kann.

Bedeutet das nun, das „Existenzrecht Israels“ zu unterstützen? Stefan Bornost von marx21 schreibt dazu: „Die Definition Israels als ‚jüdischer Staat‘ – statt eines weltlichen Staats, in dem Juden und Araber gleichberechtigt zusammenleben -, führt automatisch zur Diskriminierung des arabischen Teils der Bevölkerung. Das Existenzrecht Israels, das grundsätzlich als Existenzrecht des jüdischen Charakters des Staates gedacht ist, rechtfertigt diese Diskriminierung.“ Und lehnt eine Zustimmung zum Existenzrecht Israels ab.

Es stimmt: der Staat Israel ist ein reaktionäres, imperialistisches und rassistisches Gebilde. Er hat eine religiös geprägte Verfasstheit und institutionalisiert die Diskriminierung der Palästinenser\*innen. Aber das „Existenzrecht Israels“ wird gemeinhin nicht verstanden als politische Unterstützung für diesen Staat Israel in seiner gegenwärtigen Verfasstheit und politischen Ausprägung, sondern als Recht der Jüdinnen und Juden auf einen eigenen Staat in den Grenzen Israels von 1967. Dieses Selbstbestimmungsrecht der israelischen Nation, die sich seit der Staatsgründung 1948 entwickelt hat, sollten Marxist\*innen unterstützen. Dieses mit dem Hinweis darauf zu negieren, dass der israelische Staat sich als „jüdischer Staat“ definiert bzw. als „kolonialer Siedler-Staat“ errichtet wurde, bedeutet die seit über 65 Jahren gewachsene Realität zu negieren. Mit einem ähnlichen Argument könnte man das „Existenzrecht“ der USA in Frage stellen, die ebenfalls als kolonialer Siedlerstaat begründet wurden. Die israelische Nation ist eine historisch gewachsene Realität, wie es die USA sind. Sie ist in Klassen gespalten und es ist Aufgabe von Sozialist\*innen, die israelisch-jüdische Arbeiter\*innenklasse zu gewinnen. Die Anerkennung ihres

Selbstbestimmungsrechts ist dafür eine Voraussetzung, um ihre Unterstützung für den Kampf gegen die Besetzung und für die Rechte der Palästinenser\*innen zu gewinnen.

Entscheidend hierfür ist auch im palästinensischen Widerstand auf Massenmobilisierungen zu setzen, statt auf Stellvertreterpolitik durch Hamas oder Fatah. Genauso wichtig ist es aber, den Klassenkampf in Israel voran zu treiben und hier die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Kampf von israelischen Jüdinnen und Juden und Araber\*innen zu nutzen. Tritt man an die israelisch-jüdische Arbeiter\*innenklasse mit dem Vorschlag einer „Ein-Staaten-Lösung“ heran, wird es schwer fallen, Gehör für Vorschläge für gemeinsamen Widerstand zu bekommen.

Um aber gegenseitiges Vertrauen aufbauen zu können, müssen beide Seiten deutlich machen, dass sie das Recht der anderen Seite auf einen eigenen Staat akzeptieren. Das ist in der Praxis nicht von den herrschenden Eliten zu erwarten, sondern wäre nur durch den Aufbau einer sozialistischen Arbeiter\*innenbewegung zu erreichen.

Aus dieser Perspektive heraus stellt die Schwesterorganisation der SAV in Israel/Palästina folgende Forderungen auf:

- Stärkung der Proteste gegen die extreme Rechte und die Regierung des Kapitals und des Siedlungsbaus
- Für gemeinsame Demonstrationen von Jüdinnen und Juden und Araber\*innen – gegen nationalistische Übergriffe
- Schluss mit Polizeibrutalität. Für die Entlassung rassistischer Polizeibeamter
- Abzug der israelischen Armee aus den Palästinensergebieten! Schluss mit der Besetzung und dem Siedlungsbau! Schluss mit der Abriegelung des Gaza-Streifens!
- Freilassung aller palästinensischer politischer Gefangenen! Für faire und öffentliche Gerichtsverfahren unter Aufsicht von Vertreter\*innen der arbeitenden Bevölkerung, beider Gemeinden und der Familien der Opfer
- Für einen unabhängigen, demokratischen und sozialistischen palästinensischen Staat neben einem demokratischen und sozialistischen Staat Israel. Für Jerusalem als Hauptstadt beider Länder und gleiche Rechte für alle Minderheiten. Für den Kampf für einen sozialistischen Nahen Osten und Frieden in der Region

Natürlich gibt es viele Fragen, die durch die Formel zweier sozialistischer Staaten nicht automatisch gelöst sind. Aber sie können eben nur gelöst werden, wenn die Machtverhältnisse sich ändern und die Arbeiter\*innenklassen beider Nationen in freie und demokratische Verhandlungen über diese komplizierten Fragen eintreten können. Dazu gehören unter anderem der Umgang mit den Siedlungen im Westjordanland, das Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser\*innen, die Frage von Minderheitenrechten – also dem Status von Jüdinnen und Juden in einem sozialistischen Palästina und von Araber\*innen in einem sozialistischen Israel – in solchen Staaten, der Status von Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt. Wenn eine israelische Arbeiter\*innenregierung mit einer palästinensischen Arbeiter\*innenregierung diese Fragen verhandeln könnte, kämen sie möglicherweise zu dem Ergebnis, einen gemeinsamen Staat zu bilden. Aber das kann nicht der Ausgangspunkt in sozialistischer Propaganda für die Überwindung des Nahostkonflikts sein, sondern kann nur das Ergebnis sein, wenn eine sozialistische Arbeiter\*innenbewegung in der Region erfolgreich ist.

Die marx-21-Position verharrt leider in einer bürgerlich-kapitalistischen Perspektive. Vielleicht, weil der Aufbau einer sozialistischen Arbeiter\*innenbewegung weit weg erscheint. Das mag sein. Aber es ist Aufgabe von Sozialist\*innen zu sagen, was ist und darauf hinzuweisen, dass Konflikte

wie im Nahen Osten vor allem eines deutlich machen: der Kapitalismus ist unfähig sie zu lösen – Sozialismus ist dringende Notwendigkeit geworden!

# Krieg in Gaza

(13. Mai 2021)

## Konflikt in Jerusalem löst massive Eskalation aus

Wochen der repressiven, brutalen israelischen Polizeirepression gegen palästinensische Versammlungen und Proteste in Ost-Jerusalem haben zu einer neuen Runde des blutigen Konflikts geführt. Doch nicht nur Jerusalem ist betroffen: Die israelischen Behörden sehen sich dieses Mal mit einer palästinensischen Revolte in viel größerem Maßstab und an mehreren Fronten konfrontiert.

*von Judy Beishon, Komitee für eine Arbeiter\*inneninternationale*

Die Empörung über die Ereignisse in Jerusalem führte zu Ausbrüchen palästinensischer Proteste im gesamten Westjordanland, im Gazastreifen und in Israel sowie zu Solidaritätsdemonstrationen im weiteren Nahen Osten und auf der ganzen Welt. In einer Reihe von Städten innerhalb Israels wurden die Sicherheitskräfte von der Welle der Wut der Palästinenser\*innen, die auf den Straßen ausgebrochen ist, überrascht. Aktionen von rechtsextremen jüdischen Aktivist\*innen an Brennpunkten in gemischt jüdisch-palästinensischen Städten wie Lod und Ramla wecken ernsthafte Gefahren eines konfessionellen Konflikts, wobei Lynchmorde, Barrikaden und physische Zusammenstöße Elemente eines sich entwickelnden Bürgerkriegs zeigen.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Berichts haben israelische Raketen über 60 Bewohner\*innen des Gazastreifens abgeschlachtet, darunter 16 Kinder – einige von ihnen in oder in der Nähe von Wohnhochhäusern, die zerstört wurden. Das CWI verurteilt auf das Schärfste dieses schreckliche, massive israelische Bombardement, das enormen Terror und Verwüstung im dicht besiedelten Gazastreifen verursacht. Das israelische Militär erwägt zudem, Bodentruppen in den Gazastreifen zu schicken.

Über 1.000 Raketen und Granaten wurden von palästinensischen Milizen aus dem Gazastreifen in Richtung Israel abgefeuert, wobei viele in israelischen Städten einschlugen und sieben Menschen, darunter zwei palästinensische Einwohner, getötet wurden.

Dieses wachsende Blutbad kam nicht aus dem Nichts, sondern entwickelte sich aus einer Reihe von Ereignissen davor. Letzten Monat errichteten israelische "Sicherheitskräfte" Barrieren, um Palästinenser\*innen daran zu hindern, sich neben dem Damaskustor in der Altstadt zu versammeln – Versammlungen, die während des Ramadan üblich sind. Das führte zu einem Ausbruch palästinensischer Proteste, die mit schweren Repressionen beantwortet wurden. Die Demonstrant\*innen konnten einen Sieg feiern, als die Barrieren anschließend entfernt wurden.

Gleichzeitig gab es Proteste gegen angedrohte "ethnische Säuberungen" bei der Zwangsräumung von palästinensischen Familien im nahe gelegenen Sheikh Jarrah. Es kam zu Zusammenstößen zwischen rechtsgerichteten Israelis und Sheikh Jarrah-Bewohner\*innen. Die israelische Polizei und die Sicherheitskräfte gingen mit erschreckender Brutalität, einschließlich Betäubungsgranaten, gegen die Proteste der unbewaffneten, jungen Palästinenser\*innen vor. Die Häuser werden seit vielen Jahrzehnten von Palästinenser\*innen bewohnt, doch sie wurden mit Räumungstiteln



konfrontiert, die auf historischen jüdischen Besitzansprüchen beruhen und inzwischen von jüdischen Siedler\*innen “gekauft” wurden. Nach israelischem Recht kann Jüd\*innen das Eigentum an Land oder Häusern in Ost-Jerusalem zugesprochen werden, auf die sie ein Recht vor 1948 beanspruchen, aber Palästinenser\*innen können das Land, das sie irgendwo in Israel vor 1948 besaßen, nicht zurückfordern.

Dann, am 10. Mai, inmitten rechtsgerichteter israelischer nationalistischer Provokationen – einschließlich des Versuchs, Veranstaltungen zum Jerusalem-Tag abzuhalten, mit denen jährlich die Einnahme Ost-Jerusalems im Jahr 1967 “gefeiert” wird – feuerte die Polizei Gummigeschosse, Blendgranaten und Tränengas auf Hunderte von Palästinenser\*innen auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee, was zu schweren Verletzungen führte.

Diese ungeheuerliche Eskalation – an der drittheiligsten Stätte des Islam und in der letzten Woche des Ramadan – hat die Wut vor Ort und weltweit noch weiter angefacht, besonders unter arabischen und muslimischen Menschen. Rechtsgerichtete Hamas-Kräfte und andere palästinensische Milizen feuerten eine neue Runde von Raketen und Brandbomben auf Israel ab, nachdem es in den vergangenen Wochen bereits andere Vorfälle dieser Art gegeben hatte. Das war der “Vorwand”, den Benjamin Netanjahus geschäftsführende israelische Regierung nutzte, um Hightech-Raketenangriffe auf Gaza zu starten und einen neuen Krieg zu beginnen.

## **Rassistische Hetze**

Ein Schlüsselfaktor hinter diesen Ereignissen ist die Unfähigkeit Netanjahus, eine neue Koalitionsregierung zu bilden, nachdem er in jeder der vier aufeinanderfolgenden israelischen Parlamentswahlen keine Mehrheit erlangt hat. Seine Likud-Partei sowie verbündete Parteien auf der rechten und rechtsextremen Seite schrecken nicht davor zurück, die nationalen Beziehungen zu destabilisieren, um ihrer Agenda entsprechend sich als die stärksten Verteidiger von “Recht und Ordnung” zu präsentieren. So besuchte der Chef der Religiös-Zionistischen Partei, Bezalel Smotrich, am Montag provokativ Sheikh Jarrah und forderte dort ein noch härteres Vorgehen gegen die palästinensischen Demonstrant\*innen. Er sagte: “Wir müssen eine stabile Regierung bilden, die klarstellt, wer das Sagen im Staat Israel hat.”

Das neue rechtsextreme Mitglied der Knesset (israelisches Parlament), Itamar Ben-Gvir, hat sich dort ebenfalls an rassistischer Hetze beteiligt. Ben-Gvir wurde mit der weitgehend verbotenen terroristischen rechtsextremen Kahane-Bewegung in Verbindung gebracht und seine rechtsextreme Ideologie hatte ihn vom Dienst in Israels Armee ausgeschlossen. Doch vor den Parlamentswahlen im März half Netanjahu in einem skrupellosen und rücksichtslosen Streben nach einer Regierungsmehrheit, drei rechtsextreme Organisationen in einer Wahlliste zusammenzubringen, damit sie die Mindeststimmenzahl überschreiten und an seinem Regierungsblock teilnehmen konnten. Auf diese Weise wurde Ben-Gvir gewählt.

Der Journalist der britischen Financial Times, David Gardner, schrieb: “Ben-Gvirs Verhalten erinnert an das von Ariel Sharon, dem verstorbenen Premierminister und Held der Siedler, der im September 2000 von Hunderten von israelischen Bereitschaftspolizisten am Haram ash-Sharif vorbei in Richtung Tempelberg begleitet wurde. Das entzündete das Pulverfass zu einem zweiten palästinensischen Aufstand, bekannt als die al-Aqsa-Intifada”.

Gardners Warnung ist eine von vielen von kapitalistischen Kommentator\*innen, die über die Folgen der zunehmenden Repression gegen die Palästinenser\*innen für Israel alarmiert sind – zusammen

mit rassistischen Provokationen und dem laufenden Siedlungsprojekt. Gardner fügte hinzu, dass all dies “die Möglichkeit eines palästinensischen Staates ausschließt und die Palästinenser zwingt, für gleiche Rechte innerhalb eines Groß-Israel zu kämpfen, was Israels Legitimität in der Weltöffentlichkeit untergräbt. Es gefährdet auch Israels Beziehungen zu seinen arabischen Nachbarn sowie zu den Muslimen weltweit” (FT 11.5.21).

Diese neue Runde des Konflikts musste zwangsläufig irgendwann kommen, da die Wut unter der palästinensischen Jugend seit langem konstant hoch ist. Neben der brutalen militärischen Besatzung leiden sie unter hoher Arbeitslosigkeit, Armut und fehlenden Dienstleistungen – einschließlich derzeit unzureichender Coronavirus-Impfstoffe und anderer Gesundheitseinrichtungen. Keine der pro-kapitalistischen, in Palästina ansässigen Parteien kann ihr Leben in irgendeiner dieser Hinsichten verbessern, geschweige denn beenden, einschließlich Fatah und Hamas. Auch die so genannte “internationale Gemeinschaft” der kapitalistischen Mächte hat immer wieder ihren Bankrott und keinen Ausweg gezeigt.

## **Palästinensischer Kampf**

Raketen und wahllose Einzelangriffe auf israelische Zivilist\*innen zeugen von Verzweiflung, sind aber kein Ausweg, um die Befreiung von der Unterdrückung zu erreichen. Die Raketen aus dem Gazastreifen sind nicht technisch qualifiziert genug, um genau zu zielen und treffen nur wenige israelische Militärziele, sind aber in einer Reihe von heruntergekommenen Arbeiter\*innenstädten in Israel gelandet – wie Ashkelon, Holon und Rishon – und haben wahllos Menschen getötet und verletzt. Diese Angriffe treiben gewöhnliche Israelis in die Nähe von rechten Regierungsminister\*innen, die mit erhöhter Brutalität gegen die Palästinenser\*innen reagieren, und zwar mit einem weitaus größeren Waffenarsenal als die palästinensischen Milizen.

Anstatt auf diese Weise vom palästinensischen Kampf entfremdet zu werden, muss die israelisch-jüdische Arbeiterklasse von der israelischen herrschenden Klasse abgespalten werden. Die entscheidende Frage für die Palästinenser\*innen ist, wie das israelische Regime besiegt werden kann. Dies wird nicht nur durch militärische Mittel geschehen, sondern durch einen Kampf, der die israelische Gesellschaft entlang der Klassenlinien spalten kann – und so viele Arbeiter\*innen wie möglich für die Unterstützung einer sozialistischen Lösung für nationale Rechte und einen anständigen Lebensstandard auf beiden Seiten der Trennlinie gewinnen kann.

Außerdem vermitteln die Raketenabschüsse fälschlicherweise die Botschaft, dass sie die Hauptmethode des Kampfes sein sollen und die Massendemonstrationen ersetzen, was Organisationen wie der rechtsgerichteten Hamas entgegenkommt, die als die Meister des Widerstands gegen die israelische Aggression erscheinen wollen.

Stattdessen muss ein erfolgreicher Kampf auf demokratisch organisierten, massenhaften Mobilisierungen des palästinensischen Volkes beruhen – einer neuen Massenintifada. Die neue Generation der palästinensischen Jugend – innerhalb Israels und in den Gebieten –, die in den Protestbewegungen in den Vordergrund tritt, wird zweifellos diese gegensätzlichen Methoden in Frage stellen und debattieren und kann sich in Richtung des Aufbaus von Massenaktionen und Arbeiter\*innenorganisationen bewegen, die dringend notwendig sind. Als Teil dieses Massenkampfes haben die Palästinenser\*innen das Recht, sich den Angriffen der israelischen Streitkräfte gegen sie zu widersetzen, indem sie eine bewaffnete Selbstverteidigung organisieren, die von den Gemeinden demokratisch kontrolliert wird.

Das Aufflammen in Ost-Jerusalem entwickelte sich nach wochenlangen Demonstrationen in palästinensischen Gemeinden in Israel wegen fehlender Maßnahmen zur Bekämpfung von armutsbedingter Kriminalität und Bandengewalt in ihren Gemeinden. In der nördlichen Stadt Umm al-Fahm fanden wöchentlich Proteste statt und im März versammelten sich rund 2.000 Menschen in Tel Aviv. Die Wut richtete sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die palästinensischen politischen Vertreter\*innen. Dies zeigte sich in der allgemeinen Wahlbeteiligung in diesen Gebieten, die von 65 Prozent im März 2020 auf nur 50 Prozent gesunken ist.

Ursprünglich hatten sie Hoffnung in die "Gemeinsame Liste" von vier arabischstämmigen Parteien, die für die Parlamentswahlen 2015 aufgestellt wurde. Aber diese Parteien haben ihre Versprechen nicht gehalten und bei der letzten Wahl ist die Liste teilweise auseinandergebrochen, mit dem Austritt der islamistischen Partei Ra'am (Vereinigte Arabische Liste) aus ihrer rechten Flanke. Ra'am hat sich nun darauf verlegt, zu versuchen, von der nächsten israelischen Regierung jeden noch so kleinen Rest an Finanzmitteln für die palästinensischen Gemeinden herauszuholen und im Gegenzug ihre fünf Stimmen in der Knesset zu nutzen, um irgendwelche politischen Konstellationen einer Koalitionsregierung zu ermöglichen. In der Zwischenzeit bleibt die Kommunistische Partei Israels in der Gemeinsamen Liste gefangen, obwohl eine sozialistische Kraft die ganze Zeit über eine unabhängige, antikapitalistische Wahlherausforderung hätte anführen sollen.

In den Gebieten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) waren für den 22. Mai die ersten Parlamentswahlen seit 15 Jahren und im Juli eine Präsidentschaftswahl geplant, aber beide wurden von der von Mahmood Abbas geführten PA abgesagt. Abbas machte für die Absage die Weigerung der israelischen Regierung verantwortlich, den Palästinenser\*innen in Ost-Jerusalem die Stimmabgabe zu gestatten, aber in Wirklichkeit scheint es, dass Abbas und jene um ihn herum Angst haben, die Wahl zu verlieren. Es gibt eine zunehmende Zersplitterung der politischen Parteien. Die Fatah hat sich in rivalisierende Listen aufgespalten und steht vor dem Verlust von Stimmen an die Hamas – die sich gegen die Wahlabsage wehrte – und die vielen anderen Listen, die angemeldet worden waren.

Die Absage wird die ohnehin schon große Unzufriedenheit gegenüber der Fatah noch weiter anheizen. Über 93 Prozent der Bevölkerung der PA hatte sich zur Wahl registriert und eine große Mehrheit wollte, dass die Wahlen stattfinden – wenn auch nicht mit der großen Erwartung, dass sie zu einem Wandel führen.

## **Israelische Politik und Gesellschaft**

Netanjahu wird unweigerlich versuchen, den Raketenbeschuss aus Gaza auszunutzen, um Unterstützung auf sich zu ziehen, indem er sich als Führer darstellt, der der Bedrohung die Stirn bietet. Doch gleichzeitig verstärken die Toten, Verletzten und die Angst vor den Raketen sowie die sich entwickelnden Elemente eines Bürgerkriegs massiv das Gefühl der Unsicherheit in Israel. Diese Situation folgt weniger als zwei Wochen, nachdem der Schock über die tödlichste zivile Katastrophe in der Geschichte des Landes durch die israelische Gesellschaft ging. Eine Massenpanik bei einer Veranstaltung in Mount Meron verursachte 45 Todesfälle – eine Tragödie, die mit Nachlässigkeit im Bereich Gesundheit und Sicherheit in Verbindung gebracht wird.

Netanjahu steht derzeit wegen Korruption vor Gericht und es ist seit langem ein Problem für die israelische herrschende Klasse, einen Premierminister zu haben, dessen Fokus darauf liegt, seine

Position für eine Vermeidung eines Gefängnisaufenthalts zu nutzen. Seine destabilisierende Abhängigkeit von rechtsextremen Parteien ist ebenfalls ein großes Problem für sie gewesen. Dies sind Faktoren, die zur gegenwärtigen Eskalation des nationalen Konflikts beigetragen haben, der nicht nur innenpolitisch eine Krise für die herrschende israelische Elite darstellt, sondern auch international, wobei sich kapitalistische Mächte rund um den Globus – einschließlich Joe Bidens US-Regierung und der UN – gezwungen sehen, Warnungen und Mahnungen auszusprechen. Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate – zwei der Länder, die im letzten Jahr ein Friedensabkommen mit Israel unterzeichnet haben – reagierten auf die Empörung in ihren Bevölkerungen mit einer Verurteilung Israels.

Nachdem er also die Flammen des nationalen Konflikts angefacht hat, gerät Netanjahu nun unter großen Druck von innerhalb Israels und international, die Situation zu deeskalieren, um einen ausgewachsenen Krieg zu vermeiden, der dieses Mal israelische Städte in einem viel größeren Ausmaß verschlingen könnte als in früheren Kriegen.

In der kommenden Zeit werden sich die Meinungsverschiedenheiten unter den aktuellen und ehemaligen Führer\*innen der staatlichen Institutionen Israels darüber vertiefen, was mit der Besatzung, den Siedlungen und der Diskriminierung geschehen soll. Wenn man zu diesem Szenario noch die Tatsache hinzufügt, dass die israelische parlamentarische “Demokratie” ein System in einer großen Krise ist, wie die vier ergebnislosen Wahlen in nur zwei Jahren gezeigt haben, dann vervielfachen sich ihre Schwierigkeiten. Diese Wahlergebnisse wiederum resultieren aus der Zersplitterung der wichtigsten pro-kapitalistischen politischen Parteien, die aus der zunehmenden Desillusionierung in ihnen resultiert – ein Prozess, der weltweit zu beobachten ist.

Eine große Schicht der Bevölkerung wollte Netanjahu aufgrund vieler Faktoren aus dem Amt jagen, darunter die Korruptionsfälle, die steigende Ungleichheit, die Probleme im Dienstleistungswesen und die Diskriminierung innerhalb der jüdischen Gesellschaft sowie gegenüber den Palästinenser\*innen.

Aber er hat auch eine Unterstützungsbasis bei einer Minderheit behalten – seine Likud-Partei lag bei den Parlamentswahlen im März immer noch an der Spitze der Umfragen, was kürzlich dadurch begünstigt wurde, dass er über die höchste Coronavirus-Impfrate der Welt präsierte. Außerdem hat die Wirtschaft mit einem Rückgang von 2,3 Prozent im Jahr 2020 einen geringeren Schlag erlitten als in vielen anderen Ländern.

Da es Netanjahu bisher nicht gelungen ist, eine neue Koalition zu bilden, ist eine fünfte Parlamentswahl innerhalb von drei Jahren möglich. Sieben verschiedene ‘Anti-Netanjahu’-Parteien diskutieren, ob sie dies durch die Bildung einer eigenen Regierungskoalition vermeiden können. Aber diese Verhandlungen wurden von Ra’am – deren MKs (Abgeordnete) sie unterstützen müssten – wegen des eskalierenden nationalen Konflikts vertagt. Dies zeigt unter anderem, dass der Konflikt Netanjahu zumindest anfangs in die Hände spielte, da er inzwischen der geschäftsführende Regierungschef ist.

Sollten diese “Oppositions”-Gespräche zu einer Regierung führen, die wahrscheinlich von Naftali Bennett und Yair Lapid angeführt wird, wäre sie aufgrund ihres Minderheitenstatus und ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung sehr schwach und instabil. Das Wort “Opposition” steht hier in Anführungszeichen, weil Leute wie Bennett und Lapid keine grundsätzliche Alternative zum Likud darstellen, weder in Bezug auf die Verbesserung des Lebensstandards der israelischen Arbeiter\*innenklasse noch in der nationalen Frage. Einige der Führer\*innen der Koalition würden

sogar rechts von Netanjahu stehen. Darüber hinaus sind die jahrzehntelangen Misserfolge von Parteien, die nominell links stehen, wie Labor und Meretz, der Grund, warum Netanjahu seit zwölf Jahren an der Macht ist – und sie sind der Grund für den erwarteten rechten Charakter der nächsten Regierung, ob sie ihn einschließt oder nicht.

Daran ist allerdings nichts Unvermeidliches – es liegt am Fehlen einer Massen-Arbeiterpartei, die eine sozialistische Alternative präsentieren kann. Bei der Wahl gab es einen Funken Interesse in Richtung der Labor Party, die ihre geringe Zahl an Knesset-Sitzen erhöhte, weil ihre neue Vorsitzende, Merav Michaeli, einige begrenzte Schritte in eine linke Richtung unternommen hatte.

Während palästinensische Arbeiter\*innen unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen leiden, leidet auch eine große Schicht israelisch-jüdischer Beschäftigter unter Armut, finanzieller Unsicherheit und häufigen Angriffen auf ihre Löhne, ihre Arbeitsbedingungen und ihr Wohlergehen durch ihre Chefs und die Regierung. Oft kommt es zu Streiks und Kämpfen der Beschäftigten – zuletzt am 10. Mai zu einem 24-stündigen Streik der Ärzte, die wütend darüber sind, dass die für 600 zusätzliche Ärzte während der Coronavirus-Pandemie bereitgestellten Mittel zurückgezogen werden könnten. Außerdem gab es regelmäßig Anti-Netanjahu-Protteste gegen Korruption sowie Demonstrationen zu anderen Themen.

Es ist derzeit dringend notwendig, dass sich Gewerkschafter\*innen und andere Beschäftigte gemeinsam auf lokaler Ebene – sei es an den Arbeitsplätzen oder in den Branchen – gegen die Gewalt zwischen Rechtsextremen und Palästinenser\*innen in den Gebieten organisieren, in denen diese entsteht. Die Arbeiter\*innenbewegung kann sich gegen diese Gefahr nur auf ihre eigenen Kräfte verlassen, nicht auf die staatlichen Kräfte oder pro-kapitalistischen Politiker\*innen, die die Grundlage für die Zusammenstöße überhaupt erst geschaffen haben.

Längerfristig besteht die notwendige Aufgabe darin, offizielle Gewerkschaftskomitees und nationale Strukturen zu kämpferischen, von den Mitgliedschaften kontrollierten Organen zu entwickeln. Auch die Kämpfe der palästinensischen und jüdischen Arbeiter\*innen in Israel sind mit denen in den palästinensischen Gebieten zu verknüpfen.

Sicherheit für die jüdische Bevölkerung wird nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden, noch wird sie erreicht werden, indem man auf eine der vielen Varianten israelischer pro-kapitalistischer Politiker\*innen für eine andere kapitalistische Lösung schaut. Israelisch-jüdische Beschäftigte, zusammen mit den palästinensischen Bewohner\*innen Israels, die neben ihnen oder in ihrer Nähe leben und arbeiten, werden ihre eigene Partei aufbauen müssen, völlig unabhängig von kapitalistischen Interessen.

Für die Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten ist eine dringende Aufgabe die Entwicklung demokratisch geführter lokaler Komitees, um Aktionen und Selbstverteidigung zu organisieren – sie können nicht auf die Fatah oder die Hamas schauen, die beide keinen Ausweg haben. Diese Komitees könnten weiter auf den jüngsten Erfolgen aufbauen, die durch Massenproteste erzielt wurden – die letzten beiden waren die Verschiebung einer Gerichtsverhandlung, die die Räumungen von Sheikh Jarrah verfolgte, und die Absage des provokativen Marsches zum Jerusalem-Tag in letzter Minute, der durch den arabischen Teil der Jerusalemer Altstadt gehen sollte. Demokratische Komitees, die sich untereinander vernetzen, wären wichtige Vorstufen zum Aufbau einer unabhängigen, von der Arbeiter\*innenklasse geführten Massenpartei in den palästinensischen Gebieten.

Wenn Arbeiter\*innenparteien, palästinensische und israelische, ein Programm für ein sozialistisches Palästina an der Seite eines sozialistischen Israels – als Teil einer sozialistischen Konföderation des Nahen Ostens – verabschieden, wird es möglich sein, die Grundlage dafür zu schaffen, den kapitalistischen Albtraum des Teufelskreis von Tod und Zerstörung zu beenden.

- Stoppt die Raketenangriffe des israelischen Militärs auf Gaza!
- Keine Gewalt mehr gegen Palästinenser\*innen, die ihre Häuser und religiösen Stätten verteidigen!
- Stoppt die Zwangsräumungen von palästinensischen Familien
- Für demokratisch organisierte Aktions- und Verteidigungskomitees in palästinensischen Gemeinden
- Für den sofortigen Abzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten und die Beendigung der Besatzung des Gazastreifens
- Für eine Massenbewegung der Palästinenser\*innen, unter ihrer eigenen demokratischen Kontrolle, um für eine echte nationale Befreiung zu kämpfen
- Für unabhängige Arbeiter\*innenorganisationen in Palästina und Israel
- Für einen unabhängigen, demokratischen, sozialistischen palästinensischen Staat, neben einem demokratischen, sozialistischen Israel, mit zwei Hauptstädten in Jerusalem und garantierten demokratischen Rechten für alle Minderheiten, als Teil des Kampfes für einen sozialistischen Nahen Osten

# Israel/Palästina: Nein zum Krieg!

(14. Mai 2021)

## Stoppt Israels Luftangriffe auf Gaza! Nein zur Eskalation durch das Netanjahu-Regime!

Die neue Eskalation des Konflikts im Nahen Osten ist grauenhaft. Mindestens 67 Menschen haben die israelischen Luftangriffe bereits in Gaza getötet. Die Verantwortung für die Toten und die Eskalation liegt beim israelischen Regime und seinen „Sicherheitskräften“. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung diese Angriffe als „Selbstverteidigung“ bezeichnet und sich weigert die Angriffe auf Gaza zu verurteilen. Der Bundespräsident spricht von „uneingeschränkter Solidarität“ mit dem rechten israelischen Regime – welches nicht zuletzt durch deutsche Waffenexporte hochgerüstet wurde.

## Israelischer Staatsterror

Seit Wochen erleben Palästinenser\*innen verschärfte Schikanen und Repressionen. In Sheikh Jarrah in Ost-Jerusalem wurden Proteste gegen Zwangsräumungen brutal niedergeschlagen. Religiöse Versammlungen am Damaskustor anlässlich des Ramadan wurden von der israelischen Polizei mit dem Vorwand von „Corona-Auflagen“ behindert (während orthodox-jüdische Versammlungen weiter stattfinden konnten). Die Proteste dagegen erfuhren harte Repression. Am 10. Mai demonstrierten rechte, israelische Nationalist\*innen anlässlich des Jahrestags der Eroberung von Ost-Jerusalem. Die Polizei feuerte gleichzeitig Gummigeschosse, Blendgranaten und Tränengas auf hunderte Palästinenser\*innen in der Nähe der al-Aqsa-Moschee und hinterließ Schwerverletzte.

Die massive Wut in den palästinensischen Gebieten angesichts dieser Schikanen, die sinnbildlich für die anhaltende Besatzung und Unterdrückung stehen, ist gerechtfertigt. Die israelische Regierung will ihr hartes Vorgehen mit den Angriffen der Hamas legitimieren. Dabei sind die Raketenangriffe der Hamas, die auf die Repressionen der vergangenen Wochen folgten, nur eine gefundene „Entschuldigung“ für die Raketen der unvergleichlich besser ausgestatteten, hochgerüsteten israelischen Armee in Gaza. Die Existenz der Hamas ist Ergebnis der Verzweiflung in Gaza. Gleichzeitig bieten die Raketen der Hamas und ihr spalterisches Programm keinen Ausweg aus der aktuellen Situation für die palästinensische Bevölkerung und wir lehnen ihre Methoden entschieden ab. Sie heizen die ethnische und konfessionelle Spaltung vor Ort an und bieten einen Vorwand für größere Interventionen der israelischen Armee.

## Für sozialistische Zwei-Staaten-Lösung

Denn es liegt auf der Hand, dass das Vorgehen des israelischen Regimes von der innenpolitischen Krise im Land selbst getrieben ist. Seit zwei Jahren ist das pro-kapitalistische Establishment in Israel unfähig, eine stabile Regierung zu bilden. Netanjahu und Co. versuchen durch den aktuellen Konflikt von ihrem Versagen abzulenken und mit ihrer Kriegstreiberei die Grundlage für eine Regierungsbildung zu schaffen. Dieses „Teile und Herrsche“ wenden die Kapitalist\*innen immer an, wenn sie von den wirklichen sozialen und politischen Problemen ablenken wollen, die sie verursachen. Die einzige Lösung für den Konflikt ist eine sozialistische Lösung, die beiden Seiten

der arbeitenden Klasse und allen Minderheiten gleiche demokratische Rechte und gute Lebensstandards ermöglicht. Selbst wenn die aktuelle Eskalation wieder versiegt, bleibt die Wut unter den Palästinenser\*innen und wird es weitere soziale Explosionen in der Zukunft geben. Wir verteidigen das Recht der Palästinenser\*innen auf nationale Selbstbestimmung und ein Leben in Würde, wie wir auch das Recht der Israelis auf Selbstbestimmung und ein Leben in Sicherheit verteidigen. Beides kann der Kapitalismus nicht bieten: Deshalb braucht es eine sozialistische Zwei-Staaten-Lösung.

## **Legitimer Widerstand**

Der palästinensische Widerstand gegen die Unterdrückung ist legitim und er kann erfolgreich sein, wie auch Beispiele der letzten Wochen gezeigt haben. Die Bewegung gegen Repression durch u.a. Zwangsräumungen und die Besetzung des israelischen Regimes muss demokratisch und massenhaft organisiert werden. Ob Hamas oder Fatah, die verschiedenen pro-kapitalistischen Parteien und Kräfte in Palästina werden keinen Ausweg aufzeigen oder die Lebensbedingungen verbessern können. Die Bildung demokratischer Aktionskomitees ist dazu nötig – sie könnten ein erster Schritt für die Gründung einer unabhängigen Partei der arbeitenden Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten werden.

Die jüdisch-israelische Bevölkerung wiederum wird keine Sicherheit durch die militärische Eskalation oder die Versprechen der verschiedenen pro-kapitalistischen Politiker\*innen erhalten. Es braucht den gemeinsamen Kampf von israelisch-jüdischen und arabischen Beschäftigten, die Seite an Seite in Israel zur Arbeit gehen, für ein Ende der Eskalation, soziale Verbesserungen in Israel und eine eigene Partei unabhängig von kapitalistischen Interessen.

Wenn sich die arbeitende Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze unabhängig organisiert und für eine sozialistische Zwei-Staaten-Lösung, ein unabhängiges sozialistisches Palästina und ein sozialistisches Israel mit zwei Hauptstädten in Jerusalem/al-Quds als Teil eines sozialistischen Nahen Ostens kämpft, kann der Teufelskreis dieses Konflikts durchbrochen werden. Dafür kämpft die Sol als Teil des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale, einer internationalen sozialistischen Organisation. Werde mit uns aktiv!

## **Die Sol fordert**

- Stoppt die israelischen Militärangriffe auf Gaza!
- Keine Zwangsräumungen palästinensischer Familien! Nein zur Repression! Für das Recht auf Versammlungen und Widerstand!
- Für demokratisch organisierte Aktions- und Verteidigungskomitees in den palästinensischen Gebieten!
- Sofortiger Truppenabzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten!
- Für eine Massenbewegung der Palästinenser\*innen für nationale Selbstbestimmung unter ihrer demokratischen Kontrolle! Raketenbeschuss bietet keinen Ausweg!
- Für den Aufbau unabhängiger Arbeiter\*innenorganisationen in Israel und Palästina!
- Für eine sozialistische Zwei-Staaten-Lösung mit zwei Hauptstädten in Jerusalem/al Quds! Demokratische Rechte und das Recht auf Selbstbestimmung für alle Minderheiten! Für sozialistische Demokratie im Nahen Osten und weltweit!
- Internationale Solidarität: LINKE und Gewerkschaften müssen die Eskalation des israelischen Regimes verurteilen und zu Protesten mobilisieren!



# Solidarität mit den Palästinenser\*innen ist kein Antisemitismus

(25. Mai 2021)

## Angriffe auf Synagogen und Jüd\*innen sind keine Solidarität mit den Palästinenser\*innen

Wer im Mai die deutschen Medien und Politiker\*innenreden verfolgte, konnte den Eindruck bekommen, eine Welle antisemitischer Pogrome sei über das Land geschwappt. Kein Tag verging ohne Warnungen vor Antisemitismus und Aufrufen, diese zu bekämpfen. Der Vorwurf wurde jedoch nicht gegen Faschisten erhoben, die Jüdinnen und Juden als minderwertige „Menschenrasse“ betrachten und an Nazi-Vernichtungsphantasien festhalten, auch nicht nur gegen Kräfte, die den Staat Israel mit „den Jüd\*innen“ gleichsetzen und somit den Kampf gegen die Kriegs- und Unterdrückungspolitik dieses Staates als Kampf gegen alle Jüd\*innen verstehen – der Vorwurf wurde pauschal gegen nahezu jegliche explizite Kritik am Staat Israel erhoben. Ein falscher Vorwurf, der dazu dient die Linke zu spalten, die Palästina-Solidarität zu schwächen, hier staatliche Repression und Rassismus gegen Muslime und Muslimas auszuweiten und den Staat Israel als Vorposten des westlichen Imperialismus im Nahen Osten zu stärken.

*Von Sascha Staničić, Sol-Bundessprecher*

Keine Frage: Antisemitismus ist ein Problem in der Bundesrepublik und es kann nicht akzeptiert werden, wenn Jüdinnen und Juden sich in diesem Land nicht sicher fühlen. Angriffe auf jüdische Menschen, Symbole und Einrichtungen sind ohne Wenn und Aber abzulehnen. Antisemitische Übergriffe gehen jedoch zum großen Teil auf Rechtsextremist\*innen zurück.

Linke Politik kann nicht antisemitisch sein, weil links immer auch antirassistisch ist. Solche Linken, die Positionen und Parolen formulieren, die Abgleitflächen zum Antisemitismus beinhalten, verlassen damit linke Positionen. Das ist aber sehr viel weniger verbreitet, als die öffentliche Debatte suggeriert. Was es gibt, ist Kritik am Staat Israel und eine Infragestellung, ob dieser Staat im Nahen Osten eine historische Existenzberechtigung hat. Diese Frage wird aber nicht daraus abgeleitet, dass es ein Staat ist, in dem mehrheitlich Jüdinnen und Juden leben und der sich selbst als jüdischer Staat versteht, sondern aus der Tatsache, dass die Staatsgründung mit Terror und Vertreibung einher ging.

## Unkluge Parolen

Was es auch gibt, sind dumme bzw. undurchdachte historische Vergleiche und Parolen, die zu Fehlinterpretationen einladen. Wenn einzelne Demonstrant\*innen Gaza mit dem Warschauer Ghetto gleichsetzen, israelische Soldat\*innen in Karikaturen mit deutschen Nazis verglichen werden oder die Unterdrückung der Palästinenser\*innen mit der systematischen und industriell organisierten Vernichtung der Jüdinnen und Juden durch die Nazis in einem Atemzug genannt wird, dann sind das nicht zutreffende Vergleiche bzw. Gleichsetzungen, die dafür kritisiert gehören, dass sie den Holocaust relativieren. Dessen historische Einzigartigkeit kann nicht in Frage gestellt werden.

Antisemitisch sind solche Aussagen jedoch nicht, weil sie weder die Jüdinnen und Juden zur (minderwertigen) „Rasse“ machen oder alle Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel gleich setzen, noch zu ihrer Verfolgung aufrufen.

Slogans, die gerne auf Palästina-Solidaritätsdemonstrationen gerufen werden, sind „Kindermörder Israel“ und „Palestine must be free – from the river to the sea“. Es ist zumindest unklug, diese Slogans zu rufen, denn sie sind eine Einladung zur Diffamierung der Proteste als antisemitisch. Nur: sie sind es nicht. Israel hat im Mai mindestens 58 Kinder in Gaza getötet. Viele der Palästinenser\*innen, die diesen Slogan rufen, sind sich wahrscheinlich nicht einmal der antisemitischen Mythen bewusst, die mit ihm assoziiert werden können. Sie wollen auf ein großes Unrecht hinweisen und verzweifeln daran, dass die Welt dieses offenbar nicht erkennen will. Manche, aus den Kreisen des rechten politischen Islam der Hamas und anderer Gruppen mögen genau diesen Effekt erzielen wollen, denn sie können ihr politisches Geschäft nur betreiben, wenn die Spaltung der Bevölkerung im Nahen Osten aufrecht erhalten bleibt und der Hass weiter existiert.

## **„From the river to the sea“?**

Die Forderung nach einem palästinensischen Staat (mehr oder weniger) in den Grenzen des britischen Protektorats aus der Zeit vor der israelischen Staatsgründung wird von vielen linken Kräften aufgestellt, auch von [Jüdinnen und Juden](#). Sie ist nicht gleich bedeutend mit der von manchen rechten islamistischen Kräften vertretenen Haltung „Jüd\*innen ins Meer“, sondern steht für die Idee, einen säkularen, bi-nationalen Staat zu schaffen, in dem alle Menschen, gleich welcher Nationalität und Religionszugehörigkeit, dieselben Rechte haben. Das hat die Gruppe „Palestine Speaks“, die diese Forderung erhebt, in einer Erklärung vor ihrer großen und internationalistischen Demonstration am 15. Mai in Berlin deutlich erklärt. Gleichwohl ist diese Parole ein Geschenk für diejenigen, die den palästinensischen Widerstand antisemitisch diffamieren wollen – auch wenn ihr Inhalt nicht per se antisemitisch ist.

## **Was steckt hinter der Kampagne gegen Antisemitismus?**

Die Kampagne gegen Antisemitismus, die von BILD bis zu den Grünen, von AfD bis Olaf Scholz geführt und von Teilen der Linkspartei mitgetragen wird, bekämpft nicht Antisemitismus, sondern linken und anti-kolonialen Widerstand und dient dazu Ressentiments gegen Migrant\*innen zu schüren und ist ihrerseits – rassistisch. Es gehört schon eine enorme Dreistigkeit dazu im Land von Buchenwald und Auschwitz, von einem [„importierten Antisemitismus“](#) zu sprechen. Einmal mehr werden so Muslime und Muslimas unter Generalverdacht gestellt. Dass es unter diesen auch antisemitische Einstellungen gibt, ist unbestritten, wobei unterschieden werden sollte zwischen dem Antisemitismus einer sich als Herrenrasse zur Unterjochung der Welt aufmachenden Führernation und pauschalisierender Jüd\*innenfeindlichkeit von Menschen, die durch einen sich als „jüdisch“ definierenden Staat vertrieben, bombardiert und entrechtet wurden und werden.

Was der Kampf gegen Antisemitismus der Herrschenden eigentlich bezweckt, wurde am 20. Mai in Berlin sichtbar. Dort fand eine Israel-Solidaritätskundgebung statt. Keine Kundgebung gegen Antisemitismus. Der Kampf gegen Antisemitismus wird mit Solidarität mit dem rassistischen und kriegstreiberischen Staat Israel gleich gesetzt. Dass bei dieser Kundgebung der LINKE-Co-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und der DGB-Vorsitzende Hoffmann als Redner aufgetreten sind, ist ein Skandal. Dass Berliner LINKE-Politiker\*innen wie Klaus Lederer und Anne Helm vor

Israel-Fahnen und mit Slogans „Free Gaza from Hamas“ posieren ebenfalls. Unterstützung für den Staat Israel ist nicht links, weil links immer antirassistisch und antimilitaristisch ist.

Aufgabe der LINKEN und der Gewerkschaften wäre es, alle Initiativen in der Region zu unterstützen, die ein Zusammenkommen der israelisch-jüdischen und palästinensischen Arbeiter\*innenklassen fördern können. Die Seite des israelischen Staates einzunehmen, verhindert nicht nur das, es entfremdet auch die arabischen und muslimischen Lohnabhängigen, die einen wichtigen Teil der Arbeiter\*innenklasse in Deutschland ausmachen und fördert faktisch die Spaltung der abhängig Beschäftigten hier.

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Antisemitismus wird nicht nur die Solidarität mit den Palästinenser\*innen bekämpft, sondern sollen auch Einschränkungen des Demonstrationsrechts durchgesetzt, eine freie Debatte zum Nahostkonflikt verhindert und Abschiebungen und Zuwanderungsbeschränkungen ausgeweitet werden. Wenn Markus Söder fordert, dass Antisemitismus ein Grund für Abschiebungen sein müsse, stellt sich die Frage, wieso er nicht den weitaus verbreiteteren Antisemitismus unter deutschen Rechten, inklusive eines Herrn Maaßen in der CDU, anprangert und kriminalisiert. Ganz einfach: Weil es nicht um den Kampf gegen Antisemitismus geht, sondern um ein rassistisches Programm. Diesem Programm müssen sich Linke und Gewerkschaften genauso entgegenstellen, wie dem nun vielfach geforderten Verbot der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas). Wir lehnen dieses Verbot ab, obwohl wir Kritik an der Politik und den Methoden der PFLP haben. Sie ist eine linke Organisation der legitimen palästinensischen Befreiungsbewegung und ein Verbot wäre kein Schlag gegen den Antisemitismus in Deutschland, sondern gegen eben diese Bewegung.

## **Für Selbstbestimmungsrecht**

Als marxistische Organisation steht die Sol für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker in der Region. Frieden und Sicherheit kann es aber nicht geben, solange dieser Staat Israel seine Besatzungspolitik und die Entrechtung der Palästinenser\*innen fortsetzt. Dies ist auch die Basis dafür, dass rechte, islamistische Kräfte wie die Hamas Massenunterstützung gewinnen können, weil sie sich als Kämpfer gegen diese Besatzung und Entrechtung präsentieren können. Dass die Hamas eine rechte und reaktionäre Organisation ist, die in ihrem Herrschaftsgebiet weder für soziale noch für demokratische Rechte der Bevölkerung steht, ist unbestritten. Sie kann auch keine Bündnispartnerin für die Linke oder die Arbeiter\*innenbewegung sein. Angesichts des Siedlungsbaus, der Besatzung und der Angriffe auf Gaza kann es aber nicht verwundern, dass viele Menschen eine Einheit der Palästinenser\*innen inklusive der Hamas gegen den Aggressor wünschen.

Die einfachen Menschen, egal ob israelische Jüd\*innen oder Palästinenser\*innen, haben aber ein Interesse an Frieden, Sicherheit und einem guten Lebensstandard. Die Herrschenden auf beiden Seiten bauen ihre Herrschaft auf der Spaltung der einfachen Menschen auf. Diese Spaltung kann nur durch die organisierte Arbeiter\*innenbewegung überwunden werden, wenn diese sich multiethnisch organisiert und ein Programm für eine sozialistische Veränderung der Region entwickelt. Gegenseitiges Vertrauen wird nur aufgebaut werden können, wenn beide Seiten das gegenseitige Recht auf einen eigenen Staat – mit garantierten Minderheitenrechten und ohne Diskriminierungen – akzeptieren. Wenn dieses Vertrauen einmal geschaffen wäre und die Arbeiter\*innenbewegung mit einem sozialistischen Programm ausgestattet in der Lage wäre, die Gesellschaft in ihrem Interesse zu verändern, die Menschen also frei über ihr Zusammenleben

entscheiden könnten, wäre eine solche sozialistische Zwei-Staaten-Lösung möglicherweise gar nicht nötig. Vertrauen und die Freiheit vor der Angst als Minderheit unterdrückt zu werden ist dafür jedoch die Voraussetzung.

# Israel: Eine „gefährliche Regierung“

(08. Februar 2023)

## Welle von Massenprotesten gegen die neue rechte Regierung unter Netanjahu

Es dürfte das erste Mal in der israelischen Geschichte sein, dass sich eine neu ins Amt gehievt Regierung derartigen Massenprotesten ausgesetzt sieht. Die Entschlossenheit der Demonstrierenden ist mindestens ebenso beeindruckend, wie das Fehlen politischer Alternativen zur rechten Regierung von Benjamin Netanjahu und dem rechtsextremen Itamar Ben-Gvir der religiös-zionistischen Partei Otzma Yehudit („Jüdische Stärke“) Bewegung darstellt.

*von Steve Hollasky, Dresden*

Die Beteiligung an den Protesten ist gemessen an der Einwohner\*innenzahl des Neunmillionenlandes atemberaubend. Nach mehreren Demonstrationen gingen am 14. Januar nochmals allein in Tel Aviv 80.000 Menschen auf die Straße. Auch in Haifa und anderen Metropolen formierten sich an diesem Tag Menschen zu Demonstrationen.

Eine Woche später wurden selbst diese Zahlen übertroffen: Am 21. Januar zogen 110.000 Menschen durch Tel Aviv. Auch in Jerusalem, Haifa und Beersheba überschwemmten Massen die Innenstädte. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, nach der Gesundheits- und Innenminister Arie Deri aufgrund einer zurückliegenden Verurteilung wegen Betrugs sein Amt aufgeben müsse, hatte die Proteste noch einmal angeheizt. Die Demonstrierenden sahen sich einmal mehr in ihrer Haltung bestätigt, die Befugnisse des Obersten Gerichtshofes gegen Angriffe durch die Regierung zu verteidigen.

Am ersten Februarwochenende demonstrierten noch einmal 40.000 Menschen in Tel Aviv und gut 10.000 in Haifa. Tausende zogen durch die Straßen anderer Städte.

Unter den Demonstrierenden waren stets auch Oppositionspolitiker\*innen wie der vormalige Ministerpräsident Jair Lapid. Die Angst, die von der Regierung angestrebten Reformen, könnten das Land in eine Art zweiter Türkei verwandeln, scheint riesig zu sein. Nach Umfragen lehnt eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung den Regierungskurs ab.

## Die neue Regierung

Manchmal weinen Menschen auch, wenn sie gar keinen Grund dazu haben: Benjamin Netanjahu beispielsweise kamen die Tränen, kurz bevor er zum israelischen Ministerpräsidenten vereidigt wurde. Für ihn bedeutet die Ernennung einmal mehr Immunität vor weiterer Strafverfolgung. Schon länger wird ihm Korruption zur Last gelegt. Insofern dürfte sein kurzer Weinanfall eher Ausdruck von Erleichterung gewesen sein. Ein Empfinden, was große Teile der israelischen Bevölkerung zurzeit nicht teilen wollen.

Für viele Israelis ist nicht unbedingt Netanjahu das Schreckbild, sondern Itamar Ben-Gvir. Der Rechtsextreme machte sich nicht nur durch markige Sprüche einen Namen. Mehrmals wegen

rassistischer und volksverhetzender Äußerungen rechtskräftig verurteilt, verschaffte ihm der Wahlerfolg seiner Partei einen Sitz in der Knesset und einen Posten in der Regierung.

Ben-Gvir verstand sich lange ganz offiziell als Anhänger von Meir Kahaneh, der wiederum Israel in eine jüdische Theokratie zu verwandeln gedachte und die allermeisten Palästinenser\*innen aus Israel und den besetzten Gebieten vertreiben wollte. Als er noch jünger war, hing in Ben-Gvirs Wohnung ein Porträt von Baruch Goldstein. Der hatte bei einem Anschlag 1994, bei dem er selbst getötet wurde, 25 Palästinenser\*innen ermordet und weit über 100 weitere verletzt.

Ben-Gvirs Schwüre, er habe sich von solch extremistischen Ideen längst verabschiedet, sind schwerlich glaubhaft, handelt er doch weiterhin wie ein überzeugter Rassist. Aus Sheikh Jarach, einem Vorort von Jerusalem, vertrieb Ben-Gvir Palästinenser\*innen.

Der ausgemachte Gegner eines palästinensischen Staates ist nun zum Sicherheitsminister ernannt worden und zog sogleich mit zwei provokanten Aktionen die Aufmerksamkeit auf sich: Der Besuch auf dem im Islam und im Judentum gleichermaßen bedeutsamen Tempelberg zu Beginn dieses Jahres wurde von vielen Seiten als das wahrgenommen, was er sein sollte, als provokatorischer Akt. Ben-Gvir hat sich dabei seine Deutung bereits zurechtgelegt und verbreitet: Es sei rassistisch, so der rassistisch denkende Politiker, dass Jüdinnen und Juden auf dem Tempelberg nicht beten dürften.

Zweifelsohne ist der Kompromiss auf dem Tempelberg äußerst brüchig: Jüdinnen und Juden dürfen die Klagemauer dort auf Antrag besuchen, aber auf dem unter muslimischer Verwaltung stehenden Tempelberg nicht beten. Dass Ben-Gvir nun auch noch ausgerechnet vor der Al-Aksa-Moschee betete, musste zum von ihm eingeplanten Eklat werden. Proteste von muslimischer Seite waren die von Ben-Gvir mit Sicherheit eingerechnete Folge. Entspannung im Nahostkonflikt sieht anders aus.

## **Verschärfung des Nahostkonflikts**

An der ist Itamar Ben-Gvir nach eigenem Bekunden aber auch nicht interessiert. Seine Vorliebe für Symbole hat Ben-Gvir seit seiner Jugend nicht verloren und so ließ er nur wenige Tage nach seinem Besuch des Tempelbergs kurzerhand palästinensische Flaggen, „die den Terrorismus unterstützen“ und „die Aufwiegelung gegen den Staat Israel“ begünstigen würden, so Ben-Gvir auf Twitter, aus dem öffentlichen Raum entfernen.

Dabei musste er das Rad der rassistischen Diskriminierung nicht gänzlich neu erfinden. Zwar ist das Hissen palästinensischer Fahnen in Israel zumindest nicht verboten. Sollte jedoch befunden werden, dass sie die öffentliche Ordnung gefährden, dürfen die Banner entfernt werden. Ob dieser Rechtsgrundsatz ausreicht, um Ben-Gvirs Handlung zu legitimieren, ist in Israel jedoch nach wie vor umstritten.

## **Der starke Mann der Regierung**

Der Wahlsieger vom ersten November heißt Benjamin Netanjahu mit seiner Likud-Partei. Für den aktuellen Ministerpräsidenten bedeutete dies die Chance die Ermittlungen wegen Korruption endlich loszuwerden. Und so drückte er bei der Regierungsbildung auf die Tube. Nur ließen ihn seine Koalitionspartner auf der Rechten und ultraorthodoxe Religiöse lange Zappeln. Netanjahus Schwäche und Bereitschaft alles zu akzeptieren ist in den letzten Monaten zu einem geflügelten Wort in Israel geworden.

Ausweitung des Siedlungsbaus im besetzten Westjordanland, mehr Geld für ultraorthodoxe Schulen, die es sogar ablehnen Mathematik zu unterrichten, auch Fußballspiele am Schabbat soll es nach dem Willen der Rechtsaußen in der Netanjahu-Regierung nicht mehr geben. All das und noch einiges mehr akzeptierte Netanjahu, um ins Amt zu kommen. Ein Fall von blankem Opportunismus, könnte man meinen. Doch ist die Frage angebracht, inwieweit es Netanjahu ganz gut zu pass kommt, dass seine rechtsextremen Bündnispartner\*innen all diese Forderungen erheben und er sich selbst darstellen kann, als sei er gezwungen den Horrorkatalog zu akzeptieren.

Zumindest dürfte sich Netanjahu sehr erfreut über den geplanten Umbau des Justizsystems gezeigt haben. Kann er doch auf diese Weise hoffen der Strafverfolgung zu entkommen.

Es bleibt also die Frage, ob – wie oft dargestellt wird – Itamar Ben-Gvir wirklich der starke Mann der Regierung ist oder, ob es Netanjahus Kalkül ist, ihn so erscheinen zu lassen.

Unzweifelhaft jedoch ist die Regierung Netanjahu – Ben-Gvir keine Regierung, die sich die herrschende Klasse in Israel zurzeit wünscht. Die Verschärfung des Nahostkonflikts liegt aus einer ganzen Reihe von Gründen im Moment nicht im Interesse der herrschenden Klasse.

## **Soziale Situation in Israel**

Interessant auch, dass die neue Regierung kaum soziale Maßnahmen auf der Agenda stehen hat. In einem Land wie Israel kann das nur Kopfschütteln zur Folge haben. Und doch zeigt es wie rechte und rechtsextreme Parteien regieren.

Die Zahl der Wohnungssuchenden in Israel ist ebenso schwindelerregend hoch wie die Mieten für die wenigen verfügbaren Wohnungen. Tel Aviv schaffte es in der Jahreswende 2021 und 2022 auf die Liste der teuersten Städte bis nach ganz oben. Die Löhne und Gehälter sind auf erschreckende Weise niedrig. Für die Angehörigen der Arbeiter\*innenklasse ist das Leben in Israel wenig verheißungsvoll.

Zu den hohen Kosten reihen sich lange Fahrtwege. Häufig leben Arbeiter\*innenfamilien außerhalb der Städte, um die Mietkosten zu senken. Stundenlanges Stehen im Stau ist die Folge. Die Erfolgsstory von Israel als Land der Startups erzählen nur die erfolgreichen Unternehmer\*innen.

Die Flucht in eine der Siedlungen in den besetzten Gebieten ist für zahlreiche Familien die logische Konsequenz: Der Umzug in eine der Städte im Westjordanland wird vom israelischen Staat gefördert. Die Wohnungen sind billig; auf großen Trassen, die als israelisches Territorium gelten, pulsiert der Verkehr zwischen Israels Metropolen und den Siedlungen in den besetzten Gebieten. Moderne Universitäten und neue Schulen sollen die Ansiedlung von Paaren mit Kindern unterstützen.

All das ist kein Ergebnis der Politik der neuen Regierung von Netanjahu oder seines rechtsextremen Adlatus Itamar Ben-Gvir. Gewiss, Netanjahu hatte mit seinen bisherigen Regierungen einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Verschlechterung der Lebenslage der israelischen Bevölkerung. Seine marktradikalen Reformen haben die sozialen Unsicherheiten deutlich erhöht.

Die Darstellung der scheidenden Regierung Lapid in der Knesset, im Land sei im Grunde alles in Ordnung und werde nun von der neuen Regierung Netanjahu versaut, sind Ausflüchte und der Versuch sich an die Bewegung auf der Straße anzubiedern. Auch Jair Lapid, Netanjahus Amtsvorgänger trägt eine Verantwortung für die katastrophale Situation in Israel.

## Oberstes Gericht entmachten

Das vielleicht umstrittenste Ziel der neuen Regierung unter Netanjahu und Itamar Ben-Gvir, ist die Schwächung des Obersten Gerichts. Sollte dieses in Zukunft, so die Pläne, ein abgestimmtes Gesetz als verfassungswidrig ansehen und es damit annullieren, soll der Richterspruch in Zukunft durch die Parlamentsmehrheit überstimmt werden können. Auch bei der Ernennung der Richter will die Regierung Netanjahu demnächst mehr mitreden dürfen.

Damit wäre die Rechtsregierung in der Lage durchzuregieren. Zugleich kann Benjamin Netanjahu hoffen, den dann gewonnenen Einfluss auf das Justizsystem zu eigenen Gunsten zu nutzen.

Zudem will gerade die extreme Rechte in der Regierung den Siedlungsbau im Westjordanland deutlich ausweiten. Dagegen war der Oberste Gerichtshof bislang selten ein Hindernis. Klagen gegen neu gebaute Siedlungen durch Palästinenser\*innen, deren Dörfer um ihr Land gebracht worden waren, kamen hingegen vor. Mitunter gab das Gericht den Palästinenser\*innen sogar recht.

Als Kontrollorgan und als angeblich neutraler Schiedsrichter, spielt das Oberste Gericht im israelischen Kapitalismus aus Sicht der Herrschenden eigentlich eine unverzichtbare Rolle. Es gelang ihm Zeit seines Bestehens eine derartig große Unabhängigkeit von anderen staatlichen Institutionen zu erhalten, dass es bei sozialen und nationalen Streitigkeiten als scheinbar unparteiische Kraft angerufen wurde, um den Konflikt zu klären.

Wenn nun die Regierung Netanjahu die Macht des Obersten Gerichts unterminiert, untergräbt sie auch eine der wichtigsten Säulen des kapitalistischen Systems. Das erklärt auch die oppositionelle Haltung weiter Teile des kapitalistischen Establishments gegenüber der neuen Regierung.

Für Benjamin Netanjahu und für Itamar Ben-Gvir ist die Reduktion der Rechte des Obersten Gerichts ein unverzichtbarer Programmpunkt, sie will ohne Widerwort entscheiden können.

Für die neue Regierung Israels dürfte das Ziel des Ausbaus der Siedlungen auch zur Entschärfung der sozialen Situation in Israel enorme Bedeutung haben: Das Leben in den Siedlungen, auf Kosten der Rechte der Palästinenser\*innen, ist vielfach billiger und – zumindest in Bezug auf die besseren Luftverhältnisse als in Tel Aviv oder Haifa – sogar angenehmer als in Israel. Für Israel ist der Siedlungsbau ein Ventil, das ist nicht neu. Dass Benjamin Netanjahus Regierung dieses Ventil nun noch entschiedener Bemühen will, ist im Grunde logische Konsequenz der Unterdrückung der Palästinenser\*innen und der sozialen Lage in Israel.

## Proteste

Zwischen Lebensmittelgeschäften, die überteuerte Waren anbieten; inmitten von Gebäuden, deren Wohnungen sich jüdische und arabische Arbeiter\*innen gleichermaßen kaum leisten können protestieren seit Wochen Zehntausende gegen das rechtsextreme Programm der Regierung Netanjahu – Ben-Gvir. Nicht allein quantitativ ist dieser Protest beachtlich.

Am Samstag berichtete die BBC aus Tel Aviv und sprach dort mit Demonstrierenden. Sie sprachen über Angst, aber auch über Hoffnung. Eine Lehrerin aus Jaffa, Yaara Ben Giraluf, ließ sich von der BBC mit den Worten zitieren: „Das ist eine gefährliche Regierung.“ Gefährlich sei sie „für Frauen, für LGBTQ, für die verarmten Menschen ... und natürlich für die Palästinenser“, fuhr Giraluf in der BBC fort. Derlei Aussagen gab es auf den Demonstrationen mehr. In Tel Aviv wurden, Ben-Gvirs Willen zum Trotz, sogar palästinensische Flaggen geschwenkt.



Zugleich fehlt es der Bewegung an wirklichen Alternativen in Form von unabhängigen politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen. Die Gewerkschaftsorganisation „Histadrut“ (vergleichbar mit dem DGB in Deutschland) scheint auf den Protesten bislang keine Rolle zu spielen, geschweige denn, dass sie versuchen würde, diese in die Betriebe zu tragen.

Dass es bislang keine sozialistische Massenpartei für Arbeiter\*innen, Jugendliche und Rentner\*innen gibt, die Jüd\*innen und Araber\*innen gleichermaßen organisiert, erleichtert es Minister\*innen der Vorgängerregierung sich auf den Demonstrationen zu exponieren. Dabei war auch ihr Regierungskurs prokapitalistisch ausgerichtet gewesen und nutzte so weder den jüdischen noch den arabischen Israelis, geschweige denn den Palästinenser\*innen. Dass nun gerade sie Reden auf Demonstrationen halten, muss ein ernstes Warnzeichen sein. Sie werden alles versuchen, um die Bewegung einzuhegen und zu verhindern, dass die Beteiligten antikapitalistische oder gar sozialistische Schlüsse ziehen.

Zugleich scheint längst nicht allen Protestierenden die Einheit zwischen jüdischen und arabischen Demonstrierenden wichtig zu sein. So war die BBC Zeugin eines Handgemenges in Tel Aviv, bei dem Teilnehmende versuchten das Entrollen einer palästinensischen Fahne zu verhindern.

Die Erklärung für solche Szenen dürfte auch in der sozialen Zusammensetzung der Protestierenden zu suchen sein. Der Großteil der Leute, die gerade gegen Netanjahu auf die Straße gehen, gehören eher den städtischen Mittelschichten an. Insgesamt scheinen sie vielfach der Vorgängerregierung anzuhängen, die ihnen ein vergleichsweise gutes Leben geboten hatte. Für die dramatische Lage der Arbeiter\*innenklasse, für die weder das aktuelle noch das Vorgängerkabinett etwas übrig hat, haben sie wenig Empfinden. Geschweige denn, dass diese Bewegung den israelischen Arbeiter\*innen – ob nun arabisch oder jüdisch – ein Kampfprogramm zu Verbesserung ihrer Situation anzubieten hätte.

Hierin besteht der Hauptmangel der gesamten Bewegung: Es fehlt ein Programm und eine wirklich unabhängige politische Kraft, die eine Alternative zum israelischen Kapitalismus zu bieten hätte.

## **Wie können die Proteste siegen?**

So ziemlich jede Frage, die sich in Israel stellt, ist verbunden mit der Frage der Besetzung der palästinensischen Gebiete. Bei allgemeinen Protesten gegen die israelische Regierung gilt dies umso mehr.

Nur dann, wenn jüdische und arabische Massen ihre gemeinsamen Interessen verstehen, werden sie siegreich sein. Dafür muss es gemeinsame Kampagnen für sozialen Wohnungsbau in öffentlicher Hand geben. Ebenso muss der Wohnungsbau auch in den palästinensischen Gebieten ausgeweitet werden.

Der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kann nur dann erfolgreich sein, wenn jüdische und arabische Israelis ihn gemeinsam führen und zugleich den Schulterschluss mit den Palästinenser\*innen suchen. Dafür müssen kämpferische, antikapitalistische, demokratische und multiethnische Gewerkschaftsorganisationen geschaffen werden.

Nur dann wird es möglich sein, den Kampf in die Betriebe, an den Arbeitsplatz zu tragen, gemeinsam zu streiken und die Profite der israelischen Kapitalist\*innen anzugreifen, um Netanjahu und Ben-Gvir zu Fall zu bringen.

Für all das benötigen die Arbeiter\*innen und Armen in Israel und Palästina eine sozialistische Massenpartei, die den Kapitalismus abschaffen und eine sozialistische Zukunft erkämpfen will und weder mit den Herrschenden in Israel, noch mit Hamas oder Fatah zusammenarbeiten wird.

Eine Lösung für die Massen der Region kann nur gefunden werden, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegenseitig anerkannt wird und ein unabhängiges, sozialistisches Palästina neben einem sozialistischen Israel existieren kann, mit einer gemeinsam verwalteten Hauptstadt Jerusalem. Die Lösung für die Massen in Nahost wird sozialistisch sein oder sie wird keine wirkliche Lösung sein.

# Siedler-Randale gegen Palästinenser\*innen

(09. März 2023)

## Vereinigter Kampf der Arbeiter\*innenklasse notwendig

In der Nacht des 26. Februar randalierten 400 israelische Siedler in der palästinensischen Stadt Hawara im Westjordanland, fackelten Häuser und Autos ab, töteten eine palästinensische Person und verletzten 280 weitere. Die Siedler durften mehrere Stunden lang randalieren bis sie von der israelischen Armee geräumt wurden. Nur acht Randalierer wurden kurzzeitig festgenommen und dann ohne Anklage entlassen.

*von Amnon Cohen*

Dieses Pogrom wurde organisiert, um die Ermordung von zwei Siedlern zu rächen, die früher an diesem Tag erschossen wurden, als sie durch die Stadt fuhren. Die Wut der Siedler wurde jedoch verschärft durch die Vereinbarung der Netanjahu-Regierung, den Siedlungsausbau für vier Monate auszusetzen, welche bei dem Gipfeltreffen in Akaba getroffen wurde auf Druck des US-Kapitalismus, der die Spannungen im Interesse seiner eigenen strategischen Interessen deeskalieren wollte.

Zvika Fogel, Mitglied der Koalition Netanjahus und Vorsitzender des nationalen Sicherheitsausschusses der Knesset, sagte: "Ich will, dass Hawara stillgelegt und verbrannt wird, das ist der einzige Weg, um Abschreckung zu bewirken." Auch der stellvertretende Bürgermeister des Regionalrats von Samaria (der nur Siedler\*innen vertritt) forderte in einem Tweet, dass Hawara von der Landkarte getilgt werden solle: "Kein Gerede mehr über die Einstellung des Siedlungsaubaus. Wir müssen die Abschreckung sofort erwidern, ohne Gnade", sagte er. Sein Tweet wurde von Finanzminister Bezalel Smotrich "geliked" – der auch als stellvertretender Verteidigungsminister dient und speziell für das Westjordanland zuständig ist.

## Ultra-Nationalist\*innen

Smotrich vertritt ebenso wie der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, den politischen Flügel der ultranationalistischen Siedler\*innenbewegung, die das Pogrom in Hawara durchgeführt hat. Diese semifaschistischen Siedler\*innengruppen wurden fortlaufend von aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen bewaffnet und gefördert als bewaffnete Hilfstruppen, die die Palästinenser\*innen terrorisieren und unterwerfen können, indem sie eklatant illegale Repressionsmaßnahmen – Morde, Landnahme usw. – durchführen, ohne dass der israelische Staat an diesen Aktionen direkt beteiligt ist.

Mitglieder solcher Gruppen haben bereits 1994 das Massaker in der Ibrahimi-Moschee verübt und im darauffolgenden Jahr den israelischen Premierminister Rabin ermordet. Der Zerfall der Unterstützung für die traditionellen kapitalistischen Parteien, zusammen mit zunehmender Polarisierung, hat ein Vakuum geschaffen, in dem diese Elemente nun vierzehn Sitze in der Knesset (israelisches Parlament) errungen haben.

Netanjahu ist für den Fortbestand seiner Koalition auf sie angewiesen. Andererseits will er die Kapitalist\*innenklasse, die sich gegen ihn mobilisiert, nicht vergrämen. Sie befürchten zu Recht, dass Netanjahus Regierung die israelische und die palästinensische Gesellschaft provozieren und in den Abgrund eines bewaffneten Konflikts stürzen wird, der die Profite der Kapitalist\*innen untergraben und ihre Investitionen zunichte machen wird. So wird Netanjahu in entgegengesetzte Richtungen gezogen und zu einem Zick-Zack-Kurs gezwungen. Stunden nach der Verkündung des Gipfels von Akaba brach Netanjahu die Vereinbarung und kündigte an, dass der Siedlungsausbau nicht eingestellt werden würde.

Die Kapitalist\*innen haben Milliarden von Schekel ins Ausland umgeleitet, wodurch der Wert der Währung auf den niedrigsten Stand seit drei Jahren gefallen ist. Sie drohen mit umfangreichem Investitionsabbau. Zehn Tech-Unternehmen mit einem Wert von über 1 Milliarde Dollar planen, ihre Betriebe ins Ausland zu verlagern.

Teile des israelischen Staates stellen sich gegen die Regierung Netanjahus. Der Kommandant der israelischen Polizei in Jerusalem verweigerte Ben-Gvir den Befehl, den Abriss palästinensischer Häuser in Ostjerusalem zu beschleunigen. Eine Reihe ehemaliger Gouverneure der israelischen Zentralbank haben in einem offenen Brief erklärt, dass die "Reformen" der Regierung die Wirtschaft in den Abgrund reißen werden.

Kürzlich behauptete Netanjahus Sohn in einem Tweet, dass der Shabak – der berüchtigte israelische Geheimdienst, der für die Folter von Gefangenen und brutale Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Palästinenser\*innen bekannt ist – einen Putsch gegen seinen Vater plane. Er sagte, dass die Leiter des Geheimdienstes vor Gericht gestellt und für viele Jahre ins Gefängnis geworfen werden sollten. Dieses Tweet wurde schnell wieder gelöscht, aber es offenbart die Spaltung und den Aufruhr innerhalb der herrschenden israelischen Kapitalist\*innenklasse.

Das Pogrom in Hawara zeigt, dass weder die israelische Armee noch die Palästinensische Autonomiebehörde die Palästinenser\*innen vor den Randalen der Siedler schützen können. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ist durch jahrzehntelange Inhaftierung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung, oft auf Geheiß des israelischen Geheimdienstes, geschwächt.

Die PA hat die Kontrolle über die nördlichen Städte Jenin und Nablus verloren, wo sie von der lokalen bewaffneten Miliz der "Höhle der Löwen" verdrängt wurde. Die neue ultrarechte israelische Regierung untergräbt die PA noch weiter, indem sie ihr die Geldmittel entzieht, Zahlungen an sie zurückhält und sie mit Verachtung behandelt. Die Eiferer in der israelischen Regierung sind dabei, den prekär konstruierten Apparat zu zerstören, mit dem die israelischen Regierungen bisher das Westjordanland kontrolliert haben.

Das israelische Militär ist vor kurzem in die Hochburg der "Höhle der Löwen" in Nablus eingebrochen. Dabei wurden elf Palästinenser, darunter vier Zivilisten, getötet und über einhundert verletzt. Die Höhle der Löwen hat durch ihren Mut, sich dem israelischen Militär entgegenzustellen, die Unterstützung der Palästinenser\*innen gewonnen.

Sie hat Angriffe gegen Siedler\*innen und das Militär verübt, aber das Pogrom zeigt, dass sie keine Strategie zur Verteidigung der palästinensischen Bevölkerung hat. Letztlich können sich die palästinensischen Massen nur durch die eigene massenhafte Mobilisierung selbst verteidigen, indem sie die demokratischen Traditionen der ersten Intifada wiederbeleben, aber ausgerüstet mit einem sozialistischen Programm, einschließlich eines Klassenappells an die israelische Arbeiterklasse, und mit bewaffneter Selbstverteidigung unter der demokratischen Kontrolle der Masse der Bevölkerung.

## Die israelische Gesellschaft in der Krise

Die israelische Gesellschaft ist von einer Krise erschüttert. Zehn- und mittlerweile Hunderttausende von Israelis demonstrieren jede Woche gegen die Zerstückelung des Obersten Gerichts durch die Regierung. Aber was die Massen auf die Straße treibt, sind nicht verfassungsrechtliche Einzelheiten, sondern der Widerstand gegen das, was sie befürchten, nämlich die Verwandlung Israels in eine despotische theokratische Diktatur und gegen eine Regierung von Fanatiker\*innen, die einen Bürgerkrieg zu provozieren drohen, der die Gesellschaft verschlingen wird.

Doch die Protestbewegung ist klassenübergreifend. Sie wird von kapitalistischen Politiker\*innen wie Jair Lapid und Armeegenerälen wie Bugi Yaalon angeführt, die für die jahrzehntelange brutale Repression gegen die Palästinenser verantwortlich sind. Die Regierung von Jair Lapid, der bis Dezember 2022 als israelischer Ministerpräsident diente, hatte keine Lösung für den Konflikt. Sie setzte die Unterdrückung der Palästinenser\*innen fort und gleichzeitig schaffte es nicht, das Problem der steigenden Lebenshaltungskosten der israelischen Arbeiter\*innen zu lösen. Da es nicht in der Lage war, diese Probleme zu lösen, brach die Lapid-Regierung nach nur 18 Monaten zusammen und ebnete den Weg für die derzeitige ultrarechte Regierung.

Die Führung von Lapid und den Kapitalist\*innen und ihr Programm, das elitäre und rassistische Oberste Gericht zu verteidigen, ist für die meisten Leute aus der israelischen Arbeiterklasse wenig attraktiv, abgesehen von den Tech-Arbeitern in Tel Aviv, die eine relativ komfortable Existenz genießen. Die Führung der Protestbewegung hat kein anderes Programm als die Rückkehr zum Status quo, der vor dem Januar bestand – Apartheid in den Autonomiegebieten und ein zusammenbrechender Lebensstandard für die Massen in Israel selbst.

Die Führung der Protestbewegung hat sie mit israelischen Flaggen überschwemmt und eine Fabrik zur Herstellung von Zehntausenden von Flaggen eingerichtet. Ihr Ziel ist es, den Patriotismus der Bewegung zu beweisen. Aber das Meer von israelischen Flaggen – das Symbol der israelischen Vorherrschaft und der Unterdrückung der Palästinenser\*innen – schließt die Palästinenser\*innen, die am meisten unter dem Programm der neuen Regierung leiden, praktisch von der Protestbewegung gegen diese Regierung aus. Die Bewegung darf sich nicht den kapitalistischen Politiker\*innen unterwerfen, deren einzige Sorge darin besteht, dass die neue Regierung ihren Profiten schaden wird.

Die israelischen Erzieher\*innen und Grundschullehrer\*innen streiken gegen die Verschlechterung ihres Lebensstandards. Palästinensische Lehrer\*innen im Westjordanland streiken seit drei Wochen, weil die ihnen versprochene Lohnerhöhung von fünfzehn Prozent nicht ausgezahlt wurde.

Das Hawara-Pogrom stellt eine gefährliche Eskalation der Situation dar und beschleunigt den Abstieg in den Abgrund des Bürgerkriegs. Keine der kapitalistischen Kräfte kann diesen Abstieg in ein großes Blutvergießen aufhalten, weil sie selbst die Wurzel des Problems sind. In den palästinensischen und israelischen Gebieten muss die Arbeiter\*innenklasse dringend ihre Autorität in dem Kampf behaupten.

Es bedarf eines Kampfes gegen die Regierung und für den Aufbau einer unabhängigen Partei und Bewegung der Arbeiter\*innenklasse, die sich gegen das kapitalistische israelische Regime stellt. Eine Partei der Arbeiter\*innenklasse, die die Rechte aller Völker in der Region verteidigt, ist unentbehrlich. Das CWI tritt für die demokratischen Rechte der palästinensischen und israelischen Völker ein und stellt sich gegen die Unterdrückung aller Völker.

Wir unterstützen den Kampf gegen die brutale Unterdrückung des palästinensischen Volkes und die Verteidigung seines Rechts auf Selbstbestimmung um einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten, sowie die Verteidigung der Rechte der Völker Israels auf einen eigenen Staat. Um dies zu erreichen, ist ein gemeinsamer Kampf für den Aufbau einer demokratischen, freiwilligen sozialistischen Konföderation in der Region notwendig.

Nur durch einen solchen Kampf kann die sich zunehmend zuspitzende Katastrophe vorgebeugt werden, und nur so können demokratische Rechte und ein menschenwürdiger Lebensstandard für alle Menschen in der Region erreicht werden.

# Generalstreik in Israel

(27. März 2023)

## Gewerkschaftsverband reagiert auf Regierungskrise mit Massenmobilisierung

Die Entlassung des israelischen Verteidigungsministers Yoav Gallant durch Netanjahu am Sonntagabend löste einen spontanen Ausbruch von Protesten aus. 600.000 Menschen strömten auf die Straßen und blockierten Autobahnen mit brennenden Barrikaden. In Jerusalem durchbrachen die Demonstrant\*innen die Absperrungen um Netanjahus Haus.

*von Amnon Cohen*

Während Universitäten, Ärzt\*innen und Schüler\*innen bereits streikten, kündigte Arnon Bar-David, der Generalsekretär der Histadrut, des größten Gewerkschaftsverbands, für Montagmorgen einen Generalstreik an, in Anwesenheit von Bankern und Konzernchefs, die Bar-David mit stehenden Ovationen bedachten. Die öffentlichen Verkehrsmittel wurden vom Generalstreik ausgenommen, damit die Menschen zu den für Montagnachmittag in Jerusalem geplanten Anti-Regierungs-Demonstrationen fahren können.

Es wurde erwartet, dass Netanjahu das Einfrieren seiner umstrittenen Justizreformen ankündigen würde (die es der Regierung ermöglichen würde, den Obersten Gerichtshof mit ihren Anhängern zu besetzen). Diese Ankündigung wurde jedoch verschoben, nachdem seine ultranationalistischen Koalitionsparteien damit gedroht hatten, die Regierung zu stürzen, falls Netanjahu vor den "Anarchisten auf der Straße" kapituliert.

Netanjahu befindet sich im Belagerungszustand, gelähmt durch seine abhängigen ultranationalistischen Koalitionspartner. Er hat versucht, den Protesten zu entkommen, indem er seine Wochenenden mit verschwenderischen und unnötigen Auslandsreisen verbrachte – nach Rom, nach Berlin und letztes Wochenende nach London. Aber an jedem Reiseziel wurde er von Hunderten von Israelis und Mitgliedern der örtlichen jüdischen Gemeinden bei Demonstrationen gejagt.

Die Forderungen des Histadrut-Generalstreiks sind unklar. Bar David forderte, dass die Gesetzesreformen eingefroren und die Entlassung von Gallant rückgängig gemacht werden. Der Aufruhr in der Gesellschaft wird jedoch weder durch das Einfrieren der Justizreform noch durch eine Ministerernennung gelöst werden.

Die Regierung Netanjahu behauptet, sie sei erst vor wenigen Monaten demokratisch gewählt worden. Aber sie hat jede Legitimität verloren. Die Hunderttausenden auf der Straße, die gegen die Regierung protestieren, sind der wahre Ausdruck der Demokratie, während die Anhänger der Regierung nur ein paar hundert Siedler für das Hawrwa-Pogrom mobilisieren konnten.

Es ist notwendig, die kapitalistische Regierung der ultranationalistischen Siedler-Eiferer zu stürzen. Doch die Erfahrungen der nach fünf Wahlen seit 2019 gebildeten Regierungen zeigen, dass die kapitalistischen Politiker\*innen nicht in der Lage sind, eine stabile Regierung zu bilden, die die Krise in der Gesellschaft bewältigen kann. Keine der kapitalistischen Parteien, die in der Knesset

sitzen, kann die Krise der israelischen Gesellschaft lösen – sie sind alle Teil des Problems. Jetzt besteht die Chance, die in der Bevölkerung existierende Unterstützung von Populist\*innen wie Netanjahu, der extremen Rechten und den Ultranationalist\*innen zu untergraben, indem man ihnen eine echte Alternative bietet.

Reporter\*innen, die über die Ankündigung des Histadrut berichten, sagen, dass dies eine Kraft ist, der keine Regierung sich widersetzen kann. Der Generalstreik wird die Regierung dazu zwingen, die Gesetzesreform zu verschieben. Aber solange diese Regierung an der Macht bleibt, wird sie zu Angriffen zurückkehren, sobald die Proteste nachlassen. Die Erfahrung der vorherigen Lapid-Bennett-Regierung zeigt jedoch, dass eine andere Konstellation von kapitalistischen Politikern oder eine Regierung der nationalen Einheit die Krise der Gesellschaft nicht lösen wird. Natürlich wollen viele israelische Kapitalist\*innen eine andere Regierung, eine, die ihren Interessen besser dient. Aber Arbeiter\*innenorganisationen wie die Histadrut, andere Gewerkschaften und Volksvertretungen sollten eine Arbeiter\*innenregierung bilden, die nicht aus faulen MKs (Abgeordneten) besteht, sondern sich auf gewählte Vertreter von jedem Arbeitsplatz, jeder Schule, jeder Gemeinschaft – religiös und säkular, jüdisch und arabisch – stützt. Eine solche Regierung muss die Unterdrückung der Palästinenser\*innen und die Angriffe auf die Arbeiter\*innenklasse beenden und die nationalen und demokratischen Rechte von Palästinenser\*innen und Israelis verteidigen. Sie muss den gesellschaftlichen Reichtum verstaatlichen und so organisieren, dass er ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht, und gleichzeitig die Grundlage dafür bilden, dass sich die palästinensischen und israelischen arbeitenden Bevölkerung auf eine sozialistische Lösung des nationalen Konflikts einigen können, der die Region seit Jahrzehnten beherrscht. Dies ist der einzige Weg aus der Krise.



# Israel: Historische Krise erschüttert die Gesellschaft

(11. Mai 2023)

## Wie weiter für die Massenproteste gegen die Regierung?

*Wöchentliche Massenproteste in Tel Aviv, Siedler\*innengewalt im Westjordanland und zunehmende staatliche Repressionen gegen Palästinenser\*innen – Amon Cohen analysiert eine noch nie dagewesene Krise für die israelische herrschende Klasse.*

von Amnon Cohen

Am Sonntag, den 26. Februar, randalierten Hunderte ultrarechter israelischer Siedler\*innen in der Stadt Hawarwa im Westjordanland, fackelten Häuser und Autos ab und töteten einen Palästinenser – ein Vorgang, den die israelische Presse zu Recht als Pogrom bezeichnet hat.

Zehntausende Israelis demonstrieren jede Woche gegen die neue ultrarechte israelische Regierung und ihre “Justizreformen”. Premierminister Benjamin Netanjahu hat die pro-demokratischen Demonstranten als “Anarchist\*innen” bezeichnet. Die Polizei hat mit berittener Polizei, Wasserwerfern und Blendgranaten sowie mit Verhaftungen versucht, die Demonstrant\*innen einzuschüchtern, damit sie zu Hause bleiben. Doch die Zahl der Protestteilnehmer\*innen ist weiter gestiegen: Am 11. März kamen 200.000 Menschen – einer der größten Proteste in der Geschichte Israels. Und obwohl Netanjahu eine knappe Mehrheit in der Knesset (israelisches Parlament) hat, zeigen Umfragen, dass nur 35 % der Öffentlichkeit seine “Reformen” unterstützen.

Viele Persönlichkeiten des israelischen Establishments haben sich den Demonstrationen angeschlossen oder führen sie an, darunter kapitalistische Politiker\*innen, Wirtschaftswissenschaftler\*innen, Vorstandsvorsitzende von Hightech-Unternehmen, Generäle im Ruhestand und ehemalige Geheimdienstchefs. Israelische Unternehmen verlagern ihr Bargeld ins Ausland, was zu einem Wertverlust des Schekels führt, und mehrere milliardenschwere Technologieunternehmen planen, ihre Aktivitäten ins Ausland zu verlagern. Ehemalige Premierminister und Generäle haben zu zivilem Ungehorsam aufgerufen. Pilot\*innen und Reservist\*innen der Geheimdienst- und Spezialeinheiten haben damit gedroht, den Dienst in der Armee zu verweigern, wenn die Reformen der Regierung umgesetzt werden. Diese beispiellose Krise hat viele Linke und auch die Medien überrascht, die Israel als einen homogenen Block betrachtet und die enormen Widersprüche in der israelischen Gesellschaft bislang ignoriert haben.

Die israelische Kapitalistenklasse hat die Kontrolle über die Situation verloren. Ihre traditionelle Regierungspartei, die falsch benannte Israelische Arbeitspartei, welche die israelische Politik jahrzehntelang dominierte, ist auf ein Rumpfdasein reduziert worden und wurde bei den Wahlen 2022 fast komplett aus dem Parlament entfernt. Die Israelische Arbeitspartei verlor erstmals 1977 die Macht, aber eine Hauptursache für ihren Niedergang waren die von Schimon Peres in den 1980er Jahren eingeführten neoliberalen Wirtschaftsreformen, die das zuvor bestehende relativ egalitäre sozialdemokratische Regime beendeten. In einem Prozess, der mit dem Niedergang der PASOK in Griechenland und der Sozialistischen Partei in Frankreich vergleichbar ist, wurde

dadurch die wirtschaftliche Grundlage für die Unterstützung der Partei in der Bevölkerung untergraben.

Um ein zuverlässiges Instrument für ihre Herrschaft zu schaffen, versuchten die Kapitalist\*innen daraufhin, eine Reihe von “Zentrumsparteien” zu gründen, die in der Regel von einzelnen Prominent\*innen (sog. “weißen Rittern”) ohne politische Erfahrung geführt wurden – meist ehemalige Generäle oder Medienpersönlichkeiten, die noch keine Gelegenheit gehabt hatten, sich zu diskreditieren. Dazu gehörten die Zentrumspartei, New Way, Kadima, One Israel, Kahol Lavan und Yesh Atid. Diese Parteien vertraten allesamt die Interessen der Kapitalist\*innen und boten den gewöhnlichen israelischen Arbeiter\*innen nichts; alle diskreditierten sich schnell.

Hingegen ist Likud eine rechtspopulistische Partei, in der zuerst Menachem Begin und jetzt Netanjahu eine ähnliche Rolle spielen wie Donald Trump in den USA, Jair Bolsonaro in Brasilien und Recep Tayyip Erdogan in der Türkei; sie lenken die Wut einiger der am meisten unterdrückten Teile der Arbeiter\*innenklasse – der Mizrachi-Jüd\*innen – gegen die “aschkenasische Elite”. Die Aschkenasen – aus Europa eingewanderte Jüd\*innen – bilden den Großteil der israelischen Mittelschicht und der Kapitalist\*innen, während die Mizrachi-Jüd\*innen – deren Vorfahren aus dem Nahen Osten und Nordafrika eingewandert sind und die unter den aufeinanderfolgenden Labour-Regierungen rassistisch behandelt wurden – einen großen Teil der Arbeiter\*innenklasse bilden. Der Einsatz dieser Methoden der Identitätspolitik dient dazu, die berechtigte Wut von Teilen der Arbeiter\*innenklasse in die Unterstützung der prokapitalistischen Likud-Partei umzuleiten. In einer Situation permanenter Kriegsführung bedient sich Netanjahu auch einer Rhetorik gegen Araber\*innen, Palästinenser\*innen und Iraner\*innen, um Unterstützung zu gewinnen. Diese Rhetorik findet in der israelischen Gesellschaft aufgrund der Intensität des nationalen Konflikts und des Versagens der so genannten Linken, eine Alternative anzubieten, durchaus Anklang.

## **Die Osloer Verträge**

1993 unterzeichnete der Labour-Premierminister Yizhak Rabin mit Yassir Arafat, dem Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die Osloer Abkommen – ein Friedensvertrag, der den Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser\*innen beenden sollte. Das CWI war fast allein auf der Linken, als es sich der resultierenden Euphoriewelle widersetzte, die damals sowohl die israelische als auch die palästinensische Gesellschaft überrollte; wir erklärten, dass dieses Abkommen keine Lösungen für die dem Konflikt zugrundeliegenden Schlüsselfragen biete und, da es auf dem kapitalistischen System beruhe, den Palästinenser\*innen weder Freiheit noch ein menschenwürdiges Leben bringe und daher scheitern werde. Leider haben die Ereignisse die Analyse des CWI bestätigt. Mit den Osloer Abkommen wurde kein palästinensischer Staat geschaffen, sondern nur sogenannte “Buntestans” – hauptsächlich unverbundene Enklaven – mit einer Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die in einigen Gebieten 14 Sicherheitsorgane unterhält, die der Unterdrückung der Palästinenser\*innen dienen und letztlich vom israelischen Staat kontrolliert werden. Die palästinensischen Sicherheitskräfte beschäftigen rund 30.000 Personen. Keiner von ihnen versuchte, während der fünf Stunden, in denen 400 Siedler\*innen ihr Pogrom in Hawarwa durchführten, einzugreifen. Dies verdeutlicht die schändliche Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde, welche zu einem Absturz der regierende Fatah-Partei in der Wählergunst und zum Aufstieg der Hamas geführt hat, die die letzten Parlamentswahlen 2006 gewann und seitdem den Gazastreifen regiert.

Das Oslo-Abkommen hat auch den Israelis keinen Frieden gebracht. Hunderte Menschen wurden durch Selbstmordattentate der Hamas und des Islamischen Dschihad getötet, und es kommt immer wieder vor, dass Raketen auf den Süden Israels abgefeuert werden. Vor dem Oslo-Abkommen bestand der Konflikt darin, dass Palästinenser\*innen israelische Soldat\*innen mit Steinen bewarfen und israelische Soldat\*innen mit Knüppeln reagierten, um den Demonstrant\*innen die Knochen zu brechen. Nach Oslo kam es zu Selbstmordattentaten und Raketenangriffen der Hamas sowie zu “Präzisionsbombardements”, gezielten Attentaten und gelegentlichen Tötungen von Palästinenser\*innen durch israelische Streitkräfte, während der Gazastreifen seit 2007 unter Belagerung durch die israelischen Streitkräfte steht und von der Außenwelt komplett abgeriegelt wurde.

Das Scheitern des Oslo-Abkommens hat die Idee einer Verhandlungslösung zwischen den Regierungen in Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde weitestgehend diskreditiert, welche von der so genannten Linken allerdings nach wie vor vertreten wird. Gegen die gescheiterte Politik der Verhandlungen zwischen kapitalistischen Politikern findet die Politik der israelischen Rechten, den Krieg gegen die Palästinenser zu verschärfen, ein Echo bei vielen israelischen Arbeiter\*innen, die die Hoffnung auf eine friedliche Lösung aufgegeben haben und der Meinung sind, dass, wenn ein Krieg geführt werden muss, dieser mit der nötigen Rücksichtslosigkeit geführt werden sollte, um zu gewinnen.

Diese Stimmung wurde durch die Elemente des interkonfessionellen Bürgerkriegs, die sich während des neuerlichen Ausbruchs des Konflikts im Mai 2021 entwickelten, noch verschärft. Dies betraf insbesondere die heruntergekommenen gemischten Arbeiter\*innenstädte in Israel – mit Araber\*innen und Jüd\*innen – wie Lod, Ramle und Jaffa. Inzwischen ist in diesen Städten eine nervöse Ruhe eingetreten, aber der Konflikt könnte jederzeit wieder ausbrechen. Und ohne Aussicht auf eine Einigung hat die “Lösung” durch ethnischen Säuberung – die von ultranationalistischen, halbfaschistischen Gruppen unter der Führung von Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich befürwortet wird – einen Widerhall gefunden, der ihre Randparteien zum drittgrößten Wahlbündnis in der Knesset macht und ihnen als “Zünglein an der Waage” erheblichen Einfluss beschert hat.

Sowohl unter “linken” als auch unter rechten Regierungen hat der israelische Staat zugelassen, dass messianisch-religiöse Siedler\*innen als Hilfstruppe die Palästinenser\*innen im Westjordanland terrorisieren und als Vorhut der israelischen Besatzung fungieren. Diese paramilitärischen Kräfte spielen eine ähnliche Rolle wie der KKK, die Blackshirts und Trumps Capitol-Randalierer\*innen. Sie sind schwer bewaffnet und werden vom Staat finanziert. Die israelische Armee schützt sie weitgehend. Aber als Zivilist\*innen unterstehen sie nicht den Befehlen des israelischen Staates, und so entledigt sich der Staat auf diese Weise der direkten Verantwortung für ihre Handlungen. Angetrieben von einer messianisch-religiösen Ideologie führen sie routinemäßig kleine Pogrome, Schikanen und Sachbeschädigung gegen ihre palästinensischen Nachbar\*innen durch. Und sie verüben regelmäßig so genannte “Preisschild”-Anschläge – Brand- und Mordanschläge, die als Racheakt für Terroranschläge dienen sollen, teilweise sogar gegen Regierungsentscheidungen, die als zu milde gegenüber den Palästinenser\*innen betrachtet werden. Sie besetzen illegal Bergkuppen und errichten Außenposten, die dann oft von der israelischen Armee verteidigt werden, und viele von ihnen werden schließlich zu Siedlungen ausgebaut.

Der Pogrom in Hawarwa veranschaulicht die Methoden dieser Siedler\*innen. Die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) erlaubten ihnen, in Hawarwa einzudringen und die Einwohner\*innen fünf Stunden lang zu terrorisieren. Als einige hundert israelische Friedensaktivisten anschließend

versuchten, Hawarwa zu besuchen, um ihre Solidarität mit den Opfern des Pogroms zu bekunden, wurden sie von denselben Streitkräften aufgehalten, festgenommen und misshandelt. Diese halbfaschistischen Elemente sind in der offiziellen israelischen Politik nicht mehr wegzudenken. Ben Gvir ist Minister für nationale Sicherheit, und Smotrich ist Finanzminister und stellvertretender Verteidigungsminister mit Zuständigkeit für das Westjordanland.

## **Die herrschende Klasse spaltet sich**

Nachdem die herrschende Klasse Israels die Kontrolle verloren hat, ist sie entsetzt über den Kurs der neuen Regierung. Die Kapitalist\*innen haben sich in der Vergangenheit mit der Unterdrückung der Palästinenser\*innen sehr wohl gefühlt. Einige der berühmten israelischen Tech-Start-ups entstanden durch die Entwicklung technischer Überwachungs- und Unterdrückungsmethoden gegen die Palästinenser\*innen. Aber sie haben Angst, dass die Provokation der Palästinenser\*innen durch die neue Regierung zu einem Neuausbruch des Konflikts führen wird, der ihre Geschäfte stört und den Wert ihrer Investitionen zunichte macht. Viele verlagern ihre Barreserven ins Ausland, stoppen ihre Investitionen in Israel und planen, ihre Geschäfte nach Zypern, Griechenland oder Spanien zu verlagern.

Die Regierung Biden hat versucht, die neue Regierung in die Schranken zu weisen, indem sie Außenminister Anthony Blinken und Bill Burns von der CIA nach Israel schickte. Sie beriefen ein Gipfeltreffen von israelischen, jordanischen und ägyptischen Regierungsvertreter\*innen sowie der Palästinensischen Autonomiebehörde in Akaba ein, um zu versuchen, die Lage zu stabilisieren. Der Gipfel einigte sich auf ein Acht-Punkte-Kommuniqué, in dem sich die Israelis unter anderem verpflichteten, vier Monate lang nicht über neue Siedlungen zu diskutieren. Doch innerhalb weniger Stunden wiesen die ultrarechten Minister die Vereinbarung zurück, und Netanjahu selbst kündigte an, dass es keinen Stopp des Siedlungsbaus geben werde.

Netanjahu ist unglaublicherweise der “gemäßigte” Flügel der neuen Koalition – in vielerlei Hinsicht eine Geisel der halbfaschistischen Elemente, die er selbst gefördert hat. Er befindet sich in der unmöglichen Lage, die Interessen des Kapitalismus mit den ultrarechten Eiferer\*innen in Einklang bringen zu müssen, deren Taten die Region entflammen und die Investitionen der Kapitalist\*innen zu zerstören drohen. Er und seine Familie verlieren zunehmend die Nerven. Netanjahus Sohn twitterte, dass der Sicherheitsdienst Shin Bet einen Staatsstreich gegen seinen Vater plane und dass seine Leiter\*innen vor Gericht gestellt und für viele Jahre ins Gefängnis gesteckt werden sollten. Netanjahus Frau behauptete, sie hätte von Demonstrant\*innen gelyncht werden können, die sich vor einem Salon in einem schicken Viertel von Tel Aviv versammelt hatten, wo sie sich die Haare machen ließ – auf öffentliche Kosten. Ein großes Aufgebot an Bereitschaftspolizei ‘rettete’ sie.

Jüdische Vereine in der ganzen Welt fungieren traditionell als israelischer Fanclub und PR-Maschine. Im Jahr 2018 wurden in Großbritannien offizielle jüdische Vereine gegen den damaligen Vorsitzenden der Labour Party, Jeremy Corbyn, mobilisiert. Doch die neue israelische Regierung hat dieses Bündnis geknackt. Der britische Historiker Simon Schama hat die britischen Jüd\*innen aufgerufen, Israels “erschreckenden” Rechtsruck zu bekämpfen. Das britische Board of Deputies verurteilte Smotrich für seine Forderung nach der Auslöschung Hawarwas. Die jüdische Gemeinde in den USA ist noch weiter gegangen: Die Organisation T’ruah, die 2.300 Rabbiner vertritt, forderte das US-Außenministerium auf, Smotrichs Visum aufzuheben und ihm die Einreise in die USA zu verweigern.

## Kapitalistischer Staat

Die Protestbewegung ist die größte seit der Protestbewegung in Israel im Jahr 2011. Aber sie hat einen klassenübergreifenden Charakter. Die bei weitem größten Demonstrationen fanden in der überwiegend von der Mittelschicht geprägten Wirtschaftsmetropole Tel Aviv statt, wo Facharbeiter\*innen aus dem Technologiesektor bei den Demonstrationen eine führende Rolle spielen. Das kapitalistische Establishment Israels hat die Führung an sich gerissen. Yair Lapid ist einer der wichtigsten Anführer. Seine Regierung tötete 2022 mehr Palästinenser\*innen im Westjordanland als in jedem Jahr des vorangegangenen Jahrzehnts. Die Regierung überlebte nur 18 Monate, weil sie keinen Ausweg aus dem nationalen Konflikt oder der Krise der Lebenshaltungskosten fand, mit der einfache Israelis konfrontiert sind.

Diese Vertreter\*innen des Establishments beschränken ihre Forderungen darauf, die "Justizreform" der Regierung zu stoppen, durch die der Oberste Gerichtshof entmachtet und der Regierung untergeordnet werden soll. Die Kapitalist\*innen betrachten den Obersten Gerichtshof als eine wichtige Kontrollinstanz, mit der die Exzesse der Regierung eingedämmt und sie davon abgehalten werden kann, gefährliche Maßnahmen gegen die Interessen der Kapitalist\*innen zu ergreifen. Die Oberste Richterin am Obersten Gerichtshof, Esther Hayut, sagte, die Gesetzesreformen seien ein "tödlicher Schlag" für die israelische Demokratie, da sie die Rechtsstaatlichkeit und den gesetzlichen Schutz der individuellen Freiheiten auslöschen.

Aber in Israel, wie auch anderswo, ist der Oberste Gerichtshof ein Instrument des kapitalistischen Staates. Er fungiert als Sicherheitsventil, indem er Konflikte in die sichere Abschirmung seiner Gerichtssäle lenkt, aber letztlich im Interesse der Kapitalist\*innenklasse handelt, indem er palästinensische Hauszerstörungen, Internierungen ohne Gerichtsverfahren, Kollektivstrafen, Landkonfiszierungen, gezielte Ermordungen und alle Merkmale der Apartheid im Westjordanland rechtlich absegnet. Die Gerichte verbieten regelmäßig Streiks und in einigen Fällen werden Streikführer\*innen inhaftiert. Der Richter am Obersten Gerichtshof, Aharon Barak, sorgte für Empörung unter sephardischen Israelis, nachdem er sich in einem Interview rassistisch über Marokkaner\*innen geäußert hatte. Die Forderung, eine Institution zu verteidigen, die als elitär angesehen wird, wird die israelische Arbeiter\*innenklasse nicht für die Opposition gewinnen. Dazu wäre ein Programm erforderlich, das die demokratische Kontrolle der Justiz durch Gewerkschaften und die Menschen vor Ort mit wirtschaftlichen Forderungen verbindet, die die Interessen der Arbeiter\*innenklasse verteidigen.

Die Hauptparole der Demonstrant\*innen lautet "demokratia". Aber es gibt keine wirkliche Klarheit oder Diskussion darüber, was diese "Demokratie" bedeutet. Für die kapitalistischen Führer\*innen bedeutet sie eine Rückkehr zum Status quo – eine Fortsetzung des Apartheidregimes in den Palästinenser\*innengebieten, eine fortgesetzte Diskriminierung der Palästinenser\*innen in Israel selbst und den anhaltenden Angriff auf die Existenzbedingungen der Arbeiter\*innenklasse in Israel. Marxist\*innen haben stets betont, dass die bürgerliche Demokratie darauf abzielt, der Arbeiter\*innenklasse die Illusion zu geben, dass sie regiert, während die wirklichen Hebel der Macht in den Händen der Kapitalist\*innenklasse liegen – durch kapitalistische Politiker\*innen, den Sicherheitsapparat, den ständigen öffentlichen Dienst, Banker\*innen, Richter\*innen usw. Es gibt verschiedene Formen kapitalistischer Regime, aber die Kapitalist\*innen bevorzugen die bürgerliche Demokratie, da sie die Illusion einer Herrschaft durch Zustimmung vermittelt, die Kosten für die Aufrechterhaltung des Polizeiapparats einspart und als Kontrollmechanismus gegen politische Korruption dient.

In Krisenzeiten jedoch, wenn die Widersprüche der Gesellschaft nicht mehr innerhalb der Grenzen der parlamentarischen Demokratie ausgetragen werden können, werden die Kapitalist\*innen zu einer autoritäreren Form der Herrschaft oder sogar zu einem Polizeistaat übergehen – wie sie es beispielsweise 1973 in Chile taten. Der Kapitalismus befindet sich weltweit in der Krise, was sich in den Versuchen widerspiegelt, demokratische Rechte zurückzudrängen, auch in den entwickelteren kapitalistischen Staaten, wie z.B. durch die in vielen Ländern beschlossenen Gesetze zur Ermächtigung der Polizei, aber auch gezielter Wählerunterdrückung, bis hin zu offenen Versuchen, Wahlergebnisse auszuhebeln. Die Verteidigung demokratischer Rechte, für die Marxist\*innen die besten Kämpfer\*innen sind, kann nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus und von dessen Ersetzung durch eine sozialistische Gesellschaft getrennt werden.

Der israelische Staat ist ein hybrider Staat, in dem für die jüdische Bevölkerung traditionell weitestgehend bürgerlich demokratische Verhältnisse gelten, während den Palästinenser\*innen im Westjordanland ein brutaler Polizeistaat aufgezwungen wird. Die Palästinenser\*innen innerhalb der Grenzen Israels von vor 1967 genießen zwar formal demokratische Rechte, werden aber in fast allen Bereichen ihres Lebens diskriminiert und waren zwischen 1948 und 1966 einer Militärregierung unterworfen. Der israelische Staat hält gleichzeitig Mechanismen eines Polizeistaates in Form der Notstandsverordnungen vor, die aus der britischen Mandatszeit stammen und seither von jeder israelischen Regierung beibehalten wurden. Diese erlauben es dem Staat, Ausgangssperren zu verhängen, militärische Sperrzonen zu erklären und Menschen in Verwaltungshaft zu nehmen (Internierung ohne Gerichtsverfahren).

Ein wesentlicher Schwachpunkt der Protestbewegung ist das Fehlen einer politischen Alternative zu Netanjahu, außer einer Wiederauflage der gescheiterten Lapid-Regierung oder eines ähnlichen Konstrukts, welche ja selber den Weg für die schnelle Rückkehr Netanjahus geebnet hatte. Die massive Protestbewegung zeigt die Grenzen der Macht der von Netanjahu angeführten Reaktion auf. Aber sie muss sich von der Führung durch die Kapitalist\*innen lösen, deren System die israelische Gesellschaft erst in diese Krise gebracht hat. Die Arbeiter\*innenklasse muss ihre Führungsrolle in der Bewegung behaupten. Dies erfordert eine Arbeiter\*innenpartei, welche die Arbeiter\*innen, säkulare und religiöse, jüdische und arabische, vereint und die die Macht der Arbeiter\*innenklasse für ein sozialistisches Programm zur Beendigung der nationalen Unterdrückung und zur Lösung der Krise der Lebenshaltungskosten mobilisiert.

Es ist schwer vorherzusagen, wie sich die aktuelle Krise entwickeln wird. Es ist möglich, dass Netanjahus schwache Koalition unter dem Druck der Bewegung zusammenbricht und dass er gezwungen sein wird, seinen Kurs zu ändern, aus der Regierung entfernt wird oder sogar im Gefängnis landet. Doch all dies wird den Vormarsch des rechten Autoritarismus und die Eskalation des ethnisch-nationalen Konflikts nicht aufhalten. Die Krise der israelischen Gesellschaft ist nicht das Ergebnis der Persönlichkeit Netanjahus. Es handelt sich um eine endemische Krise, die das Ergebnis der Unfähigkeit des Kapitalismus selbst ist, die nationale Frage zu lösen oder einen angemessenen Lebensstandard für mehr als nur einen kleinen Teil der Bevölkerung zu gewährleisten.

# Massenproteste in Israel halten an

(01. Juni 2023)

## Seit 22 Wochen demonstrieren Hunderttausende gegen die Regierung Netanjahu

In Israel gärt es. Die Wahl einer ultranationalistischen Regierung, die die Posten des Finanz- und Sicherheitsministers mit chauvinistischen Siedlern besetzte, die Repressionen gegen Palästinenser\*innen intensiviert und öffentliche Gelder für ultraorthodoxe Parteien abschöpfen will, haben eine „Demokratie“-Bewegung ausgelöst.

*von Amnon Cohen, z.Zt. Tel Aviv*

Höhepunkt war der Generalstreik am 27. März, der einen semi-aufständischen Charakter hatte, mit brennenden Barrikaden auf der Hauptautobahn. Dies zwang Netanjahu, seine Justizreform einzufrieren, mit der er die Justiz der Politik unterwerfen wollte, die Entlassung seines Verteidigungsministers, der die Reform kritisiert hatte, rückgängig zu machen und mit der Opposition zu verhandeln.

Die israelische Justiz mag Regierungen von verrückten Aktionen abhalten; doch sie verteidigt Kapitalinteressen und gibt häufig grünes Licht für Angriffe auf die Rechte der Palästinenser\*innen und der Arbeiter\*innen.

## Pro-kapitalistische Führung

Die Bewegung hat die unglaubliche Macht der Arbeiter\*innenklasse gezeigt. Netanjahu will nun seine Justizreform verwerfen, kann dies aber nicht offen tun, ohne den Zusammenbruch seiner Koalition herbeizuführen.

Die Bewegung ist klassenübergreifend und umfasst auch Teile der Kapitalist\*innenklasse und ihrer politischen Vertreter\*innen. Sie lehnen Netanjahus Regierung ab, weil sie zu Recht befürchten, dass seine provokativen Aktionen die nationalen Spannungen verstärken werden, was die Rentabilität ihrer Investitionen untergraben wird. Diese kapitalistischen Elemente dominieren die Führung des Protests. Sie wollen die Forderungen der Bewegung auf die Abschaffung von Netanjahus Justizreform beschränken.

## Krise des Systems

Der ultra-rechte Charakter der Regierung ist ein Spiegelbild der Krise des israelischen Kapitalismus. Da die Kapitalist\*innen keine ausreichende Basis in der Gesellschaft haben, sind sie gezwungen, die Arbeiter\*innenklasse als Werkzeug im Kampf gegen die Regierung zu benutzen.

Die selbsternannte Führung der Bewegung bietet kein anderes politisches Programm als die Verteidigung des Status quo und die Rückkehr von so etwas wie der vorherigen Regierung von Yair Lapid, die den Konzernen diente und der Arbeiter\*innenklasse nichts bot. Dies ermöglicht es Netanjahu zu behaupten, die Protestbewegung verteidige die Eliten. Auf diese Weise bewahrt er sich die Unterstützung einiger der unterdrückteren Teile der israelischen Gesellschaft.

## **Ausdauernde Bewegung**

In 22 Wochen ist den Protesten nicht die Puste ausgegangen. Auch Verhaftungen und Polizeigewalt haben sie nicht eingeschüchtert, sondern mit 140.000 Teilnehmenden an der Hauptdemonstration in Tel Aviv und kleineren Protesten an 150 anderen Orten wiederbelebt. Die Stimmung auf den Demonstrationen ist zuversichtlich. Die Minister\*innen der israelischen Regierung zeigen zunehmend Anzeichen der Verzweiflung. Sie werden bei öffentlichen Auftritten in Israel und im Ausland von Demonstrierenden verfolgt. Der Vorsitzende des Knesset-Ausschusses für Verfassung, Recht und Justiz, Simcha Rothman, wurde gefilmt, wie er einer Demonstrantin in New York ein Megafon entriss.

## **Programm nötig**

Hunderttausende von Teilnehmenden der „Demokratiebewegung“ haben ein Gefühl für ihre eigene Stärke bekommen. Aber diese sollte genutzt werden, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen und nicht die des Kapitals. Dies erfordert den Aufbau einer neuen Arbeiter\*innenpartei, durch die die Hunderttausenden die demokratische Kontrolle über ihre eigene Bewegung durchsetzen, ihre Führer\*innen wählen und ihre Forderungen, ihre Strategie und Taktik diskutieren und beschließen könnten. Sie wäre in der Lage, die Netanjahu-Regierung zu stürzen und eine Alternative sowohl zu Netanjahu als auch zu den kapitalistischen Oppositionsparteien zu bieten – was das Leben der einfachen Menschen verbessern, die Lebenshaltungskostenkrise lösen und ein Ende der Besatzung auf der Grundlage einer demokratischen Vereinbarung zwischen israelischen und palästinensischen Arbeiter\*innen ermöglichen würde.



# 75. Jahrestag der Nakba

(15. Mai 2023)

## Der Kampf gegen die Unterdrückung der Palästinenser\*innen erfordert sozialistische Lösungen

Der 15. Mai ist der Tag der Nakba, der an die Gründung des israelischen Staates im Jahr 1948 erinnert und auch als „palästinensische Katastrophe“ bekannt ist. Es wird zu diesem Anlass international Proteste geben, auch in London am 13. Mai.

Die 75 Jahre seit der Nakba und der Gründung des israelischen Staates waren für die palästinensischen Massen eine Zeit voller blutiger Konflikte, Unterdrückung, Unsicherheit und Armut.

Das palästinensische Zentralbüro für Statistik schätzt die Zahl der registrierten palästinensischen Flüchtlinge auf 6,4 Millionen.

Bei israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen am 9. Mai wurden 13 Menschen getötet, darunter drei Kinder.

Die Bewohner des Gazastreifens stehen heute unter einer brutalen israelisch-ägyptischen Blockade. Die israelische Regierung – die jetzt, durch die Beteiligung rechtsextremer Parteien, in der aggressivsten Art und Weise gegen die Palästinenser\*innen vorgeht – fördert und genehmigt weiterhin die Ausweitung jüdischer Siedlungen und die Zerstörung palästinensischer Häuser und zersiedelt palästinensisches Land im Westjordanland. Mit nichts als Steinen bewaffnete Teenager werden regelmäßig von den israelischen Streitkräften erschossen. Bei einer Razzia israelischer Truppen in Nablus im Westjordanland im Februar wurden elf Palästinenser\*innen getötet.

Palästinenser\*innen im Westjordanland und in Ostjerusalem sind auch der Gewalt rechtsgerichteter jüdischer Siedler\*innen ausgesetzt. Ein gewalttätiger Ausbruch ereignete sich im Februar mit dem Pogrom in Huwara. Hunderte von Siedler\*innen griffen palästinensische Dörfer an, fackelten Häuser und Schulen ab und erschossen einen Mann.

Der Kreislauf des bewaffneten Konflikts, bei dem der israelische Staat eine überwältigende Übermacht hinsichtlich militärischer Mittel und Munition hat, hat Tausende von Menschenleben gefordert. Der Krieg im Mai 2021 hat 260 Palästinenser\*innen das Leben gekostet.

Die Kräfte des israelischen Staates sind gespalten. Die von Netanjahu geführte Koalitionsregierung taumelt weiter, erschüttert von einer Reihe von Massenprotesten und einem Generalstreik. Sogar Teile des Staatsapparats – Pilot\*innen und Militärreservist\*innen – haben sich geweigert, ihren Pflichten nachzukommen.

Während die kapitalistischen Politiker\*innen an der Spitze dieser Massenbewegung sich auf die Verhinderung von Justizreformen beschränken, gehen die Arbeiter\*innen aus Abscheu vor der reaktionären Regierung auf die Straße und wollen ein Ende der steigenden Lebenshaltungskosten.

Massenproteste und Streiks des palästinensischen Volkes, wie die Demonstrationen und der Generalstreik als Reaktion auf die brutalen Schläge in der Al-Aqsa-Moschee im April, würden die Kräfte, die den israelischen Staat herausfordern können, weiter stärken.

Koordinierte Streik- und Protesttage zwischen der israelischen und der palästinensischen Massenbewegung gegen einen gemeinsamen Feind – den israelischen kapitalistischen Staat – wären von enormer Bedeutung.

Die pro-kapitalistischen palästinensischen Organisationen, einschließlich der Fatah und der Hamas, haben sich als unfähig erwiesen, den Kampf für die Befreiung und ein sicheres und komfortables Leben für die Palästinenser\*innen zu führen.

Die von der Fatah geführte Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ist nutzlos, da sie von den israelischen Streitkräften überstimmt und stark unterdrückt wird, und Millionen von Palästinenser\*innen in den PA-Gebieten leben weiterhin in Armut.

Die Hamas wird mit ihrem bewaffneten Widerstand im Gazastreifen von manchen als entschiedener Verfechter der palästinensischen Rechte angesehen. Doch wahllose Angriffe auf israelische Zivilist\*innen, seien es die Raketen der Hamas und anderer palästinensischer Milizen oder die in Tel Aviv und Jerusalem verübten Autoattentate, bringen den Befreiungskampf nicht voran. Sie sind Ausdruck von Wut, Frustration und dem Wunsch, gegen die Besatzung zu kämpfen, aber sie treiben die israelischen Juden und Jüdinnen der Arbeiter\*innenklasse in die Arme der Reaktion und zur Unterstützung noch größerer Repressionen gegen Palästinenser\*innen.

Sozialist\*innen unterstützen das Recht der Palästinenser\*innen, sich mit Waffengewalt gegen die Besatzung zu verteidigen. Aber dies sollte in Form von demokratisch kontrollierten Massenaktionen mit dem Ziel der Besatzungstruppen und der Infrastruktur geschehen und nicht von kleinen Gruppen oder Parteien, die auf israelische Zivilist\*innen zielen.

Die Entwicklung demokratisch geführter lokaler Komitees zur Organisation von Aktionen und Verteidigung ist eine dringende Aufgabe. Die Verknüpfung dieser Organisationen wäre ein wichtiger Schritt zum Aufbau einer unabhängigen palästinensischen Massenpartei unter Führung der Arbeiter\*innenklasse.

In Israel muss die Arbeiter\*innenklasse ihre Führungsrolle in der regierungsfeindlichen Massenbewegung behaupten und eine politische Alternative zu den pro-kapitalistischen Parteien entwickeln. Der Aufbau einer israelischen Massenpartei der Arbeiter\*innenklasse unabhängig von kapitalistischen Interessen ist notwendig.

Die Osloer Abkommen, mit denen die Palästinensische Autonomiebehörde im Gazastreifen und in Teilen des Westjordanlandes eingerichtet wurde, sind nun 30 Jahre alt. Die anhaltende Ausweitung der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und die Blockade des Gazastreifens unterstreichen das Scheitern dieser Abkommen.

Ein palästinensischer Staat wurde in diesen Abkommen nie in Aussicht gestellt. Aber jede kapitalistische Zwei-Staaten-„Lösung“ – ein palästinensischer und ein israelischer Staat – würde eine Fortsetzung des Konflikts in vielerlei Hinsicht bedeuten, denn der Kapitalismus ist ein krisenhaftes System, das keiner Seite einen angemessenen Lebensstandard sichern kann.

Die Verwirklichung der nationalen Bestrebungen von Palästinenser\*innen und Israelis und die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen auf beiden Seiten erfordert einen Kampf für zwei demokratische, sozialistische Staaten.

Auf der Grundlage des Kapitalismus ist eine friedliche Koexistenz von israelischen Juden und Jüdinnen und Palästinenser\*innen in einem Staat ausgeschlossen. Die kapitalistische herrschende Klasse eines solchen Staates würde den Konflikt durch Diskriminierung und Unterdrückung weiter schüren. Darüber hinaus zielt das aktuelle Bewusstsein auf beiden Seiten auf Verteidigung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung.

Ein koordinierter Kampf der Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten und der israelischen Arbeiter\*innenklasse sowie die Entwicklung demokratischer, von kapitalistischen Interessen unabhängiger Massenorganisationen wären die Grundlage, auf der zwei sozialistische Staaten erreicht und Vereinbarungen über Fragen wie die Aufteilung Jerusalems, den Zugang zu Wasser und anderen Ressourcen, Grenzen, Rechte für Minderheiten usw. getroffen werden könnten.

Ein Ende von 75 Jahren Nakba bedeutet, einen Kampf gegen den Kapitalismus und für einen sozialistischen Wandel in Palästina, Israel, dem Nahen Osten und international zu führen.

*Dies ist eine Übersetzung eines Flugblatts der Socialist Party in England und Wales.*

# Stoppt die Invasion Dschenins durch die israelische Armee!

(04. Juli 2023)

## Für eine neue sozialistische Intifada im Kampf gegen die Besatzung und Unterdrückung

Tausende von israelischen Soldat\*innen, begleitet von Drohnen und gepanzerten Bulldozern, sind in Dschenin eingedrungen, haben zehn Palästinenser\*innen getötet, Dutzende verwundet und Tausende zur Flucht gezwungen. Die so genannten israelischen Verteidigungskräfte (IDF) verhindern, dass Krankenwagen die Verwundeten erreichen, so dass die Opfer verbluten können, bevor sie medizinisch versorgt werden können.

*von Amnon Cohen*

Im gesamten Westjordanland hat es sofort Proteste gegen diese Invasion gegeben, mit einer Demonstration im Flüchtlingslager Dheisheh und einem Generalstreik in Ramallah.

Diese Invasion der Zivilbevölkerung von Dschenin durch eine regionale militärische Supermacht ist die brutalste seit der Schlacht von Dschenin im Jahr 2002, als die Bulldozer der IDF ganze Stadtviertel dem Erdboden gleichmachten. In den vergangenen Jahren ist die Autorität der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zusammengebrochen, die heute von vielen Palästinenser\*innen zu Recht als korruptes Kollaborationsregime angesehen wird, das die Palästinenser im Namen der israelischen Besatzung unterdrückt. Der Zusammenbruch der Autorität der Palästinensischen Autonomiebehörde war in Dschenin und dem benachbarten Nablus am größten, wo die Sicherheitsapparate der Autonomiebehörde die Kontrolle an lokale Milizen verloren haben, die keiner der palästinensischen Fraktionen unterstehen.

Die Politik der israelischen Regierung besteht seit 1993 darin, die Palästinensische Autonomiebehörde als Instrument zur Kontrolle der palästinensischen Gebiete einzusetzen. Aber die verrückten Aktionen der ultranationalistischen Netanjahu-Regierung haben den Zusammenbruch der Palästinensischen Autonomiebehörde beschleunigt, indem sie populistische Verbalattacken gegen ihre Führer starteten, ihr die Mittel entzogen und keine Verhandlungen über einen palästinensischen Staat zuließen. Der anhaltende Zusammenbruch der Palästinensischen Autonomiebehörde und damit auch des Abkommens von Camp David aus dem Jahr 1993 zeigt, dass ein dauerhafter Frieden im Kapitalismus unmöglich ist.

Die Palästinensische Autonomiebehörde hat die UNO aufgefordert, die Resolutionen 2334 und 904 umzusetzen und für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung zu sorgen. Doch die kapitalistisch dominierten Vereinten Nationen haben immer wieder gezeigt, dass sie unschuldige Zivilist\*innen weder in Palästina noch anderswo schützen werden. Ebenso hat die Palästinensische Autonomiebehörde, obwohl sie über ein Dutzend bewaffnete Sicherheitskräfte verfügt, versagt, wenn es darum geht, Zivilist\*innen vor IDF-Übergriffen oder Siedlerpogromen zu schützen. Die palästinensischen Massen werden weder von der UNO noch von der PA geschützt werden. Sie können nur durch den Kampf der palästinensischen Massen selbst geschützt werden. Eine neue

sozialistische Intifada, mit einer Massenmobilisierung der gesamten Bevölkerung nach dem Vorbild der ersten Intifada, ist notwendig.

Während die israelische Regierung in Dschenin einmarschiert, befindet sie sich auch mit ihren eigenen Bürger\*innen im Krieg. Die israelische Polizei hat gestern 51 Anti-Netanjahu-Demonstranten festgenommen, während Tausende auf Israels wichtigstem Flughafen demonstrierten. Seit 26 Wochen finden Massendemonstrationen, oft mit über 100.000 Teilnehmer\*innen, gegen Netanjahus Justizreformen statt, und ein Generalstreik im März zwang Netanjahu, seine Reformen einzufrieren. Netanjahu hat diese Demonstranten als "Terroristen und Anarchisten" verurteilt und lehrt immer mehr, dass ihr Feind nicht die Palästinenser, sondern ihre eigene Regierung ist. Skandalöserweise haben die selbst ernannten Anführer\*innen der Demonstrationen Netanjahus brutale Militäroperation in Dschenin vorschnell unterstützt. Aber eine beträchtliche Minderheit der Demonstrant\*innen trägt T-Shirts mit dem Slogan: "Es gibt keine Demokratie mit der Besatzung". In Wirklichkeit bedeutet der Kapitalismus endlosen Krieg und Angriffe auf demokratische Rechte.

Israel und Palästina brauchen dringend neue Arbeiter\*innenparteien mit einem sozialistischen Programm, das die Opposition gegen Netanjahu verbinden kann, ob in Dschenin oder in Tel Aviv. Dieses Programm würde Folgendes beinhalten:

- Sofortiger Rückzug der IDF aus dem Westjordanland, Beendigung der Belagerung des Gazastreifens
- Mobilisierung der palästinensischen Massen für eine neue sozialistische Intifada
- Ausweitung der Proteste der Demokratiebewegung. Stürzt Netanjahu!
- Für neue Arbeiter\*innenparteien in Israel und Palästina, die den Volkskampf anführen
- Kämpft für den Sozialismus. Beendet die Besatzung. Für eine Lösung, auf die sich die israelische und palästinensische Arbeiter\*innenklasse einigt, die die demokratischen und nationalen Rechte aller garantiert und die Armut und alle Formen der Unterdrückung beendet

# Israel-Palästina: Dreißig Jahre nach dem Osloer Abkommen

(08. Oktober 2023)

## Wird es jemals einen palästinensischen Staat geben?

*Vorbemerkung: Im Folgenden spiegeln wir einen ausführlichen Artikel von Judy Beishon, der sich mit dem Konflikt zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten befasst und für eine sozialistische Lösung plädiert. Der Artikel wurde fertig gestellt, bevor der Krieg zwischen Israel und der Hamas neu entfachte. Inzwischen erklärte der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu, dass Israel sich im "Krieg befinde". Zuvor feuerte die Hamas hunderte Raketen über die Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel und Hamas-Kämpfer\*innen drangen nach Israel ein und töteten hunderte israelische Zivilist\*innen. Dies alles geschieht nach 18 Monaten wachsender Spannungen und Gewaltausbrüchen sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland. Nach Angaben der UNO haben die israelischen Streitkräfte in diesem Jahr bis zu diesem Samstag 212 Palästinenser\*innen getötet, dreißig Israelis wurden getötet.*

*Nach dem Angriff der Hamas folgt nun einer der heftigsten Racheakte des israelischen Militärs in der jüngeren Geschichte des Konflikts. Stündlich steigen die Opfermeldungen auf beiden Seiten, wobei auszugehen ist, dass die meisten Opfer palästinensische Zivilist\*innen sein werden, die kein Entkommen finden vor den israelischen Bomben. Auf israelischer Seite hat der Krieg zumindest vorübergehend zu einer Stimmung der nationalen Einheit geführt. Israelische Reservist\*innen, die im Zuge der vergangenen Massenproteste gegen die Justizreform ankündigten ihren Dienst zu verweigern, haben diese Entscheidung nun zurückgenommen. Klar ist, dass die Ausmaße dieses Krieges tiefgreifende Folgen für die Region, aber auch die Weltlage haben werden. Umso wichtiger bleibt die Analyse des unten aufgeführten Artikels. Unter kapitalistischen Rahmenbedingungen wird es kein Ende des Sterbens auf beiden Seiten und der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung geben. Nur der unabhängige Kampf der Arbeiter\*innenklasse für eine sozialistische Zukunft kann das notwendige Bewusstsein und die Grundlage schaffen, diesen Konflikt zu beenden. In den kommenden Tagen werden weitere Analysen und Artikel folgen.*

Die Humangeographie Israels und Palästinas war bislang alles andere als statisch. Die von den verschiedenen israelischen Regierungen vorangetriebenen "Fakten vor Ort" haben die Landschaft des Westjordanlandes und Ostjerusalems seit dem Sieg Israels im Krieg von 1967 immer wieder verändert. Jüdische Siedlungen wurden in ihrer Größe und Anzahl erweitert und umfassen nun rund 500.000 Siedler im Westjordanland und 230.000 in Ostjerusalem.

*von Judy Beishon, Komitee für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI)*

Die palästinensischen Gebiete werden unterdessen in immer mehr von Armut geprägten Enklaven zerstückelt, einschließlich des Gazastreifens, der sowohl von Israel als auch von Ägypten weitgehend blockiert wird. Die Bevölkerung leidet unter Landenteignungen, der Zerstörung von Häusern, Bewegungseinschränkungen und brutaler Unterdrückung. Seit dem Jahr 2000 wurden mehr als 10.700 Palästinenser\*innen in dem Konflikt getötet, viele von ihnen bei den vier

israelischen Militärangriffen auf den Gazastreifen seit 2008. In diesem Jahr haben die Palästinenser\*innen im Westjordanland bisher die meisten Todesopfer zu beklagen – seit die Vereinten Nationen im Jahr 2005 mit der Aufzeichnung begonnen haben. Sie sind nicht nur Opfer regelmäßiger Razzien und Tötungen durch das israelische Militär – einschließlich eines blutigen Angriffs auf Dschenin im Juli –, sondern auch von zunehmend grausamer, kommunaler Gewalt durch rechtsgerichtete ultranationalistische jüdische Siedler\*innen.

Vor dreißig Jahren, als 1993 das Osloer Abkommen unterzeichnet wurde, hofften beide Seiten auf Fortschritte auf dem Weg zu einem palästinensischen Staat an der Seite Israels. Damals warnte das CWI, dass diese Hoffnungen enttäuscht werden würden, und wir schrieben: “Dieses Abkommen, obwohl es den Palästinenser\*innen ein Minimum an Zugeständnissen gemacht hat, wird auf längere Sicht scheitern. Der Kapitalismus ist nach wie vor nicht in der Lage, auf die Wünsche der Palästinenser\*innen einzugehen.” Für die herrschende Klasse Israels war das Abkommen ein Versuch, einen Schlussstrich unter die erste Intifada (Name für die palästinensische Aufstände, arabisch für “sich erheben”) zu ziehen und vorübergehend eine gewisse Stabilität wiederzuerlangen. Sie war nicht bereit, der Schaffung eines benachbarten palästinensischen Staates zuzustimmen, der im Rahmen des Kapitalismus jederzeit versuchen könnte, das 1947-49 und 1967 vom israelischen Staat eroberte Land zurückzuerobern.

Seit Oslo hat sich die Zahl der jüdischen Siedler\*innen, gefördert durch staatliche Gelder, mehr als verdreifacht, zum Teil mit dem Ziel, einen palästinensischen Staat unerreichbar zu machen, und zwar in einem Maße, dass viele Kommentator\*innen in der Region und auf internationaler Ebene die Idee eines Staates inzwischen ganz abgeschrieben haben. So schrieb Tareq Baoni, Präsident eines palästinensischen Politiknetzwerks, im Juli in der New York Times rückblickend auf die letzten 20 Jahre: “Zwischen 2002 und 2023 hat sich die Illusion einer Aufteilung des Landes in zwei Staaten aufgelöst. Sie existiert nur noch als diplomatische Floskel, ausgehöhlt von jeglicher Bedeutung und ersetzt durch einen Konsens zwischen internationalen und israelischen Menschenrechtsorganisationen, darunter B’Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International, dass Israel das Verbrechen der Apartheid gegen die Palästinenser\*innen begeht.”

Es ist nicht überraschend, dass die Palästinenser\*innen in den palästinensischen Gebieten – dem Gazastreifen, dem Westjordanland und Ostjerusalem – die Hoffnung auf einen eigenen Staat weitgehend verloren haben. Die Mehrheit gibt an, dass ihre Lage heute schlechter ist als vor dem Osloer Abkommen (pcpsr.org). Auch in Israel, wo seit dem Jahr 2000 1.346 Menschen in dem Konflikt ums Leben gekommen sind, stehen die meisten Menschen einer Zwei-Staaten-Lösung heute sehr skeptisch gegenüber.

## **Die letzte Netanjahu-Regierung**

Sicherlich schlägt kein Flügel der israelischen Führungsschicht eine Lösung vor, die den Palästinenser\*innen einen echten Staat gibt. Die derzeitige Regierung ist die rechtslastigste und ultranationalistischste in der Geschichte Israels, sie schürt die rassistische Spaltung und betreibt Landraub als Teil einer effektiven Annexion des Westjordanlandes. Ihr rechtsextremer Finanzminister Bezalel Smotrich erklärte 2021, dass alle Palästinenser\*innen aus dem 1948 von Israel gegründeten Staat hätten vertrieben werden sollen. Nachdem ein Palästinenser im Februar in der palästinensischen Stadt Huwara zwei Siedler erschossen hatte, woraufhin ein blutiger Amoklauf von Siedlern durch die Stadt folgte, rief Smotrich mit den Worten “Das Dorf Huwara muss ausgerottet werden. Ich denke, der Staat Israel sollte das tun” zur ethnischen Säuberung auf.

Ein weiterer rechtsextremer zionistischer Minister, Itamar Ben-Gvir, ist wegen Aufstachelung zur Gewalt und Unterstützung des rechtsextremen zionistischen Terrorismus vorbestraft. Trotzdem ist er aber als Minister für nationale Sicherheit in der Regierung für Polizei und Strafverfolgung zuständig. Weniger als zwei Wochen vor dem Einmarsch israelischer Streitkräfte in die palästinensische Stadt Dschenin im Westjordanland im Juli hatte Ben-Gvir dazu aufgerufen: “Wir müssen das Land Israel besiedeln und gleichzeitig eine militärische Kampagne starten, Gebäude in die Luft jagen, Terroristen ermorden. Nicht einen oder zwei, sondern Dutzende, Hunderte oder, wenn nötig, Tausende.” Ben-Gvirs “Land Israel” umfasst das gesamte Westjordanland bis zum Jordan, das von ihm und vielen anderen Vertretern der zionistischen Rechten als den Jüd\*innen von Gott gegeben angesehen wird.

Premierminister Benjamin Netanjahu hat seine eigene Unterstützung für die Annexion verstärkt, um rechtsextreme Parteien in seine Koalition zu holen. So sagte er im Dezember: “Das jüdische Volk hat ein ausschließliches und unbestreitbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel” und “die Regierung wird die Besiedlung in allen Teilen des Landes Israel fördern und entwickeln”. Seit der Bildung seiner neuen Regierung im Dezember hat diese den Bau von 13.000 weiteren Siedlungseinheiten genehmigt, fast das Dreifache der Zahl des letzten Jahres. Außerdem hat sie neun Siedlungsaußenposten legalisiert und Siedler\*innen die Rückkehr in vier Siedlungen erlaubt, die 2005 aufgegeben wurden.

Bedenklich ist auch, dass die Verwaltung des zivilen Lebens der Siedler\*innen vom israelischen Militär auf ein neues Gremium unter Smotrich übertragen wurde, während die Palästinenser\*innen im Westjordanland weiterhin unter militärischer Aufsicht stehen. Dieser Schritt hat den Vorwurf der “Apartheid” noch verstärkt, der auch von einigen Persönlichkeiten des israelischen Establishments erhoben wurde, wie kürzlich von Tamir Pardo, einem ehemaligen Leiter des israelischen Geheimdienstes Mossad.

Die Situation in Israel-Palästina unterscheidet sich erheblich von dem System der Apartheid (Afrikaans-Wort für “Trennung”) in Südafrika, das ab 1948 vier Jahrzehnte lang bestand. Dazu gehört, dass die weiße Minderheit in Südafrika ihre Wirtschaft auf die direkte Ausbeutung der Arbeitskraft der schwarzen Mehrheit des Landes stützte, während Israel mit einer bewussten Politik aufgebaut wurde, die sich ausschließlich auf jüdische Arbeitskräfte stützt und palästinensische Arbeitskräfte in der Wirtschaft außen vor lässt. Auch wenn die palästinensischen Einwohner\*innen Israels diskriminiert werden, haben sie nominell die gleichen Rechte wie die israelischen Jüd\*innen, und es gibt keine formale Politik der Trennung. Dennoch wird in den besetzten Gebieten unbestreitbar eine Politik der Spaltung betrieben.

## **Noch nie dagewesene Protestbewegung**

Der Plan der Regierung, die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs zu beschneiden, diente dem Zweck, ihre aggressive Agenda für das Westjordanland ungehindert zu verfolgen und die von den verschiedenen Koalitionsparteien geforderten Änderungen innerhalb Israels durchführen zu können – einschließlich der Trennung von Frauen und Männern bei einigen öffentlichen Veranstaltungen. Außerdem hatte Netanjahu ein bekanntes persönliches Motiv, die Justiz einzuschränken, da er der Korruption beschuldigt wurde.

Israels Richter\*innen am Obersten Gerichtshof werden ernannt, nicht gewählt, und letztlich handeln sie im Interesse der Kapitalistenklasse und nicht der einfachen Menschen. Doch angesichts einer



Regierung, in der rechtsextreme, ultranationalistische und religiös-zionistische Parteien vertreten sind, sind die Demonstrant\*innen im Zuge einer beispiellosen Bewegung zu hunderten auf die Straße gegangen, um sich dem Angriff auf die Justiz zu widersetzen. Sie betrachteten den Obersten Gerichtshof als ein Merkmal der Demokratie, da er die Regierung kontrolliert und für mehr Ausgewogenheit und eine "gerechtere" Gesellschaft sorgt, als es die derzeitige Regierung tun wird.

Daneben ist die Bewegung für einen Großteil der Teilnehmer\*innen auch eine Massenrebellion gegen den sich verschlechternden Lebensstandard und der öffentlichen Dienstleistungen, von denen viele unter den neoliberalen Maßnahmen der letzten Regierungen privatisiert und gekürzt worden sind, sowie in jüngster Zeit gegen die Auswirkungen von Inflation und den Zinserhöhungen. Die Ungleichheit zwischen einer winzigen Schicht von Superreichen an der Spitze und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ist enorm. Ein Drittel der Kinder in Israel wächst in Armut auf und wird nicht einmal ausreichend ernährt. Viele von ihnen leben in palästinensischen Haushalten, aber auch eine beträchtliche Schicht israelischer Jüd\*innen lebt in Armut, insbesondere unter den Ultra-Orthodoxen und denjenigen mit nahöstlicher oder afrikanischer Herkunft.

Die Demonstrant\*innen der Bewegung kommen aus allen Schichten, vor allem aber aus der säkularen Mittelschicht, die das verteidigen wollen, was sie als Israels traditionelle liberale Demokratie ansehen, die sowohl den Säkularismus als auch die verschiedenen Richtungen und Ausprägungen des religiösen Judentums umfasst. Die meisten der jüdischen, pro-kapitalistischen politischen Parteien in Israel stützen sich auf den einen oder anderen Teil der vielschichtigen Bevölkerung, die sich aus Menschen mit unterschiedlichem und sich überschneidendem Hintergrund zusammensetzt: säkular, gemäßigt religiös, ultra-orthodox, aschkenasisch, sephardisch, mizrachisch, äthiopisch, russisch, Siedler\*innen usw. Diese politischen Parteien fördern die Spaltung, indem sie die Interessen eines Teils der Bevölkerung gegen andere unterstützen.

Dringend notwendig ist der Aufbau einer demokratischen Massenpartei, die sich auf die Arbeiter\*innenklasse stützt, mit einem kämpferischen sozialistischen Programm, das Arbeiter\*innen aller Schichten, einschließlich der Palästinenser\*innen in Israel zusammenbringen könnte. Eine solche Partei könnte auch die verschiedenen Generationen zusammenbringen. Die Demonstrant\*innen im Rentenalter und älter können sich an die früheren Jahrzehnte des israelischen Staates erinnern, der von Regierungen geführt wurde, die staatliche Investitionen in die Infrastruktur und den Wohlfahrtsstaat tätigten. Die jüngeren Generationen konzentrieren sich vor allem auf die Verteidigung der Rechte von Frauen und LGBTQ+, die Klimakrise, die allgemeine Verkommenheit des Kapitalismus und einige auch auf die Schrecken der israelischen Besatzung. All diese Themen könnten von einer neuen Partei zusammengeführt werden, die die Klasseninteressen aller Arbeitnehmer\*innen vertritt und die mit einem sozialistischen Programm ausgestattet ist, um die kapitalistische Ideologie und Interessen herauszufordern.

Dieses Programm wäre auch für die Teile der Arbeiter\*innenklasse sehr attraktiv, die derzeit die rechte Regierung unterstützen. Netanjahus Likud Partei hat eine Wählerbasis unter den sephardischen Haushalten der Arbeiter\*innenklasse, aber vor allem deshalb, weil die Likud-Führer\*innen einen rechtspopulistischen Ansatz verfolgen, reiche Tycoons für die Missstände in der Gesellschaft verantwortlich machen, falsche Versprechungen machen und die Feindseligkeit der Sepharden gegenüber der Unterdrückung ihrer Kultur durch die frühere israelische Führung ausnutzen. Eine Umfrage unter Likud-Wählern ergab, dass 47 Prozent vor allem wegen der

Lebenshaltungskosten besorgt sind, die durch Netanjahus wirtschaftsfreundliche Regierung nicht wesentlich gesenkt werden.

Die Basis der Regierung ist also nicht sicher, und da die Koalitionsparteien um jede Politik feilschen, könnte sie bei den kommenden Ereignissen und Zusammenstößen auseinanderbrechen.

Die vorherige, sogenannte “Wechsel”-Koalitionsregierung, die von den derzeitigen Oppositionsführern Bennett, Lapid und Gantz angeführt wurde, war ebenfalls höchst instabil und dauerte nur von Juni 2021 bis Dezember 2022. Die Parteien, die sie bildeten, hatten wenig gemeinsam, außer dass sie gegen Netanjahu waren. Sie baute die Siedlungen weiter aus und genehmigte militärische Angriffe in den palästinensischen Gebieten. Die Unbeständigkeit und Instabilität des israelischen Kapitalismus und seiner politischen Parteien hat sich in fünf Parlamentswahlen innerhalb von nur vier Jahren gezeigt.

Die Unterstützung für die israelische Arbeitspartei (haAwoda) brach ein, weil sie es nicht schaffte, den Lebensstandard und die Sicherheit zu verbessern, als sie an der Macht war – beides ist unter den Bedingungen des kapitalistischen Niedergangs unmöglich, ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen. Diese Partei war einst die traditionelle Partei des israelischen Kapitalismus, deren Vorläuferin Mapai die gewaltsame Gründung Israels und die anschließende wirtschaftliche Entwicklung im sozialdemokratischen Stil überwachte, bei der der Staat die kapitalistische Expansion unterstützte. Heute ist die Landschaft der parlamentarischen Parteien stärker zersplittert, da die Wähler\*innen nach allem suchen, was besser sein könnte als das, was es bisher gab.

Sehr wichtig ist die Existenz eines Gewerkschaftsverbandes in Israel, der Histadrut, sowie einer kleinen Gewerkschaft “Kraft den Arbeiter\*innen” (Koach la’Ovdim). Die pro-kapitalistischen Histadrut-Führer\*innen arbeiten bürokratisch und sind nicht rechenschaftspflichtig. Sie arbeiten lieber mit den Arbeitgeber\*innen zusammen, als dass sie die Kämpfe der Arbeiter\*innen organisieren. Nicht überraschender Weise haben sie die Gewerkschaft lange nicht in die Massenbewegung einbezogen. Daher war es bedeutsam, dass sie am 27. März einen Generalstreik ausriefen. Sie reagierten damit sowohl auf den Druck der Kapitalist\*innen, die gegen die derzeitige Regierung sind, als auch auf den Druck der Arbeiter\*innen. Der Streik zeigte die potentielle Macht der Arbeiter\*innenklasse, da er einen Großteil der Wirtschaft zum Stillstand brachte und Netanjahu dazu veranlasste, die Justizreform – zu diesem Zeitpunkt – zu verschieben.

In Israel kommt es regelmäßig zu Lohn- und anderen Konflikten – in diesem Jahr streikten u. a. Beschäftigte des Gesundheitswesens, Universitätsdozent\*innen und Filmschauspieler\*innen -, bei denen die Arbeiter\*innen ihre kollektive Stärke erfahren. Bei diesen Kämpfen treten oft jüdische Arbeiter\*innen zusammen mit Palästinenser\*innen am selben Arbeitsplatz in Aktion. Auch die palästinensischen Gemeinden in Israel haben ihre eigenen Kämpfe geführt, darunter monatelange Demonstrationen, um Maßnahmen gegen armutsbedingte Kriminalität und Bandengewalt zu fordern. Sie haben sich weitgehend aus der Bewegung gegen die Justizreform herausgehalten, da sie weniger als die jüdische Bevölkerung zwischen Israels Oberstem Gerichtshof und seiner Regierung unterscheiden – sie betrachten beide als Teile eines Staates, der sie diskriminiert. Und da die selbsternannten Führer\*innen der Bewegung die spezifischen Bedürfnisse der Palästinenser\*innen in Israel nicht in die Proteste oder die Besatzung aufgenommen haben, wurden die Palästinenser\*innen nicht zur Teilnahme ermutigt. Die Protestbewegung verfügte über keine demokratische Struktur, in der Forderungen diskutiert und herauskristallisiert und die nächsten Schritte beschlossen werden konnten.

## Die Israelische herrschende Klasse

Die Massenbewegung gegen die Justizreform ist eine klassenübergreifende Bewegung – sie umfasst auch Vertreter\*innen des Großkapitals, die keine Auswirkungen auf den Handel aufgrund internationaler Kritik am Vorgehen ihrer Regierung oder das erhöhte Risiko einer Gegenreaktion in den palästinensischen Gebieten auf die verstärkte staatliche Militär- und Siedler\*innenaggression wünschen. Sie sind auch besorgt über innenpolitische Instabilität, wenn sich die Polarisierung innerhalb der jüdischen Bevölkerung Israels fortsetzt. Die größte innenpolitische Befürchtung ist jedoch der Bewusstseinswandel, den die Bewegung herbeigeführt hat und der aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer gewissen Infragestellung des “Gesellschaftsvertrags” führen wird, der die einfachen Menschen an die Exekutive des Staates gebunden hat. Außerdem hat die Bewegung über 11.000 Reservist\*innen der Armee und der Luftwaffe erfasst, die den Militärdienst verweigert haben – ein ernstes Problem für die herrschende Klasse und ihre Interessen.

Es ist auch eine bedrohliche Entwicklung für die Interessen der Kapitalist\*innen, dass die Bewegung sogar während des Großangriffs auf Dschenin im Juli anhielt. Frühere Exzesse des Blutvergießens wurden erfolgreich genutzt, um die Arbeiter\*innen zur Unterstützung der Regierung zu bewegen, aber dieses Mal zeigte die Stimmung von unten weniger Neigung, sich zurückzuhalten, obwohl eine Reihe von Oppositionsführer\*innen dafür plädierte, die Proteste zu verschieben, während die “Sicherheitsfragen” behandelt wurden.

Für die meisten Mitglieder der herrschenden Klasse Israels ist diese jüngste Form der Netanjahu-Regierung ein zu großes Risiko. Insgesamt befindet sich Israel in der größten Krise seit der Staatsgründung. Pardo verwendete nicht nur den Begriff “Apartheid”, sondern warnte auch, dass die Umwandlung der Besatzung in eine “ewige Besatzung” Israels Existenz als jüdischer Staat bedroht. Diese Befürchtung wird auch von anderen Vertreter\*innen des Establishments geäußert: Sie befürchten, dass eine palästinensische Mehrheit in dem gesamten von Israel kontrollierten Land gleiche Rechte fordern und den Charakter des israelischen Staates gefährden würde.

Ein großer Teil der israelischen Kapitalist\*innenklasse wünscht sich daher einen sanfteren Ansatz: weniger Provokationen, einen Anschein von Friedensverhandlungen und Zugeständnisse, um die palästinensische Autonomiebehörde in den Gebieten zu stützen. Während kein wesentlicher Teil dieser Kapitalist\*innenklasse die Existenz eines unabhängigen, echten palästinensischen Staates zulassen will, könnte eine andere Struktur, die über die gescheiterte palästinensische Autonomiebehörde hinausgeht, möglicherweise geschaffen werden, solange der Kapitalismus noch existiert. Wie beim Oslo-Prozess könnte das israelische Regime auch in Zukunft versuchen, Zugeständnisse zu machen, um einen palästinensischen Massenkampf zu verhindern. Viele israelische Kapitalist\*innen sind sich darüber im Klaren, dass die Trennung von den wichtigsten palästinensischen Gebieten in den Territorien nicht unbegrenzt mit militärischer Gewalt aufrechterhalten werden kann, und plädieren daher dafür, eine Art palästinensische Entität zuzulassen.

Internationaler Druck kann dabei eine Rolle spielen, insbesondere von Seiten der USA. Zwar haben die US-Regierungen den israelischen Staat in der Vergangenheit stark unterstützt – sie stellen derzeit 3,9 Milliarden Dollar pro Jahr zur Verfügung – und werden dies wahrscheinlich auch weiterhin tun, doch bedeutet dies nicht, dass der Druck für Verhandlungen nicht wieder zunehmen wird. Dies kann zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass der US-Imperialismus die zunehmende Instabilität in Israel-Palästina eindämmen will, aber auch auf die wachsende Kritik an Israels

militärischer Besetzung in der US-Bevölkerung. Im Moment hat US-Präsident Biden den Wunsch geäußert, die Exzesse der derzeitigen israelischen Regierung zu begrenzen. Er bezeichnete sie als eine Regierung mit den “extremsten” Minister, die er je gesehen hat, und das US-Außenministerium bezeichnete die Erschießung eines palästinensischen Jugendlichen durch Siedler\*innen als “Terroranschlag”, eine Formulierung, die normalerweise nur für Anschläge verwendet wird, die von Palästinenser\*innen verübt werden.

Die israelische herrschende Klasse wird den Palästinenser\*innen jedoch weder volle Selbstbestimmung zugestehen, noch könnte ein kapitalistischer palästinensischer Staat den palästinensischen Massen einen angemessenen Lebensstandard bieten. Viele der kapitalistischen Mächte der Welt würden ihre Beziehungen zu Israel nicht durch Investitionen beeinträchtigen, zumal im Kapitalismus die ständige Gefahr eines Wiederaufflammens nationaler Konflikte besteht. Der heutige Kapitalismus ist zu verrotten und versagt, als dass er in der Lage wäre, die nationalen Bestrebungen der unterdrückten Völker überall auf der Welt zu erfüllen.

## **Palästinensische Gebiete**

Wie die pro-kapitalistischen Parteien Israels hat auch die Regierungspartei der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland, die Fatah, keinen Ausweg zu bieten. Ihre äußerst unpopulären Führer\*innen in der korrupten Behörde arbeiten mit den israelischen Sicherheitskräften zusammen, um ein Regime der Unterdrückung zu errichten und den sinkenden Lebensstandard zu verwalten.

Sie regieren undemokratisch, da seit 17 Jahren keine Parlamentswahlen mehr stattgefunden haben, und haben nicht die Absicht, zu den Massenkämpfen aufzurufen, die für den Kampf gegen die Besetzung notwendig sind. Sie selbst wären ebenso Ziel eines Umsturzes wie die israelischen staatlichen Unterdrücker\*innen. Stattdessen bitten sie um Hilfe von kapitalistischen Regierungen weltweit, den Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen und appellieren vergeblich, Druck auf Israel auszuüben, damit es Zugeständnisse macht. Übrigens ist die internationale Hilfe für die Autonomiebehörde in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen, während Israels internationaler Handel zugenommen hat, auch mit einer Reihe arabischer Länder.

Da die Palästinensische Autonomiebehörde am Boden liegt, war es bei den letzten Kommunalwahlen üblich, dass Fatah-Mitglieder als “Unabhängige” kandidierten, um dem gegen ihre Führung gerichteten Zorn zu entgehen. Schon bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2006 war die Fatah zu diskreditiert, um sie zu gewinnen, und die Hamas, eine Partei des rechten politischen Islams, ging als Sieger hervor.

Die Hamas regierte schließlich nur im Gazastreifen, auch sie wird nur von einer Minderheit unterstützt und bietet keinen Weg zur Befreiung Palästinas. Wie die Fatah ist sie pro-kapitalistisch und lehnt den unabhängigen Kampf der Arbeiter\*innenklasse ab. Ihre Hauptmethode im Kampf gegen die Besetzung ist der Raketenbeschuss Israels, der zwar von einer Schicht von Palästinenser\*innen als Widerstand begrüßt wird, in Wirklichkeit aber gegen die gewaltige Übermacht der israelischen Streitkräfte nutzlos ist. Da die Geschosse israelische Zivilist\*innen treffen – wie auch die verheerenderen Selbstmordattentate der Hamas und des Islamischen Dschihad während der zweiten Intifada – haben sie außerdem den Effekt, dass die israelischen Jüd\*innen das Argument ihrer Regierung unterstützen, dass nur die militärische Bombardierung die Grundlage für einen Waffenstillstand schaffen kann.

Im Westjordanland haben militärische Gruppen, die mit der Hamas und dem Islamischen Dschihad in Verbindung stehen, Berichten zufolge neue Kämpfer\*innen angeworben, und es sind neue bewaffnete Gruppen entstanden, wie z. B. Höhle der Löwen (*Arīn al-Usūd*) in Nablus. Bewaffnete Geheimgruppen, die sich jeglicher demokratischer Kontrolle entziehen, werden den Befreiungskampf jedoch nicht voranbringen. Das hat sich 2011 gezeigt, als Massenbewegungen in Tunesien und Ägypten langjährige Diktatoren stürzten, die ihre Macht durch große staatliche Polizei- und Militärapparate aufrechterhalten hatten.

In den letzten Jahren gab es einige örtlich begrenzte Massenaktionen, unter anderem entlang des Zauns in Gaza, gegen die Unterdrückung rund um die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem und gegen Zwangsräumungen. Die Organisierung an der Basis, die demokratische Diskussion und Entscheidung über die Art der Aktionen und die Wahl von Führungspersönlichkeiten, die dann zur Rechenschaft gezogen werden, gehören zu den notwendigen Schritten, um die Besatzung erfolgreich zu bekämpfen. Wichtig ist auch, dass die israelische Zivilbevölkerung nicht zur Zielscheibe wird, nicht zuletzt, um eine Grundlage für die Zusammenarbeit und Verbindungen zwischen den Beschäftigt\*innen auf beiden Seiten der Trennungslinie zu schaffen.

Wie in Israel muss auch in den Gebieten eine politische Alternative zu den pro-kapitalistischen Parteien aufgebaut werden, die ein Programm zum Bruch mit dem Kapitalismus enthält. In Tunesien und Ägypten bedeutete das Fehlen eines solchen Programms und von Massenarbeiter\*innenorganisationen, die dafür eintreten könnten, dass die kapitalistischen Politiker\*innen und Militärs das kapitalistische System aufrechterhalten und lediglich personelle Veränderungen an der Spitze vornehmen konnten.

## **Erreichen des Sozialismus**

Die notwendige politische Alternative ist der Sozialismus in den palästinensischen Gebieten und in Israel, denn nur wenn das Privateigentum an den wichtigsten Unternehmen durch öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle durch die Arbeiter\*innenklasse und die armen Massen ersetzt wird, kann die Grundlage für die Beendigung der kapitalistischen Ausbeutung, der Ungleichheit, des Wettbewerbs, der Konflikte und der Umweltzerstörung geschaffen werden.

Eine Reihe linker Organisationen auf internationaler Ebene hält die israelisch-jüdischen Arbeiter\*innen fälschlicherweise für zu sehr dem Nationalismus verhaftet und im Vergleich zu den Palästinenser\*innen für zu "privilegiert", um jemals gegen den israelischen Kapitalismus vorzugehen. Die massive Bewegung in Israel in diesem Jahr hat dieser Position einen Schlag versetzt. Die Anführer\*innen der Bewegung haben keine sozialistischen Forderungen gestellt, aber die Erfahrungen, die die Teilnehmer\*innen gemacht haben, einschließlich des Generalstreiks, der Blockade wichtiger Straßen und des Parlamentsgebäudes und der schweren polizeilichen Repression – berittene Polizei, Wasserwerfer, Stinkwasser, Verhaftungen und Schläge – haben zweifellos viele dazu veranlasst, Lehren zu ziehen, die künftige Kämpfe auf ein höheres Niveau bringen können.

Das Wohlergehen der israelischen Wirtschaft ist mit dem Wachstum der Weltwirtschaft verknüpft, das sich verlangsamt. Die Kämpfe der Arbeiter\*innen in Israel, die mit den kapitalistischen Interessen kollidieren, sind unvermeidlich, da ihre Bosse versuchen, den Lebensstandard der Arbeiter\*innen weiter zu drücken, um die Gewinne und die Militärausgaben des Staates aufrechtzuerhalten. Israel ist eine klassenbasierte Gesellschaft, wie alle kapitalistischen Länder, aber

mit einer herrschenden Klasse, die einen dicken Nebelschleier nationalistischer Propaganda aufzieht, um den Eindruck zu erwecken, dass die Interessen der jüdischen Arbeiter\*innenklasse und der Mittelklasse dieselben sind wie die der Kapitalist\*innen, da sie alle israelische Jüd\*innen sind. Der Konflikt mit den Palästinenser\*innen wird zusammen mit der feindseligen Rhetorik der iranischen Theokratie und der arabischen Regime benutzt, um die Unsicherheit zu betonen und die israelischen Jüd\*innen hinter die herrschende Klasse und den Staat zu ziehen.

Auf diese Weise wird die nationale Frage über alle anderen als das wichtigste Thema gestellt, wodurch die Klassenspaltung weniger offensichtlich und spürbar wird. Die bevorstehenden Klassenkämpfe werden jedoch diese Unwahrheit erschüttern und noch deutlicher zeigen, dass der Nationalismus der Kapitalist\*innen auf entgegengesetzten Interessen beruht als der der überwältigenden Mehrheit. Für die Kapitalist\*innen ist er Teil des Gebäudes des “Teile und Herrsche”, das ihre soziale Basis, ihr Territorium, ihre einheimischen Arbeitskräfte, ihre Profitmacherei, ihre Reichtumsanhäufung und ihr Prestige untermauert. Für die einfachen Menschen ist es in erster Linie der Wunsch, ihre eigene Kultur und Religion (für die nicht-säkularen Menschen) in ihren eigenen Gemeinschaften zu schützen und auszudrücken, mit einem angemessenen Lebensstandard, guten öffentlichen Dienstleistungen und in Sicherheit.

In dieser kapitalistischen Welt mit einem hohen Maß an Armut und Ungleichheit hoffen viele Menschen, dass nationale Grenzen einen teilweisen Schutz gegen einen “Wettlauf nach unten” beim Lebensstandard bieten können, der ein Merkmal des heutigen verrottenden Kapitalismus auf der ganzen Welt ist. Nationale Grenzen waren ein Produkt des Kapitalismus und für dessen Entwicklung notwendig. Obwohl sich der Kapitalismus heute im Niedergang befindet, kann er seine Abhängigkeit von den Nationalstaaten nicht überwinden – sie ist systemimmanent. Die meisten der riesigen Konzerne stützen sich jeweils auf einen Nationalstaat, um Schutz, Unterstützung, Infrastruktur und um einen Teil ihrer Arbeitskräfte und Märkte zu erhalten. Infolgedessen sind Wettbewerb und Konflikte zwischen Staaten um Territorium, Handel und natürliche Ressourcen ebenfalls systemimmanent.

In einer sozialistischen Gesellschaft hingegen würde öffentliches Eigentum an diesen Unternehmen zusammen mit einer sozialistischen Wirtschaftsplanung bedeuten, dass Regierungen, die aus Vertreter\*innen der Arbeiter\*innen bestehen, den Lebensstandard aller schützen und verbessern können. Sie werden auch in der Lage sein, kulturelle, sprachliche und andere Minderheitenrechte zu garantieren. Diese Fortschritte im Sozialismus werden die Grundlage dafür bilden, dass Grenzen zunehmend an Bedeutung verlieren werden.

## **Zwei sozialistische Staaten**

Da der israelisch-palästinensische Konflikt im Kapitalismus nicht enden wird, ist weder eine Zwei-Staaten-Lösung noch eine Ein-Staaten-Lösung möglich, solange der Kapitalismus existiert. Aber wie sieht es auf der Grundlage des Sozialismus aus? Wie relevant ist die Forderung nach zwei sozialistischen Staaten heute? Bedeutet die Ausweitung der Siedlungen, dass die Sozialist\*innen stattdessen einen sozialistischen Staat fordern sollten? Oder sollten sie alternativ die Lösung für die Verhandlungen der Arbeiter\*innen offen lassen, wenn der Kapitalismus beseitigt ist?

Für Sozialist\*innen steht fest, dass es nach der Abschaffung des Kapitalismus allein den Vertreter\*innen der Arbeiter\*innenklasse auf beiden Seiten der heutigen Trennungslinie obliegt, darüber zu diskutieren und zu entscheiden, ob es eine Grenze geben soll, wo sie sein soll und für

wie lange. Wenn die Massenorganisationen der Arbeiter\*innen auf beiden Seiten beschließen, vor dem Sturz des Kapitalismus ein Ein-Staaten-Programm zu verabschieden, sollte dies von Sozialist\*innen ebenfalls voll respektiert werden.

Unser gegenwärtiges Programm muss jedoch den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein Rechnung tragen. Umfragen unter Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten zeigen, dass die Unterstützung für “zwei Staaten” von einer Mehrheit auf eine Minderheit gesunken ist: 32 Prozent in einer Umfrage vom September 2023 (pcpsr.org). Dies ist jedoch vor dem Hintergrund zu sehen, dass 71 Prozent der Meinung sind, dass ein palästinensischer Staat nicht mehr erreicht werden kann, was nicht bedeutet, dass er nicht mehr gewünscht wird.

Nach 75 Jahren der Unterdrückung wollen die meisten Palästinenser\*innen das Recht auf Selbstbestimmung. Sie wollen nicht unter der Besatzung leben und befürchten, dass sie in einem “Einheitsstaat” diskriminiert würden – selbst wenn sie dort die Mehrheit bilden würden, nicht zuletzt, weil sie sich der Diskriminierung der Palästinenser\*innen innerhalb Israels wohl bewusst sind. In der gleichen Umfrage sprachen sich 27 Prozent der Palästinenser\*innen in den Gebieten für einen “Einheitsstaat” aus, aber auch hier ist ein wichtiger Faktor, dass viele die Idee eines eigenen Staates aufgegeben haben und glauben, dass nur noch ein Kampf für gleiche Rechte in einem Staat möglich ist.

Ein weiterer Aspekt, der sich unweigerlich auf die Einstellungen auswirkt, ist, dass die meisten Palästinenser\*innen zwar die Handlungen des israelischen Regimes als Haupthindernis für die Verwirklichung ihrer Bestrebungen ansehen, dass aber zweifellos ihre düsteren Erfahrungen mit dem Leben unter der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland oder der Hamas-Regierung im Gazastreifen zu einer Skepsis gegenüber der Vorstellung von einem palästinensischen Staat geführt haben. Für Sozialist\*innen macht dies umso deutlicher, dass nicht nur ein Übergang zum Sozialismus notwendig ist, um einen palästinensischen Staat zu schaffen, sondern auch, um die maroden pro-kapitalistischen palästinensischen Behörden loszuwerden und sie durch regelmäßig gewählte, rechenschaftspflichtige Komitees der Arbeiter\*innen und Armen auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ersetzen.

Die heutige Forderung nach einem sozialistischen palästinensischen Staat entspricht also in Wirklichkeit immer noch den gegenwärtigen nationalen Bestrebungen und Sicherheitsbedenken der meisten Palästinenser\*innen sowie ihrem verzweifelten Bedürfnis nach angemessenen Lebensbedingungen.

In der heutigen Situation können die meisten Menschen in Israel-Palästina das enorme Maß an Unsicherheit und Misstrauen, das in 75 Jahren blutigen Konflikts entstanden ist, nicht so weit in ihrem Bewusstsein überwinden, dass sie einem Programm, das gleiche Rechte in einem Staat vorsieht, vertrauen können. Für die israelischen Jüd\*innen geht das Bewusstsein für das Blutvergießen auch lange vor der Gründung Israels zurück, in die Zeit der schrecklichen Pogrome gegen Jüd\*innen und natürlich des Holocausts.

Die meisten israelischen Jüd\*innen, ob säkular oder religiös, haben ein starkes Gefühl der jüdischen Identität und wollen das Recht auf Selbstbestimmung als jüdisches Volk. Die Vorläufer des CWI lehnten die Gründung Israels in Palästina ab, da sie, wie Leo Trotzki warnte, erkannten, dass dies eine “blutige Falle” für das jüdische Volk in einem bereits bewohnten Land sein würde. Im Laufe der Jahrzehnte ist der israelische Staat jedoch zu einer festen Größe geworden, mit einem nationalen Bewusstsein, und 70 Prozent der heutigen israelischen Jüd\*innen sind dort geboren. Eine Ein-

Staaten-Lösung wird von den meisten von ihnen schnell abgelehnt, weil sie fürchten, ohne eigenen Staat dazustehen und auch diskriminiert zu werden, da die palästinensische Bevölkerung die jüdische Bevölkerung zahlenmäßig übertrifft. Dies gilt selbst dann, wenn sie als sozialistischer Staat ins Gespräch gebracht wird, denn das Verständnis dafür, was echter Sozialismus bedeuten würde, ist in Israel, wie auch weltweit, in diesem Stadium gering. Eine Zwei-Staaten-Lösung hingegen wurde lange Zeit von zwei Dritteln der israelischen Jüd\*innen befürwortet, und dieser Anteil ist heute auf ein Drittel gesunken, vor allem aufgrund von Zweifeln an ihrer Realisierbarkeit und eines zunehmenden Misstrauens.

Trotz dieser komplexen Stimmungslage entspricht die Forderung nach einem sozialistischen Israel und einem sozialistischen Palästina mit garantierten Rechten für Minderheiten im Allgemeinen den sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen der israelisch-jüdischen Arbeiter\*innen und auch ihren Sicherheitsbedenken, die niemals auf der Grundlage einer militärischen Unterdrückung der Palästinenser\*innen gelöst werden können. Es ist eine Position, die in dem Maße an Popularität gewinnen kann, wie sich der Klassenkampf in Israel und auch in den palästinensischen Gebieten entwickelt.

Wie sieht es mit den Beziehungen zwischen den beiden Staaten aus? In der Zeit nach dem Sturz des Kapitalismus könnten demokratisch geplante Volkswirtschaften damit beginnen, einen umweltverträglichen, angemessenen Lebensstandard für alle Menschen auf beiden Seiten der Trennungslinie zu schaffen und damit die materielle Grundlage für eine Zusammenarbeit zu schaffen, die den Konflikt ersetzt.

Demokratisch gewählte und rechenschaftspflichtige Vertreter\*innen der Arbeiter\*innen beider Seiten müssten über alle relevanten Fragen diskutieren, verhandeln und, wenn nötig, Kompromisse schließen, auch über Landesgrenzen, die Aufteilung Jerusalems, die Verteilung von Wasser und anderen Ressourcen und die Frage, wie palästinensische Flüchtlinge zurückkehren können oder eine gerechte Lösung finden.

Sozialist\*innen können nicht zwei sozialistische Staaten für sich allein fordern – ein Ergebnis, das nicht ewig Bestand haben könnte; wir fordern sie vielmehr als Teil eines sozialistischen Nahen Ostens und einer sozialistischen Welt. Die vom CWI in den letzten Jahren verwendete Formulierung ist immer noch gültig: “Für einen unabhängigen, demokratischen, sozialistischen palästinensischen Staat an der Seite eines demokratischen, sozialistischen Israels, mit zwei Hauptstädten in Jerusalem und garantierten demokratischen Rechten für alle Minderheiten, als Teil des Kampfes für einen sozialistischen Nahen Osten”.

Die Forderung nach zwei sozialistischen Staaten entspricht nicht nur den gegenwärtigen Bestrebungen und Bedürfnissen, sondern lässt auch vermuten, dass sich die Kämpfe und Organisationen der Arbeiter\*innen am ehesten durch getrennte Bewegungen in den palästinensischen Gebieten und in Israel entwickeln werden. Dies ist sowohl auf die vom israelischen Staat auferlegte geografische Trennung als auch auf die Stärke des nationalen Gefühls und des Misstrauens zurückzuführen. Dennoch wäre es falsch, in dieser Frage einen starren Ansatz zu verfolgen. Sozialist\*innen müssen sich zu jeder Zeit für den Aufbau von Solidarität und Verbindungen zwischen den Arbeiter\*innen auf beiden Seiten einsetzen und dazu beitragen, dass die Einsicht wächst, dass sie einen gemeinsamen Feind haben, nämlich die herrschenden kapitalistischen Klassen, und dass ein Ende des Konflikts in ihren eigenen Händen liegt. Sozialistische Umgestaltungen werden einen raschen Prozess der Beendigung von Mangel und



Armut ermöglichen und die Grundlage für den Aufbau von Gesellschaften schaffen, die frei von Unterdrückung, nationalen Spannungen und nationalen Konflikten sind.

# **Eskalation im Nahen Osten**

(09. Oktober 2023)

## **Frieden und Selbstbestimmung im Kapitalismus unmöglich – Stellungnahme der Sol-Bundesleitung**

Die Bilder aus Israel und dem Gaza-Streifen sind schrecklich. Hunderte tote Zivilist\*innen auf beiden Seiten. Der Angriff der Hamas auf israelischem Territorium folgt der Eskalationspolitik der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung gegen die Palästinenser\*innen in den letzten Monaten und Jahren. Diese reagiert wiederum mit der wahllosen Bombardierung Gazas und Tötung von Palästinenser\*innen. Nun droht ein neuer, umfassender Krieg, dessen Opfer aus der Arbeiter\*innenklasse beider Nationen kommen werden und der die Menschen in der Region Frieden und Selbstbestimmung keinen Schritt näher bringen wird.

### **Propaganda entgegentreten**

Das erste Opfer des Kriegs ist die Wahrheit. Nachrichten und Propaganda sind kaum zu unterscheiden. In der ARD-Sondersendung kommen nur der israelische Botschafter und ein CDU-Außenpolitiker zu Wort. Die Berichterstattung beschränkt sich auf die Darstellung der brutalen Vorgehensweise der Hamas, die wahllos israelische Zivilist\*innen (und Tourist\*innen und Arbeitsmigrant\*innen) getötet und verschleppt hat. Wir lehnen den Angriff der Hamas ab, weil er mit den zivilen Opfern die Falschen trifft und dem palästinensischen Volk im berechtigten Kampf gegen Besatzung, Belagerung und Unterdrückung nicht hilft. Aber wir lehnen es ab, die Ereignisse der letzten Tage nicht im Kontext von Jahrzehnten eben dieser Besatzung, Belagerung, Unterdrückung, Tötung und Vertreibung der Palästinenser\*innen zu betrachten. Dazu gehören auch 212 in diesem Jahr durch den Staat Israel getöteten Palästinenser\*innen, dazu gehört auch, dass der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir den israelischen Terroristen glorifiziert, der 1994 29 Palästinenser\*innen in einer Moschee getötet hat und im März der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich zur Zerstörung der palästinensischen Stadt Huwara aufrief, nachdem dort zwei israelische Siedler getötet worden waren.

Der israelisch-jüdische Journalist Haggai Matar schrieb am 7.10. während des Angriffs der Hamas:

*„Im Gegensatz zu dem, was viele Israelis sagen, und obwohl die Armee von dieser Invasion eindeutig völlig unvorbereitet getroffen wurde, handelt es sich nicht um einen „einseitigen“ oder „unprovokierten“ Angriff. Das Grauen, das die Israelis – mich eingeschlossen – jetzt empfinden, ist nur ein Bruchteil dessen, was die Palästinenser tagtäglich unter dem jahrzehntelangen militärischen Regime im Westjordanland und unter der Belagerung und den wiederholten Angriffen auf den Gazastreifen zu spüren bekommen haben.“*

## Asymmetrischer Konflikt

Wenn man darauf hinweist, dass die politische Verantwortung für den so genannten Nahost-Konflikt und damit auch für die toten israelischen Zivilist\*innen beim israelischen Staat und dessen Besatzungs- und Unterdrückungspolitik liegt, unterstützt man weder die Hamas noch spricht man diese von Verantwortung frei. Aber es muss klar sein, dass dieser Konflikt ein asymmetrischer zwischen einer hoch gerüsteten Militärmacht und einer vergleichsweise kleinen Widerstandsgruppe ist. Und es muss klar sein, dass es ohne Entrechtung, Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser\*innen diesen Konflikt nicht geben würde.

Deshalb lehnen wir die heuchlerische und einseitige Berichterstattung und Solidarisierung mit dem Staat Israel ab. Es ist heuchlerisch vom Recht auf Selbstverteidigung Israels zu sprechen, ohne dasselbe Recht den Palästinenser\*innen zuzugestehen. Unsere Solidarität gilt den einfachen Menschen auf beiden Seiten des Konflikts, die Opfer der Politik der herrschenden Kräfte sind.

## Netanjahu

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat vor einigen Tagen vor der UNO eine Landkarte des Nahen Osten hoch gehalten, die einen israelischen Staat zeigte, der vom Mittelmeer bis zum Jordan reicht und auf der die Palästinenser\*innengebiete nicht zu sehen waren. Nach dem Angriff der Hamas auf Israel, kündigte er an, Gaza in eine „Trümmerinsel“ zu verwandeln und rief die Bevölkerung auf, Gaza zu verlassen – was unmöglich ist, da das Gebiet seit Jahren unter einem israelischen Belagerungszustand steht. Netanjahu kann sich bei der Hamas bedanken, denn deren Angriff bedeutet das vorläufige Ende der sich seit Monaten entwickelnden Massenbewegung gegen die Justizreform und gibt ihm die Möglichkeit, die israelische Nation hinter sich zu sammeln. Dabei zeigt das erfolgreiche Vordringen der Hamas-Kämpfer, dass Netanjahu und der Staat Israel ihre Versprechen, die israelisch-jüdische Bevölkerung zu schützen, nicht einhalten können.

## Kapitalismus verhindert Frieden

Dreißig Jahre nach dem Oslo-Abkommen, das den Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung bereiten sollte, beweisen die aktuellen Ereignisse, was wir Marxist\*innen immer gesagt haben: im Rahmen des Kapitalismus ist der Konflikt im Nahen Osten nicht zu lösen, weil die herrschende Klasse Israels den Palästinenser\*innen keine wirkliche Selbstbestimmung zugestehen kann. Sie braucht den Konflikt, um die Bedrohungslage für die israelisch-jüdische Bevölkerung aufrechtzuerhalten, denn diese ist die Quelle ihrer sozialen Basis, ihrer Macht und ihres Reichtums.

## Für das Recht auf Selbstbestimmung

Wir verteidigen das Recht der Palästinenser\*innen, sich gegen die israelische Unterdrückung zu verteidigen. Wir schrieben aber schon 2021 nach der Bombardierung Gazas durch Israel:

*„Die Existenz der Hamas ist Ergebnis der Verzweiflung in Gaza. Gleichzeitig bieten die Raketen der Hamas und ihr spalterisches Programm keinen Ausweg aus der aktuellen Situation für die palästinensische Bevölkerung und wir lehnen ihre Methoden entschieden ab. Sie heizen die ethnische und konfessionelle Spaltung vor Ort an und bieten einen Vorwand für größere Interventionen der israelischen Armee.“*

Wir lehnen es auch ab, das palästinensische Volk mit der Hamas gleichzusetzen. Die Mehrheit der in Gaza lebenden Palästinenser\*innen leiden nicht nur unter der Belagerung und Isolation durch

Israel, sondern auch unter der Herrschaft der rechts-islamistischen und arbeiter\*innen- und frauenfeindlichen Hamas. Es ist ein schwerer Fehler, wenn Linke in dieser Situation eine solche Organisation unterstützen, weil sie gegen die Besatzer kämpft. Denn sie kämpft mit den falschen Methoden und den falschen Zielen, die Linke nicht unterstützen sollten. Notwendig ist eine unabhängige Organisierung der palästinensischen Arbeiter\*innen, der Landbevölkerung und der armen Menschen.

## **Für eine sozialistische Lösung**

Wir treten für eine Massenbewegung des palästinensischen Volkes ein, wie es die erste Intifada in den 1980er Jahren war. Dazu sollte die Bildung demokratisch organisierter Verteidigungskomitees gehören, die den Kampf gegen den israelischen Staatsterror führen könnten.

Eine solche Bewegung bräuchte ein sozialistisches Programm, das die Arbeiter\*innenklasse Israels nicht als Feind betrachtet, sondern diese auffordert, mit Regierung und Staat in Israel zu brechen und gemeinsam eine demokratische Lösung des Nahost-Konflikts zu erreichen. In Israel treten wir für die Bildung von Arbeiter\*innenorganisationen ein, die gegen die pro-kapitalistische Politik der israelischen Regierung auf Basis eines sozialistischen Programms kämpfen.

Unabhängige Organisationen der Arbeiter\*innenklasse auf beiden Seiten müssten eine gegenseitige Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung und ein Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region vertreten, das nicht auf kapitalistischer Basis umsetzbar sein könnte.

Wenn sich die arbeitende Bevölkerung auf beiden Seiten unabhängig von pro-kapitalistischen und reaktionären Kräften organisiert, kann sie Frieden und Selbstbestimmung erkämpfen. Unmittelbar sollte die Forderung nach einem Ende der Kampfhandlungen, einem Nein zu Vergeltungsschlägen, Freilassung der Geiseln und der politischen Gefangenen auf beiden Seiten erhoben werden.

Der israelische Staatsterror, Belagerung, Besatzung, Siedlungsbau und Vertreibung müssen ein Ende haben. Sie sind auch nicht im Interesse der israelisch-jüdischen Arbeiter\*innenklasse. Wir treten ein für ein unabhängiges sozialistisches Palästina und ein sozialistisches Israel mit zwei Hauptstädten in Jerusalem/alQuds als Teil eines sozialistischen Nahen Ostens. Dafür kämpft die Sol als Teil des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale, einer internationalen sozialistischen Organisation. Werde mit uns aktiv!

# Stoppt den Israel-Gaza-Krieg!

(10. Oktober 2023)

## Für die Einheit der Arbeiter\*innen und den Kampf gegen nationale Spaltung und Unterdrückung

Die Bilder aus Israel und dem Gazastreifen sind entsetzlich. Viele Hunderte von Zivilist\*innen sind auf beiden Seiten tot. Die beispiellosen Angriffe der Hamas innerhalb Israels folgten der Eskalationspolitik der israelischen Regierung gegen die Palästinenser\*innen in den letzten Monaten und Jahren. Die von Netanjahu geführte Regierung hat mit Unterstützung der westlichen Mächte ihrerseits mit Methoden des massiven militärischen Terrors reagiert – mit einem massiven, brutalen Bombardement des Gazastreifens. Ganze Landstriche werden mit wahllosen Angriffen ausgelöscht, und die Belagerung wurde verschärft, so dass weder Strom noch Nahrungsmittel oder Treibstoff nach Gaza können. Ein neuer Krieg hat begonnen, der noch einige Zeit andauern könnte – mit Opfern aus der Arbeiter\*innenklasse auf beiden Seiten des Konflikts. Er wird die Menschen in der Region dem Frieden und der Selbstbestimmung nicht einen Schritt näher bringen.

*von Judy Beishon, Internationales Sekretariat des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI)*

Die israelische Militärblockade des Gazastreifens war schon immer ein wichtiger Faktor für eine weitere Runde des blutigen Konflikts. Mehr als zwei Millionen Palästinenser\*innen sind in diesem verarmten, dicht besiedelten Landstreifen gefangen, die meisten von ihnen Flüchtlinge. Sie sind regelmäßig Opfer brutaler Razzien und Tötungen durch israelische Streitkräfte, ebenso wie die Palästinenser\*innen im Westjordanland, wo die Unterdrückung in diesem Jahr unter der Leitung von Israels rechtsextremer Regierung verschärft wurde. Über 150 Menschen wurden dabei getötet.

Am frühen Samstag, dem 7. Oktober, führte der militärische Arm der von der Hamas geführten Behörde im Gazastreifen eine groß angelegte und gut vorbereitete Offensive durch: ein überwältigendes Sperrfeuer aus Tausenden von Raketen, die auf Israel abgefeuert wurden, sowie die Sprengung und Zerschlagung von Teilen des Zauns im Gazastreifen – ein schnell durchgeführter und koordinierter Einsatz, der es Hunderten von Hamas-Kämpfern ermöglichte, in israelische Städte und Dörfer zu stürmen und vorübergehend die Kontrolle über sie zu übernehmen. Dies löste eine gewaltige Schockwelle in der israelischen Gesellschaft aus. Über 800 Menschen in diesen Gebieten wurden getötet und etwa 130 als Geiseln genommen.

Dies ist der fünfte Krieg zwischen dem israelischen Regime und der von der Hamas geführten Gaza-Behörde, aber dieses Mal haben die Entwicklungen bereits ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. In der 75-jährigen Geschichte Israels haben sich noch nie solche mit der jetzigen Hamas-Offensive verbundenen Szenen abgespielt. Für die Palästinenser\*innen im Gazastreifen, die mit Tod und Zerstörung schmerzlich vertraut sind, wird die Zahl der Todesopfer weit über die der Israelis hinausgehen. Netanjahu erklärte, dass Teile des Streifens in Schutt und Asche gelegt würden, und drohte sogar damit, dass er zu einer "einsamen Insel" werden würde.

Eine Bodeninvasion wird vorbereitet – ein großes militärisches Unterfangen, das diesen Krieg auf eine noch verheerendere Stufe heben würde, wenn er fortgesetzt wird. Wie weit sie gehen wird,

lässt sich in diesem frühen Stadium nicht vorhersagen, aber Versuche, Geiseln zu befreien und möglicherweise sogar die Hamas zu entmachten und Gaza direkt zu besetzen oder eine Handlangerbehörde zu installieren, sind nicht auszuschließen. Auch eine Ausweitung des Krieges auf andere Länder oder Kräfte in der Region ist angesichts der Unvorhersehbarkeit, der Unbeständigkeit und der potenziellen Brisanz der Ereignisse möglich. Die Entsendung von Kriegsschiffen zur Unterstützung Israels durch die US-Regierung – eine “Kampfgruppe” unter Führung des Flugzeugträgers Ford – zeigt, wie besorgt die kapitalistischen Mächte weltweit über die Entwicklungen sind.

Und das in einer Welt, die durch den Ukraine-Krieg bereits gespalten und destabilisiert ist und vor großen wirtschaftlichen Schocks steht. Die kapitalistischen Politiker\*innen auf der ganzen Welt haben keine Lösungen anzubieten – ihr System ist durch und durch verrotten und ist die eigentliche Ursache für die ausbrechenden Kriege. Sie sind unfähig, den Bedürfnissen und Hoffnungen der Menschen überall auf der Welt gerecht zu werden. Stattdessen strotzen sie nur so vor Heuchelei, wie zum Beispiel die Westmächte, die die Ukraine gegen die russische Besatzung aufrüsteten, während sie gleichzeitig das israelische Regime dabei unterstützen, die Palästinenser\*innen, die ebenfalls unter Besatzung stehen, zu bombardieren.

Und noch vor wenigen Wochen äußerten die westlichen Mächte kaum Kritik an Aserbaidschan, mit dem es Öl- und Gashandelsgeschäfte abschließt, weil es Bergkarabach militärisch überrannt und ethnische Säuberungen durchgeführt hatte, die über 200 Todesopfer forderten.

Auch in dieser neuen Runde des israelisch-palästinensischen Konflikts sind bereits viele Zivilist\*innen getötet und verletzt worden. Die Führer\*innen beider Seiten zögern nicht, Zivilist\*innen zu terrorisieren – dazu reicht ein Blick in die Geschichte des israelischen Staates und sein Agieren im Libanon und in Gaza oder auf die Hamas-Führer bei ihrer Offensive am 7. Oktober. Die Tötung von rund 260 jungen Menschen am Samstag bei einem “Rave” wird den Kampf für die Befreiung nicht weiterbringen, sondern war ein Versuch, die israelische Bevölkerung zu terrorisieren, was der ultrarechten israelischen Regierung in die Hände spielen kann. Die Verurteilungen durch die israelische Regierung sind jedoch angesichts des Verhaltens einiger ihrer Minister völlig heuchlerisch. Der derzeitige israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, verherrlichte jahrelang Baruch Goldstein, den israelischen Terroristen, der 1994 29 Palästinenser\*innen in einer Moschee massakrierte. Im März dieses Jahres forderte Finanzminister Bezalel Smotrich die “Auslöschung” der palästinensischen Stadt Huwara, nachdem dort zwei israelische Siedler getötet worden waren.

## **Krise in Israel**

Der israelische Staat sieht sich mit der größten Sicherheitskrise seit seiner Gründung 1948 konfrontiert. Noch vor zwei Wochen sprach Netanjahu übermütig vor der UN-Vollversammlung und hielt eine Karte des Nahen Ostens in den Händen, auf der die palästinensischen Gebiete nicht verzeichnet waren. Jetzt vertritt er eine herrschende Elite, die durch die Hamas-Regierung im Gazastreifen einen schweren Schlag in ihrem Ansehen erlitten hat – wo sie doch fälschlicherweise angenommen hatte, dass sie effektiv unterdrückt sei. Darüber hinaus haben sich Israels Kapitalist\*innen in einem Status sonnen können, der weltweit als führend in der Entwicklung und Nutzung von Überwachungs- und Militärtechnologie und -ausrüstung galt. Dieses Image ist schwer angeschlagen und hat nachweislich zu einem falschen Sicherheitsgefühl in Israel selbst beigetragen – einem Gefühl der Unbesiegbarkeit aufgrund eines starken Polizei- und Militärapparats.

Eine Welle der “nationalen Einheit” aufgrund des Krieges könnte Netanjahus eigene Position vorübergehend stärken. Seine schwache Regierungskoalition, der auch rechtsextreme Parteien angehören, ist durch eine neun Monate andauernde Massenbewegung gegen ihr Programm zur Justizreform stark unter Druck geraten, unter anderem durch einen Generalstreik, der das Land am 27. März lahmlegte. Die Hamas-Offensive, die eine hohe Zahl ziviler Opfer forderte – darunter die systematische Tötung ganzer Familien -, hat die jüdische Bevölkerung Israels stark getroffen und das Gefühl der Unsicherheit verstärkt. Der Ausbruch des Krieges wird also zweifellos diese besondere Bewegung treffen. Aber selbst in diesem frühen Stadium wird in Israel große Wut gegen die Regierung geäußert. Überlebende der Anschläge und Angehörige der Getöteten und Vermissten sagen im israelischen Fernsehen: “Wo war die Regierung?” und “Wo war die Armee?” und bringen damit das Gefühl zum Ausdruck, von einem Staat im Stich gelassen zu werden, von dem sie glaubten, er sei zum Schutz seiner jüdischen Bürger\*innen errichtet worden. Am Sonntag begann ein Moderator des israelischen Nachrichtensenders Kanal 12 mit den Worten: “Das Gefühl, dass der Staat uns im Stich gelassen hat, hat jeder Israeli in den letzten zwei Tagen”. Der Leitartikel der israelischen Zeitung Haaretz vom Montag war überschrieben mit: “Netanjahu trägt die Verantwortung für den Krieg zwischen Israel und Gaza”. Die Stimmung ist also polarisiert, und die Wut wird sich wahrscheinlich noch weiter ausbreiten, wenn der Schock in der Gesellschaft nachlässt und der Krieg mit seinen vielen Toten weitergeht.

Die Oppositionsparteien im israelischen Parlament könnten dann vorübergehend profitieren, aber sie schränken ihre Möglichkeiten ein, indem sie ihre Bereitschaft zur Bildung einer Notregierung der “nationalen Einheit” mit Netanjahu bekunden. Außerdem haben sie, wie alle pro-kapitalistischen Parteien, nach ihren Misserfolgen in der Regierung wenig Anziehungskraft; und sie haben keine alternativen Vorschläge, um künftige Verschärfungen des blutigen Konflikts zu verhindern, sondern nur eine ähnliche Agenda der militärischen Unterdrückung, die von gelegentlichen und minimalen Zugeständnissen unterbrochen wird.

Alle Flügel des israelischen Establishments fürchten zweifellos die Instabilität, die der Krieg in das Herz Israels bringen könnte. Im Jahr 2021 kam es in einigen der gemischten jüdisch-arabischen Städte Israels zu Ausschreitungen, die damals von rassistischen, ultranationalistischen israelischen Juden angeheizt wurden. Der neue Ausbruch des Krieges mit dem Gazastreifen könnte zu weiteren Zusammenstößen dieser Art führen und die Instabilität innerhalb Israels erhöhen.

Angesichts solcher Gefahren müssen sich israelische Arbeiter\*innen und Gewerkschafter\*innen gegen sie organisieren und sich bemühen, eine auf der Arbeiter\*innenklasse basierende Solidarität zwischen Gemeinschaften mit unterschiedlichem Hintergrund aufzubauen. Zusammen mit anderen Arbeiter\*innenaktionen und -kämpfen kann dies den Weg für den Aufbau einer neuen politischen Partei in Israel ebnen, die sich auf die Interessen der Arbeiter\*innenklasse stützt – und ein sozialistisches Programm hat, das eine echte Alternative zu den Zyklen des schrecklichen Blutvergießens darstellen kann.

## **Der Kampf der Palästinenser\*innen**

Die Hamas, eine rechtsgerichtete Partei des politischen Islams, hat sich im Gegensatz zur Fatah-geführten Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland, die mit der israelischen Militärrepression kollaboriert, als führende Kraft im Widerstand gegen die Blockade und die Besatzung positioniert. Aus Umfragen geht hervor, dass die Hamas im Gazastreifen normalerweise nur eine Minderheit unterstützt, aber ihre Offensive vom 7. Oktober dürfte diesen Anteil zumindest

eine Zeit lang erhöhen. Die Offensive zielte zweifellos auch darauf ab, die Unterstützung und Finanzierung der Hamas durch die von ihr als “islamischer Widerstand” bezeichneten Organisationen in anderen Teilen des Nahen Ostens zu erhöhen. Als Gründe für die Aktion führt die Hamas alle dringenden Beschwerden der Palästinenser\*innen an: die Blockade des Gazastreifens, die Razzien der israelischen Armee in den Städten des Westjordanlandes, die Gewalt rechtsgerichteter jüdischer Siedler\*innen, das Wachstum der Siedlungen, die Unterdrückung der Palästinenser\*innen in der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee und die 5200 Palästinenser\*innen, die in israelischen Gefängnissen festgehalten werden.

Der Zeitpunkt der Offensive stand wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit den von den USA geförderten Annäherungsgesprächen zwischen Israel und Saudi-Arabien, die die Hamas – wahrscheinlich auf Druck des iranischen Regimes – zunichte machen wollte. Die Hisbollah im Libanon, die ebenfalls Verbindungen zum Iran unterhält, bezog sich direkt auf die Gespräche mit Saudi-Arabien, als sie die Hamas-Operation als “entschlossene Antwort auf Israels anhaltende Besatzung und als Botschaft an diejenigen, die eine Normalisierung mit Israel anstreben” bezeichnete. Die Hisbollah unterstützte die Aktion der Hamas, indem sie einige Raketen auf einen israelischen Militärstützpunkt abfeuerte, eine Front in diesem Krieg, die sich noch verstärken könnte.

Sozialist\*innen können jedoch die Hamas und die Hisbollah – Parteien, die auf dem rechten politischen Islam basieren – nicht unterstützen. Sie sind gegen Arbeit\*innenrechte, LGBTQ+-Rechte und die Gleichberechtigung der Frauen; und ihre militärischen Strategien werden weder die Befreiung der Palästinenser\*innen noch einen angemessenen Lebensstandard für sie oder ein Ende des Konflikts herbeiführen – nichts davon ist im Kapitalismus möglich. Vielmehr wird der Weg für die Palästinenser\*innen durch einen demokratisch organisierten Massenkampf – eine sozialistische Intifada – führen, der auf den Interessen der Arbeiter\*innen und der Armen basiert, unabhängig von denen der reichen Eliten.

Der gegenwärtige Krieg zwischen Israel und Gaza zeigt auch, warum die Sozialist\*innen im CWI immer vor dem Angriff auf die israelische Zivilbevölkerung im nationalen Konflikt gewarnt haben und solche Angriffe ablehnen. Angriffe auf Zivilist\*innen in Israel verstärken die Angst, “ins Meer getrieben” zu werden, und treiben die israelisch-jüdischen Arbeiter\*innen weg von jeglicher Solidarität mit der Sache der Palästinenser\*innen und hin zur Unterstützung brutaler Vergeltungsmaßnahmen des israelischen Staates, anstatt zu versuchen, sie von der Identifikation mit den Interessen der israelischen Kapitalistenklasse abzubringen. Die zivilen Gefangenen, die in Gaza festgehalten werden, sollten freigelassen werden, wie natürlich auch alle palästinensischen politischen Gefangenen, die in israelischen Gefängnissen festgehalten werden.

Die palästinensischen Arbeiter\*innen müssen nicht nur einen Massenkampf führen, sondern auch ihre eigene Massenpartei aufbauen, die von kapitalistischen Interessen unabhängig ist. Die palästinensische Elite und die pro-kapitalistischen politischen Parteien in den besetzten Gebieten werden niemals in der Lage sein, den Konflikt zu beenden. Nur der Sturz des kapitalistischen Systems und die Ersetzung des Privateigentums an den wichtigsten Unternehmen durch öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle durch die Arbeiter\*innenklasse und die armen Massen können die Grundlage für ein Ende von Unterdrückung und Krieg schaffen. Der Aufbau von Arbeitermassenorganisationen mit sozialistischen Programmen auf beiden Seiten der nationalen Kluft ist der einzige Weg zu diesem Ziel, zusammen mit einem angemessenen Lebensstandard und garantierten Rechten für alle. Ein Aufruf an die Massen aller Länder, sich dem Kampf für

demokratische nationale Rechte anzuschließen und die Ausbeutung der Massen durch alle kapitalistischen Führungseliten und Regime zu beenden, ist der Weg nach vorn.

- Stoppt den Israel-Gaza-Krieg! Für den sofortigen Rückzug des israelischen Militärs aus den besetzten Gebieten
- Für demokratisch organisierte Verteidigungsausschüsse in lokalen Gemeinschaften
- Für einen Massenkampf der Palästinenser\*innen unter ihrer eigenen demokratischen Kontrolle, um für ihre Befreiung zu kämpfen
- Für den Aufbau unabhängiger Arbeiter\*innenparteien in Palästina und Israel und Verbindungen zwischen ihnen
- Für einen unabhängigen, sozialistischen palästinensischen Staat an der Seite eines sozialistischen Israels, mit zwei Hauptstädten in Jerusalem und garantierten demokratischen Rechten für alle Minderheiten, als Teil des Kampfes für einen sozialistischen Nahen Osten



# Aachen: 400 demonstrieren gegen Gaza-Krieg

(16. Oktober 2023)

## Friedlich und nicht antisemitisch gegen Besatzung und Krieg

In Aachen haben am Samstag 400 Menschen gegen Israels Krieg gegen Gaza demonstriert. Aufgerufen hatten Menschen aus der palästinensischen Community. Gleichzeitig fanden ähnliche Proteste in anderen Städten statt – in manchen wurden sie aber auch verboten.

*Von Christian Walter, Aachen*

Die Demo in Aachen war durchweg friedlich. Dabei würde die aktuelle Berichterstattung über palästina-solidarische Proteste anderes vermuten lassen: Demnach würden dort in hohem Maß die Morde an Zivilist\*innen in Israel durch Hamas-Kämpfer gefeiert, die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Israel gefordert und insgesamt vor allem antisemitische Parolen gerufen. Ich weiß nicht, ob an dieser Darstellung hinsichtlich einzelner Demonstrationen etwas dran ist. An der Aachener Demo habe ich aber teilgenommen und kann sagen: Sie passt nicht in dieses Bild.

## Verzweiflung

Organisiert und aufgerufen hatten Menschen aus der palästinensischen Gemeinde, und auch der Großteil der Teilnehmenden dürfte eine entsprechende Migrationsgeschichte haben. Mehrere Redner\*innen haben teils sehr emotional berichtet, dass sie Verwandtschaft in Gaza haben. Die Verzweiflung war spürbar: Die israelische Armee fordert die Menschen in Gaza zur Flucht auf, hält Gaza aber gleichzeitig unter Belagerung und die Grenze nach Ägypten ist geschlossen. Währenddessen fliegt die israelische Luftwaffe nonstop Angriffe. Zu ihren Zielen gehören neben Wohnhäusern auch Krankenhäuser, Rettungsdienste, Schulen und andere zivile Einrichtungen – angeblich alles auch von der Hamas genutzt. Zehntausende Menschen wurden dadurch bereits obdachlos, über 2000 Menschen sind getötet worden, zum Großteil Zivilist\*innen. Ebenfalls hat Israel die Energie-, Wasser- und Güterlieferungen blockiert. Medizinische Einrichtungen warnen vor dem vollständigen Kollaps und dem unvermeidlichen Tod von Patient\*innen, die beispielsweise auf Beatmung oder Dialyse angewiesen sind. Hunger nimmt zu, auch eine Wasserkrise droht – 95 Prozent des Wassers im Gazastreifen sind nicht trinkbar, der Landstrich ist auf Importe angewiesen. Der Gazastreifen ist gerade einmal halb so groß wie die StädteRegion Aachen, aber über zwei Millionen Menschen leben dort – damit gehört er zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt.

Schon vor einer Woche war die Lage im Gazastreifen schlimm. Aber nach den terroristischen Angriff der Hamas und dem daraufhin von Israel begonnenen Krieg ist Gaza zu einem „Höllloch“ (UN) geworden.

Mit dem drohenden Einmarsch der israelischen Armee und der Vertreibung der Bevölkerung drohen „ethnische Säuberungen“ oder gar ein Völkermord, wie mehrere Redner\*innen warnten. Führende israelische Politiker haben angekündigt, Gaza in Schutt und Asche zu legen. Netanjahu hatte schon

vor dem Angriff der Hamas eine Karte der Region präsentiert, in der die palästinensischen Gebiete nicht eingezeichnet waren. Die Sorge vor massenhafter, brutalster Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch Israel ist vor dem Hintergrund sehr gerechtfertigt.

## Entmenschlichung

Nach dem Hamas-Angriff auf Israel vor einer Woche war die Empörung groß – zu recht. Rechte Politiker in Israel haben das genutzt, um ihre rassistische Agenda auf die Spitze zu treiben: Palästinenser\*innen wurden als „menschliche Tiere“ bezeichnet, so beispielsweise von Yoav Gallant, dem israelischen Kriegsminister. Ähnliche Bezeichnungen gibt es viele – und entsprechende Handlungen beispielsweise von rechten israelischen Gruppen, die die Siedlungspolitik im Westjordanland vorantreiben. Auch wenn deutsche Politiker\*innen solche Bezeichnungen nicht übernehmen: Widerspruch gibt es auch nicht. Und in der Schlussfolgerung steht man bedingungslos hinter Israel. So meinte beispielsweise der CDU-Generalsekretär Linnemann, man müsse die „unschönen Bilder aushalten“. Damit dürfte er die Bilder eines in Trümmer gebombten Gazastreifens und unzähliger Leichen von Palästinenser\*innen gemeint haben. Das Rüstzeug dafür liefert Deutschland auch: Es steht ohne Bedingungen für Waffenlieferungen bereit, ergänzt nur um geheuchelte Appelle, Israel solle das Völkerrecht und humanitäre Grundsätze achten – obwohl allen klar ist, dass dies nicht geschieht.

Bei der Kundgebung in Aachen gab es eine große Empörung darüber. In Reden wurde gesagt, man müsse nicht für ein freies Palästina sein, aber zumindest solle man Palästinenser\*innen als Menschen ansehen. Auf einem Transparent war zu lesen: „Wir sind keine Tiere“.

## Hamas

In der omnipräsenten Hetze in allen Medien werden palästina-solidarische Proteste unter den Generalverdacht gestellt, den Terror der Hamas zu unterstützen. Mit dieser Begründung wurden in vielen Orten Demonstrationen kurzerhand verboten, ebenfalls werden Vereinsverbote vorbereitet und sogar Abschiebungen drohen. In Aachen war davon nichts spürbar. Redner\*innen betraueren zivile Opfer, explizit auch die in Israel. Zitat einer Rednerin: „Wir stehen hier in Solidarität mit Palästina. Aber wir bekunden auch unser Beileid mit den Toten der Gegenseite, den Zivilisten, die ihr Leben verloren haben.“ In mehreren Reden wurde ein Bild eines Nahen Ostens gezeichnet, in dem Menschen unterschiedlicher Religion friedlich zusammen leben. Eine Rednerin schilderte die Erzählungen ihres Großvaters, wonach in seinem Dorf Moslems, Juden und Christen in guter Nachbarschaft zusammen lebten.

Die zutiefst reaktionäre und arbeiter\*innenfeindliche Hamas nährt sich aus israelischer Unterdrückung und dürfte solche Ideen fürchten. Die rechte israelische Regierung nährt sich wiederum aus dem Terror der Hamas, der die Bevölkerung Israels hinter der Regierung versammelt. Die Folge ist ein Teufelskreis, an dessen Anfang sicherlich nicht der Hamas-Terror von vor einer Woche steht, auch wenn er zu den Tiefpunkten gehört.

Auf der Aachener Kundgebung gab es keine deutlichen Distanzierungen von der Hamas als solcher. Das mag unterschiedliche Gründe haben: zum einen richtete sich die Demo gegen die Angriffe des Staats Israel auf Gaza. Es ist aber auch der Fall, dass die Hamas für viele Menschen aus Palästina nicht nur für Terrorangriffe, wie den vom 7.10. steht, sondern auch für Widerstand gegen die Besatzung und Unterdrückung und für Sozialprogramme, Bildungseinrichtungen und

Gesundheitsversorgung im Gaza-Streifen. Klar ist aber auch: Weder für die Politik, noch für die Methoden der Hamas gab es Unterstützung. Im Gegenteil: In Reden wurden Hoffnungen auf einen friedlichen, multiethnischen und multireligiösen Nahen Osten skizziert, die dem Programm der Hamas komplett entgegenstehen. Auch entgegen den reaktionären Vorstellungen der Hamas wurde die Kundgebung von Frauen dominiert, nur eine von einer Vielzahl an Reden wurde von einem Mann gehalten. Selbst Journalist\*innen, die sich viel Mühe gegeben haben, Zitate zu bekommen, die später ins passende Bild gestellt werden könnten, waren nicht erfolgreich, denn es gab einfach keine. Ein Aachener Journalist fabrizierte daraus die Darstellung, solche Äußerungen habe es nur aufgrund polizeilicher Auflagen nicht gegeben. Doch die Wahrheit ist eine andere. Sol-Mitglieder, die u.a. auf einem Schild die Hamas klar abgelehnt haben, haben dafür von Demo-Teilnehmer\*innen Zuspruch bekommen.

## Religion

Bei der Kundgebung wechselten sich Beiträge voller Angst und Empörung, politische Forderungen und religiöse Ausrufe ab. Ein Großteil der Teilnehmer\*innen kam aus der palästinensischen Community, von denen wiederum viele muslimischen Glaubens sind. „Allahu Akbar“ – „Gott ist groß“, dieser Ausspruch wurde oft gerufen. Eine Rednerin erklärte, was damit gemeint gewesen sei: Die Hoffnung, dass irgendwann Gerechtigkeit und Frieden herrschen. Sie erklärte auch, was nicht die Intention dieses Ausspruchs gewesen sei: Angst und Schrecken zu verbreiten. Eine notwendige Erklärung, wird unter „Allahu Akbar!“-Rufen auch Terror von islamistischen Attentätern verbreitet. Was mir als nicht-religiösem Menschen etwas befremdlich vorkam ist letztlich aber nichts ungewöhnliches, wenn es Leid, Trauer und Angst zu verarbeiten gilt: Dass eine politische Kundgebung Elemente eines Gottesdienstes enthält.

## Forderungen

Eine Rednerin stellte klare Forderungen auf:

- Deutschland solle auf Israel einwirken, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten
- Die Siedlungspolitik müsse gestoppt werden
- Die Entmenschlichung der Palästinenser\*innen müsse ein Ende haben
- Es dürfe keine deutschen Waffenlieferungen an Israel geben und
- Vertriebene Palästinenser\*innen müssten ein Recht auf Rückkehr haben.

Es wurde auch eindringlich gewarnt vor einer weiteren Fortsetzung der Gewalt-Spirale, die das Potenzial habe, die ganze Region in einen Flächenbrand zu versetzen.

Die Leidtragenden von Krieg und Terror sind nicht in erster Linie die Reichen, die es sich leisten können, sichere Bunker in ihren Villen zu haben. Die Leidtragenden sind einfache Menschen aus der Arbeiter\*innenklasse – auf beiden Seiten der Mauer.

Wir von der Sozialistischen Organisation Solidarität sehen die Verbindung der palästinensischen, arabisch-israelischen und jüdisch-israelischen Arbeiter\*innenklasse als entscheidend an, um Krieg und Elend zu stoppen. Und um eine Perspektive auf eine friedliche Zukunft zu erkämpfen, die im Kapitalismus undenkbar ist. [Hier](#) und [hier](#) erfahrt ihr mehr über unsere Antworten.

## Demonstration

Im Anschluss an die Kundgebung gab es eine kraftvolle Demonstration durch die Stadt. Vielerorts bekam die Demo Zuspruch, Passant\*innen klatschten, Autofahrer\*innen hupten. Einzelne fragten, ob die Demo sich für die Hamas ausspreche, aber das konnte schnell geklärt werden – unter anderem durch das Schild der Sol, das das klar verneinte. Aber auch andere Teilnehmer\*innen trugen Schilder, die beispielsweise Haldmond, Davidstern und Kreuz nebeneinander zeigten und damit den Wunsch nach einem friedlichen Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religionen zum Ausdruck brachten. Es dominierten aber natürlich palästinensische Fahnen. Ich konnte nur eine Provokation beobachten: Nach dem offiziellen Ende beleidigte ein Passant Menschen aus der Kundgebung. Angesichts der massiven öffentlichen Kampagne zur Diskreditierung palästina-solidarischer Aktionen hätte man mehr Gegenwind erwarten können.

Die gesamte Kundgebung und Demonstration wurde von einem Großaufgebot der Polizei in Kampfmontur begleitet – obwohl es weniger Zwischenfälle als bei jedem Dorffest gab. Auch das muss als politisches Instrument gewertet werden, um in der Öffentlichkeit ein Bild zu zeichnen: Wo Menschen sich für Palästina oder gegen den israelischen Krieg gegen Gaza engagieren ist mit Gewalt zu rechnen.

## Linke

Mehrere Genoss\*innen der Aachener Sol beteiligten sich an der Demo. Wir verteilten 150 Exemplare von unserer [Stellungnahme](#) und Einladungen zum Aachener Sozialismustag am 28. Oktober. Wir waren mit einer Fahne und zwei Protest-Schildern sehr sichtbar und haben sozialistische Ideen in die Demo getragen.

Auch einige andere linke Gruppen haben teilgenommen. Neben uns war jedoch nur „Jugend für Sozialismus“ mit einer roten Organisationsfahne erkennbar, andere Gruppen beschränkten sich darauf, mit Palästina-Fahnen aufzutreten. Wir meinen, dass Sozialist\*innen gezielt Ideen von Arbeiter\*inneneinheit gegen Krieg und Terror verbreiten und entsprechend offen auftreten sollten.

Von der Partei DIE LINKE waren leider keine offiziellen Vertreter\*innen gekommen. Entsprechend der Linie der Bundespartei ist sie dem Anpassungstrend gefolgt und hat mit allen anderen „demokratischen“ Parteien im Stadtrat für den Folgetag zu einer Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit Israel!“ aufgerufen.

# Opposition gegen Israels Angriff ist kein Antisemitismus

(16. Oktober 2023)

## Demokratische Rechte verteidigen! Frieden und Selbstbestimmung nur durch Arbeiter\*inneneinheit und Sozialismus – Flugblatt der Sol

Die Reaktion des Staates Israel auf den mörderischen, terroristischen Angriff der Hamas auf Zivilist\*innen ist eine verbrecherische kollektive Bestrafung der Palästinenser\*innen im Gaza-Streifen. Tausende Tote, darunter hunderte Kinder, die Vertreibung Hunderttausender und die Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen sind die Folge. Protest dagegen ist notwendig und gerechtfertigt!

Wir fordern:

- Sofortige Beendigung der Angriffe auf Gaza und auf Palästinenser\*innen im Westjordanland
- Freilassung aller Geiseln und politischer Gefangenen
- Sofortige Aufhebung der Blockade gegen Gaza
- Schluss mit der Ausweitung israelisch-jüdischer Siedlungen im Westjordanland

Die mediale Debatte zur Eskalation des Nahost-Konflikts in Deutschland ist von doppelten Standards und Heuchelei geprägt. Kritik an der Politik des israelischen Staats wird als antisemitisch und als Unterstützung für den Angriff der Hamas delegitimiert. Politiker\*innen aus Regierung und CDU/CSU erklären offen, dass der Staat Israel unterstützt werden müsse, unabhängig davon, was dieser im Gaza-Streifen anrichten wird. Demonstrationen und das Zeigen palästinensischer Symbole werden verboten. Es wird eine Atmosphäre geschaffen, in der es nur zwei Alternativen geben soll: Für Hamas oder für den Staat Israel. Das weisen wir zurück!

Wir fordern:

- Das Recht auf Protest gegen die Kriegs- und Besatzungspolitik des Staats Israel
- Rücknahme des Verbots von palästinensischen Symbolen und Demonstrationslogos
- Nein zur Einschränkung demokratischer Rechte für Palästinenser\*innen
- Gegen Waffenlieferungen an Israel

Die Spirale von Terror und Gewalt im Nahen Osten hat ihre Ursache in der Besatzung bzw. Abriegelung palästinensischer Gebiete durch den Staat Israel und der Verweigerung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung der Palästinenser\*innen. Dies ist untrennbar verbunden mit den Interessen des westlichen Imperialismus in der Region, der den Staat Israel als seinen Vorposten betrachtet.

Die arabischen Eliten, die Palästinensische Autonomiebehörde und Organisationen wie die Hamas bieten keine Perspektive für eine Befreiung der Palästinenser\*innen. Sie vertreten ihre eigenen kapitalistischen Machtinteressen. Hamas ist eine reaktionäre, arbeit\*innen- und frauenfeindliche

Organisation, die einen Staat nach dem Vorbild der iranischen Diktatur errichten will. Sie können für Linke, Gewerkschafter\*innen und freiheitsliebende Menschen keine Bündnispartner sein.

Wir sind davon überzeugt, dass die einfachen Arbeiter\*innen, Bäuer\*innen und Jugendlichen auf beiden Seiten der nationalen Grenzlinie dasselbe Interesse nach Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand haben. Das wird ihnen durch ihre jeweils Herrschenden und das kapitalistische System verweigert. Nur eine Überwindung der nationalen Spaltung von unten kann eine Perspektive für Frieden und Selbstbestimmung aufzeigen.

Wir treten ein für:

- Für demokratisch organisierte lokale Verteidigungsausschüsse durch die sich die Menschen unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit gegen Angriffe verteidigen können
- Für einen Massenkampf der Palästinenser\*innen unter ihrer eigenen demokratischen Kontrolle, um für ihre Befreiung zu kämpfen
- Für den Aufbau unabhängiger Arbeiter\*innenparteien in Palästina und Israel und Verbindungen zwischen ihnen
- Für einen unabhängigen, sozialistischen palästinensischen Staat an der Seite eines sozialistischen Israels, mit zwei Hauptstädten in Jerusalem und garantierten demokratischen Rechten für alle Minderheiten, als Teil des Kampfes für einen sozialistischen Nahen Osten

# Für Meinungsfreiheit statt Verboten an Berliner Schulen

(19. Oktober 2023)

## Kritik am Staat Israel ist kein Antisemitismus! – Flugblatt von Jugend für Sozialismus (JfS)

*Wir dokumentieren hier ein aktuelles Flugblatt von Jugend für Sozialismus Berlin:*

Die Bilder aus Israel und Palästina in den vergangenen Tagen sind schockierend. Tausende Menschen haben auf beiden Seiten ihr Leben verloren und sind schwer verletzt worden. Hunderttausende sind auf der Flucht.

Viele unserer palästinensischen Mitschüler\*innen haben Verwandte und Freund\*innen im Gaza-Streifen und sind direkt betroffen. Unseren jüdischen Mitschüler\*innen geht es ähnlich und sie haben Angst vor antisemitischen Übergriffen. Unsere palästinensischen Mitschüler\*innen Sorgen, Trauer und Ängste dürfen sie aber nicht in gleicher Art und Weise zum Ausdruck bringen. Während die Fahne des Staats Israel gerade allgegenwärtig ist, werden palästinensische Schüler\*innen daran gehindert, ihre Meinung frei zu äußern.

In einem Rundschreiben an die Berliner Schulleitungen hat die Bildungsministerin Günther-Wünsch (CDU) mitgeteilt, dass auch „*Symbole, Gesten und Meinungsäußerungen, die die Grenze zur Strafbarkeit noch nicht erreichen*“ verboten werden können, zum Beispiel das Tragen des Palästinensertuchs oder Aufkleber und Sticker mit Aufschriften wie „Free Palestine“. Bei Verstößen drohen Schüler\*innen Tadel, aber auch Verweise oder sogar Ausschlüsse vom Unterricht.

Das ist für unsere palästinensischen und arabischen Mitschüler\*innen diskriminierend und demütigend. Sie kommen oftmals aus Familien, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und müssen seit Jahrzehnten die Besatzung bzw. Belagerung ihrer Heimat mitansehen. In Deutschland sind sie von antimuslimischem Rassismus betroffen. Und statt sie zu unterstützen, setzt die Bildungsministerin dem Ganzen noch die Krone auf.

## Wir sagen klar: Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung und Kritik am Staat Israel sind kein Antisemitismus!

Die Ereignisse in Israel und Palästina lösen bei uns unterschiedliche Emotionen aus, weil wir einen unterschiedlichen Bezug und unterschiedliche Meinungen dazu haben. Darauf müssen Lehrer\*innen und Schulleitungen Rücksicht nehmen und solidarische Räume schaffen, in denen über unterschiedliche Sichtweisen diskutiert werden kann. Die Antwort darauf dürfen keine Verbote und kein Generalverdacht sein, dass Kritik am Staat Israel antisemitisch sei.

Wir halten den Angriff der Hamas auf israelische Zivilist\*innen für ein Verbrechen. Wir halten die kollektive Bestrafung der Menschen im Gaza-Streifen durch den Staat Israel auch für ein Verbrechen. Wir sind dafür, dass die Menschen in Frieden und Selbstbestimmung leben können.

Voraussetzung dafür ist im Nahen Osten, dass der Staat Israel seine Besatzungs-, Siedlungs- und Belagerungspolitik gegen die Palästinenser\*innen beendet. Deshalb protestieren wir gegen den Angriff auf Gaza und die Politik des Staates Israel.

## **Rassismus stoppen!**

Wir wehren uns dagegen, dass Menschen mit muslimischem Hintergrund oder Glauben unter Generalverdacht gestellt werden und mit denjenigen in einen Topf geworfen werden, die den rechten politischen Islam vertreten und die Religion missbrauchen, um ihre eigenen politischen Machtziele zu verfolgen. Kommt es tatsächlich zu antisemitischen Angriffen, lehnen wir dies natürlich strikt ab. Wenn jedoch jetzt Solidarität mit den Palästinenser\*innen mit Antisemitismus gleichgesetzt wird und dazu führen soll, dass Menschen sogar abgeschoben werden sollen, sagen wir: Nein!

Antisemitismus ist kein importiertes Problem. Schon vor dem Krieg in Gaza fielen deutsche Politiker\*innen, wie Höcke mit antisemitische Aussagen auf, der das Holocaust Denkmal als "Denkmal der Schande" bezeichnete. Auch in der Polizei wurden immer wieder Fälle von rassistischen Chatgruppen und Gewalt gegen migrantische Jugendliche bekannt.

## **Das Problem heißt: Kapitalismus!**

All dies zeigt: die Hetze gegen migrantische Menschen und all jene, die Kritik äußern an der Kollektivbestrafung der palästinensischen Bevölkerung für die Verbrechen der Hamas, leitet sich nicht aus einer aufrichtigen Sorge der bürgerlichen Politiker\*innen um Antisemitismus in Deutschland ab. Kritik an der bedingungslosen Unterstützung Israels soll vielmehr diffamiert werden.

Grund dafür sind die imperialistischen Interessen des Westen, die Israel als ihren Vorposten in der Region sehen. Dieser Konflikt wird sich daher nicht im Rahmen des Kapitalismus lösen lassen. Kapitalismus wird immer wieder zu Krieg und Rassismus führen, es ist quasi die DNA dieses Systems. Jugend für Sozialismus steht deswegen ein für ein unabhängiges und sozialistisches Palästina neben einem sozialistischen Israel. Die einfache Bevölkerung auf beiden Seiten hat kein Interesse an diesem Krieg. Sie hat aber die Macht, ihn zu beenden! Genauso kämpfen wir in Deutschland gegen die rassistische Spaltung der Arbeiter\*innenklasse und Jugend.

## **Wir fordern:**

- Rücknahme der Verbote an Berliner Schulen! Kritik an der israelischen Regierung ist kein Antisemitismus! Für freie Meinungsäußerung an unseren Schulen!
- Für das Recht auf Protest gegen den Krieg im Nahen Osten!
- Eine Ausarbeitung eines Unterrichtskonzepts zum Nahen Osten unter Einbeziehung der GEW, von Elternverbänden, Schüler\*innenvertretungen, sowie palästinensischen und jüdischen Verbänden!
- Nein zum Krieg und Terror im Nahen Osten! Für ein sofortiges Ende des Angriffs auf Gaza. Frieden und Selbstbestimmung durch Sozialismus!



# Aufruf: Stoppt den Angriff auf Gaza

(21. Oktober 2023)

## **Für Frieden und Selbstbestimmung – gegen Besatzung, Unterdrückung, Krieg und Terror – Nein zur Repression der Palästina-Solidarität in Deutschland – Kritik an der Regierung Israels ist kein Antisemitismus**

Die mediale Debatte zur Eskalation des Nahost-Konflikts ist von doppelten Standards und Heuchelei geprägt. Kritik an der Politik des israelischen Staats wird als antisemitisch und als Unterstützung für den mörderischen Angriff der Hamas auf Zivilist\*innen in Israel delegitimiert. Politiker\*innen aus Regierung und CDU/CSU erklären offen, dass der Staat Israel unterstützt werden müsse, unabhängig davon, was dieser im Gaza-Streifen anrichten wird. Demonstrationen und das Zeigen palästinensischer Symbole werden verboten. Insbesondere Jugendliche arabischer Herkunft werden pauschal kriminalisiert.

An den Schulen werden die demokratischen Rechte eingeschränkt. In einem Schreiben an die Schulleitungen teilte die Berliner Bildungssenatorin Günther-Wünsch (CDU) mit, dass auch „Symbole, Gesten und Meinungsäußerungen, die die Grenze zur Strafbarkeit noch nicht erreichen“ verboten werden können, zum Beispiel das Tragen des Palästinensertuchs oder Aufkleber und Sticker mit Aufschriften wie „Free Palestine“. Die Ausgrenzung und Entrechtung von Kindern und Jugendlichen mit arabischen Wurzeln treibt diese eher in die Hände von reaktionären islamistischen Kräften. Gleichzeitig werden Ressentiments gegen Migrant\*innen bei deutschen Schüler\*innen gestärkt, legitimiert durch staatliche Politik. Wir fordern eine Rücknahme solcher Anweisungen und Verbote und die Ausarbeitung eines Schulkonzepts zum Umgang mit dem Nahostkonflikt unter Einbeziehung von GEW, Migrant\*innenverbänden und Eltern- und Schüler\*innenvertretungen.

Die Herrschenden in Deutschland schaffen eine Atmosphäre, in der es nur zwei Alternativen geben soll: Für die böse Hamas oder für den „guten“ Staat Israel. Das weisen wir zurück! Wir bringen eine internationalistische Position gegen Krieg und Terror, gegen Besatzung und Unterdrückung, für Frieden und Selbstbestimmung in die Debatte.

Wir erklären:

Wir stehen an der Seite der arbeitenden Bevölkerung auf beiden Seiten, die um ihr Leben, ihre Sicherheit oder ihre Angehörigen bangen. Unsere Gedanken sind bei ihnen.

Der Angriff der Hamas ist Terror gegen Zivilist\*innen, den wir entschieden ablehnen. Diesen Terror isoliert und kontextfrei zu diskutieren greift aber viel zu kurz und vernachlässigt wesentliche Ursachen des Krieges in Palästina/Israel. Die tiefere Ursache für solche Ereignisse und selbst für die Existenz von Organisationen wie der arbeiter\*innen- und frauenfeindlichen Hamas liegt in der jahrzehntelangen Besatzung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch den Staat Israel bzw. die Abriegelung und Belagerung des Gaza Streifens seit 2006.

Die Reaktion des Staats Israel – die völlige Abschottung des Gaza-Streifens, die Bombardierung und der zu erwartende Einmarsch der israelischen Armee – führt zu unendlichem Leid der

palästinensischen Bevölkerung, zu tausenden Toten, Vertreibung und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Wir fordern ein sofortiges Ende dieser Angriffe und der Waffenlieferungen an Israel.

Wir wenden uns gegen Antisemitismus und gegen antimuslimischen und anti-palästinensischen Rassismus. Wir fordern Meinungs- und Demonstrationsfreiheit auch für Gegner\*innen des Angriffs und der Besatzungspolitik des Staats Israel. Verbote von palästinensischen Symbolen und Organisationen bekämpfen wir. Kritik am Staat Israel, an Krieg, Besatzung, Siedlungspolitik und Unterdrückung ist kein Antisemitismus und keine Unterstützung für die Hamas! Diejenigen, die das behaupten, leisten dem Kampf gegen Antisemitismus einen Bärendienst, wenn sie alle Jüd\*innen mit dem Staat Israel und seiner Kriegs- und Unterdrückungspolitik gleichsetzen.

Wir wenden uns gegen den offensichtlichen Versuch der Regierenden und bürgerlichen Opposition, im Windschatten der Ereignisse im Nahen Osten die Migrationsdebatte weiter anzuheizen, die Rechte von Geflüchteten und das Asylrecht weiter und demokratische Rechte wie Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit einzuschränken.

Eine Lösung des Nahostkonflikts ist nur bei gegenseitiger Anerkennung von demokratischen und nationalen Rechten aller Bevölkerungsgruppen möglich. Armut, Ausbeutung und Diskriminierung müssen beendet werden. Die Interessen des westlichen Imperialismus, der den Staat Israel als Vorposten im Nahen Osten betrachtet, der Herrschenden in Israel und der herrschenden Klassen und Eliten im Nahen und Mittleren Osten stehen dem entgegen.

Wir unterstützen alle Ansätze für demokratische Massenbewegungen gegen Krieg, Besatzung, Unterdrückung und Ausbeutung und den Aufbau gewerkschaftlicher und sozialistischer Organisationen von Arbeiter\*innen, Jugendlichen und der Masse der Bevölkerung. Diese können, indem sie zusammen kommen, die nationale Spaltung von unten überwinden und die gemeinsamen Interessen aller einfachen Menschen in der Region zur Geltung bringen. Das muss sowohl unabhängig vom israelischen Staat, als auch der Palästinensischen Autonomiebehörde und Organisationen wie der Hamas geschehen, die nicht die Interessen der Massen vertreten.

Die Welt gerät nicht nur im Nahen Osten in eine immer schlimmer werdende Spirale von Kriegen, Handelskriegen und multipler Krise. Die arbeitende Klasse verliert bisher bei jedem dieser Kriege, egal welche Seite ihre Regierungen unterstützen. Sie braucht daher eine unabhängige Klassenposition in den Konflikten, die die gemeinsamen Interessen der Arbeiter\*innen unabhängig von ihrer Nationalität und Religionszugehörigkeit zum Ausdruck bringt. Eine Perspektive für Frieden und Selbstbestimmung in Nahost ist untrennbar verbunden mit dem internationalen Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus und für eine demokratisch-sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Erstunterzeichner\*innen:

[...]

Kontakt und weitere Unterschriften: <http://www.stopptdenangriffaufgaza.wordpress.com/> und [aufrufstopptangriffaufgaza@gmail.com](mailto:aufrufstopptangriffaufgaza@gmail.com)

# Israel-Gaza-Krieg: Mahnwache in Aachen

(24. Oktober 2023)

## Viel Sympathie und Offenheit für Protest gegen Israels Angriff auf Gaza

Am Samstag versammelten sich etwa 100 Menschen, viele davon aus der palästinensischen Gemeinde, vor dem Aachener Hauptbahnhof. Die Aachener Ortsgruppe der Sol hatte dort zur Mahnwache gegen den Israel-Gaza-Krieg aufgerufen.

*Von Christian Walter, Aachen*

Parallel liefen große pro-palästinensische Demonstrationen in vielen Städten. In Düsseldorf beispielsweise waren 7000 Menschen auf der Straße, auch aus Aachen waren viele dabei. Wir von der Aachener Sol hatten uns aber entschieden, in Aachen zu bleiben und eine Mahnwache durchzuführen. Wir wollten dadurch mit Passant\*innen ins Gespräch kommen und austesten, ob die ständige Behauptung von Medien und großen Parteien verfängt, wonach palästinensische Demonstrationen die Hamas unterstützen würden und antisemitisch seien und wonach sich Israel nur verteidigen würde. Auch wollten wir die Aachener Bevölkerung zu unserem Sozialismus Tag am kommenden Samstag einladen, wo wir kurzfristig das reichhaltige Programm noch ergänzt haben: Um 12:30 Uhr gibt es jetzt zusätzlich einen Vortrag mit anschließender Diskussion unter dem Titel „Krieg in Nahost: Gibt es eine Perspektive für ein Ende von Besatzung, Unterdrückung und Gewalt?“.

Aufgrund dieser Überlegungen hatten wir auch keine große Mobilisierung zur Mahnwache durchgeführt – nur je ein Posting bei Instagram und Facebook veröffentlicht und ein paar Kontakte eingeladen. Und die haben es offenbar weitergegeben und eine Mobilisierungskette in Bewegung gesetzt. So kam es, dass statt der erwarteten und angemeldeten zehn Menschen zehnmal so viele kamen. Viele von ihnen hatten palästinensische Fahnen mitgebracht oder Plakate, auf denen in auf das Leid der Bevölkerung in Gaza aufmerksam gemacht wurde.

Wir hatten zusätzlich zu Infotischen, Flugblättern und Plakaten auch ein Megafon mitgebracht, für den Fall der Fälle, dass doch mehr Menschen kommen sollten oder es Störversuche geben könnte. Und das war gut, denn aufgrund der deutlich größeren Teilnahme haben wir den Charakter kurzerhand geändert und aus der Mahnwache eine Kundgebung gemacht. Reden hatte zwar niemand vorbereitet, aber das störte gar nicht, denn auch ohne Reden vorbereitet zu haben war das Mitteilungsbedürfnis sehr groß.

Zu Beginn verlas ein Mitglied der Aachener Sol eine [Stellungnahme](#), in der die jüngste Eskalation im Zusammenhang mit der andauernden Unterdrückung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung erklärt, der Zusammenhang mit kapitalistischer Ausbeutung und unser sozialistischer Lösungsvorschlag erklärt wird. Danach luden wir zum offenen Mikro ein, also alle, die etwas beitragen wollten, waren eingeladen, das zu tun. Das traf ein Bedürfnis: Insgesamt wurden 13 Redebeiträge gehalten.

Die Redebeiträge waren teils nur schwer auszuhalten, so eindrücklich und emotional wurde das Leid geschildert. Viele der Anwesenden haben Angehörige im Gaza-Streifen und sorgen sich um deren Leib und Leben. Besonders schlimm ist es geworden seitdem es kaum noch Strom gibt und die Kontakt-Möglichkeiten weitgehend abgebrochen sind. Eine Mutter rief zum Frieden auf, weil keine Mutter ihre Kinder im Krieg sehen wolle. Eine Teilnehmerin berichtete, dass an ihrer Uni alle pro-palästinensischen Kommentare entfernt werden. Ein Redner berichtete von ähnlichem in Medien, wo trotz allen Neutralitätsgeboten nur eine Seite gezeigt werde. Viele regten sich über doppelte Standards auf – beispielsweise gäbe es einen weltweiten Aufschrei, wenn Russland ähnlich verfahren würde wie Israel. Gleichzeitig machte niemand, anders als es gerne von bürgerlichen Politiker\*innen oder den großen Medien dargestellt wird, „die Juden“ verantwortlich, im Gegenteil. Mehrere Redner\*innen erklärten, dass sie sich einen Nahen Osten wünschten, wo Menschen unterschiedlicher Religion und Herkunft friedlich zusammen leben könnten.

Im Fokus stand aber natürlich die dauerhafte Bombardierung Gazas und der wohl kurz bevorstehende Einmarsch der israelischen Armee. Tausende Menschen, darunter hunderte Kinder, sind durch die Bomben der israelischen Regierungen schon getötet worden. Millionen Einwohner\*innen sind bereits in dem kleinen Gaza-Streifen auf der Flucht, die Lage ist dramatisch: Es fehlt an Lebensmitteln, Trinkwasser, Medikamenten, Energie. Wegen des Treibstoffmangels fehlt es auch an Strom. Es gibt mittlerweile Videos, die verzweifelte Ärzt\*innen zeigen, die versuchen komplizierte Operationen mit dem Licht einer Handy-Taschenlampe durchzuführen. Dass nach sehr viel Druck endlich zwanzig LKWs mit Hilfsgütern in den Gaza-Streifen gelassen wurden ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Zusammenhang mit der Vertreibung der Bevölkerung Gazas, aber auch der Siedlungspolitik im Westjordanland warnten mehrere Redner\*innen vor einem Genozid.

Zum Abschluss der Mahnwache hielt ein anderes Mitglied der Aachener Sol noch eine Rede auf Grundlage unseres neuesten [Flugblatts](#). Darin zeigte sie sowohl einen Weg zur sofortigen Deeskalation auf: Die israelischen Angriffe in Gaza und dem Westjordanland müssen gestoppt werden, alle Geiseln und politischen Gefangenen auf beiden Seiten freigelassen werden, die Blockade Gazas und die israelische Siedlungspolitik beendet werden. Sie ging aber auch auf die Repression gegen palästina-solidarische Proteste in Deutschland ein, die das Ausmaß einer Hexenjagd angenommen haben, womit die Linie der Regierung, palästina-solidarische Aktivitäten in die Nähe des Antisemitismus zu rücken und bedingungslos jedes Verbrechen des israelischen Staates mitzutragen, legitimiert werden soll. Sie forderte das Recht auf Protest gegen die israelische Besatzung und den Krieg und protestierte gegen die Einschränkung demokratischer Rechte für Palästinenser\*innen, forderte die Rücknahme von Verboten pro-palästinensischer Symbole und Slogans und sprach sich gegen Waffenlieferungen an Israel aus. Während bürgerliche Politiker\*innen in Deutschland am laufenden Band etwas von dem Recht auf Selbstverteidigung Israels erzählen, scheint es dieses Recht für die palästinensische Bevölkerung nicht zu geben. Die Sol-Genossin hingegen forderte eben dieses Recht, machte aber auch Vorschläge, wie es im Interesse der Bevölkerung umgesetzt werden und die Hamas oder ähnliche Gruppen, die zur Eskalation beitragen, schwächen könnte: So sollten demokratisch organisierte, lokale Verteidigungsausschüsse gebildet werden, wo alle Menschen mitwirken können sollten, unabhängig ihrer Herkunft oder Religion. Sie plädierte für einen palästinensischen Massenkampf für ihre Befreiung, der notwendigerweise unter ihrer eigenen demokratischen Kontrolle stattfinden muss. Sie rief auf zum Aufbau unabhängiger Massenparteien in Palästina und Israel, die sich nicht als Feinde ansehen dürfen, sondern genossenschaftliche Verbindungen pflegen sollten. Und sie schlug

einen unabhängigen, sozialistischen palästinensischen Staat und ebenso ein sozialistisches Israel vor, mit zwei Hauptstädten in Jerusalem / al-Quds. In diesen Staaten muss es garantierte Rechte für alle Minderheiten geben, und sie sollten Teil einer sozialistischen Staatengemeinschaft des Nahen Ostens sein. In einem solchen Gebilde, in dem alle Minderheitenrechte respektiert werden und mit der Überwindung des Kapitalismus auch die wirtschaftlichen Interessen für Unterdrückung und Ausbeutung verschwunden sind könnten die Wunden, der Rassismus, der Hass endlich verheilen, anstatt diese ständig zu vertiefen.

Mehrere Medien waren vor Ort. Sie berichteten tatsächlich recht wahrheitsgemäß (abgesehen von der absurd niedrigen Teilnehmer\*innenzahl von vierzig in der Aachener Zeitung). Vor allem im Artikel der [Aachener Zeitung](#) kam gut rüber, dass es eben keine pro-Hamas-Kundgebung war, dass es keine antisemitischen Äußerungen gab und neben der israelischen Aggressionen auch der Terror der Hamas abgelehnt wurde. Besonders viel Applaus bekamen – neben Aufrufen gegen den Krieg und für ein freies Palästina – folgende Äußerungen: „Palästina-Solidarität ist nicht antisemitisch!“ und „Die Bevölkerung Gazas ist nicht die Hamas!“.

Es gab nur einen Passanten, der im Gespräch mit Sol-Mitgliedern zwar unsere Haltung vom länderübergreifenden Klassenkampf unterstützte, aber absurderweise den Teilnehmer\*innen mit erkennbar arabischer Migrationsgeschichte Antisemitismus unterstellte. Ansonsten gab es von Passant\*innen viel Zuspruch. Wir können feststellen: Die seit zwei Wochen andauernde Hetze von Parteien und Medien wirkt nicht so stark, wie man hätte befürchten können. Inhaltliche Störversuche gab es nicht, nur ein paar sichtlich alkoholisierte Menschen fanden das Geschehen und das Megafon spannend, größere Störungen gab es von ihnen aber auch nicht.

Nach der Kundgebung kamen noch viele Teilnehmer\*innen auf uns zu und bedankten sich für die Initiative. Mehrere trugen sich auf unsere Kontakt-Listen ein und wollen mit uns in Kontakt bleiben. Wir konnten viele Flugblätter verteilen, sowohl unsere thematischen Stellungnahmen als auch Einladungen zum Sozialismus Tag. Dass wir das Programm um eine Diskussion zum Thema der Mahnwache ergänzt haben wurde sehr positiv aufgenommen, viele haben angekündigt, daran teilnehmen zu wollen.

# Ältere Texte

Liebe Genossinnen und Genossen,

Für ältere Texte empfiehlt sich unser Archiv. Eine Auswahl findet ihr hier:

<https://drive.google.com/file/d/1qf6Ba41dcNmO1vMC5nWvTmW4AaN6jFLA/view?usp=sharing>